



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Ferdinand Pawlikowski. Ein Realpolitiker der
Zwischenkriegszeit?

Verfasser

Andreas Predikaka

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Jänner 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuer: PD Mag. Dr. Andreas Gottsmann

Für mich

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Der geistliche Weg	3
2.1	In der Armee der Monarchie	5
2.2	In der Volkswehr	6
3	In der Politik	11
3.1	Vaugoin und Pawlikowski	13
3.2	Rintelen und Pawlikowski	16
3.3	Bischofsernennung	20
3.4	Der Fall Ude	35
3.5	Versuchte Staatsstreiche?	42
4	Im öffentlichen Diskurs	65
4.1	Katholikentag als parteiliche Veranstaltung?	65
4.2	Seipel vergrößert die Heerespropstei	67
4.3	Begräbnis Conrad von Hötzendorfs	68
4.4	Pawlikowski und das Geld	72
4.5	Weihen	79
5	Nach der Politik	83
5.1	Nationalsozialismus	84
5.2	Das Haus Habsburg	91
6	Fazit	97

Abbildungsverzeichnis	101
Archivalien	103
Zeitungs- und Zeitschriftenartikel	105
Literatur	111
Internet	115

1 Einleitung

In den Lebenserinnerungen einiger Politiker wird Ferdinand Pawlikowski, der in der Ersten Republik zunächst als Militärvikar und ab 1927 als Bischof der Diözese Graz-Seckau tätig war, besondere Bedeutung beigemessen. Angeblich soll er durch häufige Vorsprachen versucht haben, die politisch Verantwortlichen in Österreich von der Sistierung des demokratischen Systems zu überzeugen. In der Sekundärliteratur wird dieser Umstand dagegen kaum thematisiert. Mit Pawlikowski beschäftigt man sich meist erst ab der Bischofsernennung 1927 und später noch einmal 1938, weil er der einzige Bischof war, der von den Nationalsozialisten inhaftiert wurde. Die Thematik eines von Pawlikowski vorangetriebenen möglichen Staatsstreiches stellt somit eine wichtige Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit dar. Darüber hinaus soll generell die politische Rolle Ferdinand Pawlikowskis in der Zwischenkriegszeit analysiert werden.

Hatte Pawlikowski tatsächlichen Einfluss auf die Politik, wie es drei Politiker unabhängig voneinander in ihren Lebenserinnerungen beschreiben? War Ferdinand Pawlikowski einer, der, wie viele seiner Zeitgenossen, in einer totalitären Regierungsform die Lösung aller Probleme sah und darauf drängte, ein ständestaatliches System einzuführen? 1877 geboren, war er von der Monarchie stark geprägt und als Geistlicher in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg verständlicherweise nicht mit der antiklerikalen Politik der österreichischen Sozialdemokratie einverstanden. Doch was war sein eigentlicher Antrieb, sich aktiv in die Politik einzubringen? Waren es charakterliche Eigenschaften wie Eitelkeit oder Machthunger oder spielte er auf der politischen Bühne nur seine Rolle? Sah er in dem Umstand, auf der kirchlichen

Karriereleiter nach oben geklettert zu sein, eine Möglichkeit, daraus politisches Kapital zu schlagen? Wie wurde seine Person in der Öffentlichkeit und in der politisch polarisierten Presse der Zwischenkriegszeit gesehen? Meine zentrale Forschungsfrage, ob Pawlikowski überhaupt die Möglichkeit hatte, in seiner Position die Politik nachhaltig zu beeinflussen, kann aufgrund der Sekundärliteratur nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Es ist daher nötig, die Person Pawlikowski in ihren unterschiedlichen Rollen zu betrachten und in diesem Rahmen ihr Handeln zu untersuchen.

Behandelt wird der eher ungewöhnliche Weg Pawlikowskis zum Priester und in weiterer Folge in die Militärseelsorge der k. und k. Armee und der neuen Volkswehr der jungen Ersten Republik. Anschließend wird auf seine politische Vernetzung und die Umstände seiner Ernennung zum Diözesanbischof von Graz-Seckau eingegangen. Auch sein historiographisch weitgehend aufgearbeiteter Konflikt mit dem kircheninternen Kritiker Dr. Johannes Ude wird beleuchtet. Im inhaltlichen Mittelpunkt meiner Arbeit stehen die angeblichen Staatsstreichversuche des Bischofs. Ein eigenes Kapitel widme ich der Frage, wie Pawlikowski in der Öffentlichkeit agierte und wie er von dieser gesehen wurde. Das abschließende Kapitel thematisiert sein Verhältnis zum Nationalsozialismus und zeigt seine Loyalität gegenüber der Familie Habsburg.

Ich hoffe, mit dieser Arbeit ein umfassendes Bild von der politischen Persönlichkeit Pawlikowskis geben zu können und durch die Erkenntnisse eine bessere historische Einordnung zu ermöglichen.

2 Der geistliche Weg

Ferdinand Stanislaus Pawlikowski wurde am 28. April 1877 in der Stiftskaserne in Wien geboren. Sein Vater war ein Reitknecht und Reservekorporal aus Galizien¹, seine Mutter stammte aus Mähren. Der Vater folgte seinem Vorgesetzten an dessen Dienststellen und durch dessen Versetzungen gelangte die Familie schließlich nach Wien, wo Pawlikowski die Volksschule besuchte. Ein Lehrerwechsel hatte schlechte Noten zur Folge, wodurch ihm die Aufnahme in das bischöfliche Knabenseminar verwehrt blieb, er absolvierte daher die Bürgerschule.²

Danach machte er eine Lehre im Textilhandel³ bei zwei Seidenkonfektionsfirmen und konnte dort auch seine Berufsausbildung abschließen. Währenddessen trat er dem ansässigen katholischen Jünglingsverein und der kaufmännischen Marianischen Kongregation⁴ bei, wo er Pater Heinrich Abel⁵ kennen-

¹ Die Familie stammte vom niederen Adel ab (Pawlikowski von Cholewa). Erika Weinzierl: Kirche und Politik, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hrsg.): Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983 440.

² Maximilian Liebmann: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953), in: Karl Amon (Hrsg.): Die Bischöfe von Graz-Seckau 1218-1968, Bd. 7, Graz, Wien: Styria, 1969 456.

³ Rupert Klieber: Die Annullierung der Salzburger Privilegien und die Salzburger Bischofswahl 1934 im Lichte der Vatikanischen Quellenbestände zum Pontifikat Pius XI. In: *Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* (Hrsg.): Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Bd. 151, Salzburg 2011 356.

⁴ Marianische Kongregationen sind katholische Vereine, getrennt nach Alter, Geschlecht und Berufsstand, mit dem Hauptaugenmerk auf die Marienverehrung. Manfred Heim: Von Ablass bis Zölibat: Kleines Lexikon der Kirchengeschichte, München: Beck, 2008 277.

⁵ Heinrich Abel, *15.12.1843, †23.11.1926. Priester und Prediger. Arbeitete für die Christlichsoziale Partei mit Dr. Karl Lueger gegen den Liberalismus und für die katholische Erneuerung. Er gründete katholische Verbindungen und initiierte die Männerwallfahrt nach Mariazell, wo ihm ein Denkmal errichtet wurde. N.N.: Abel P. Heinrich.

lernte, der sein Primizprediger⁶ werden sollte. Beeinflusst durch einen Freund, begann Pawlikowski, Latein zu studieren und gab später auch seine Arbeit auf, um sich ganz dem Studium zu widmen. Über mehrere Stationen gelangte er schließlich nach Trient, wo er bei einer adeligen Familie Aufnahme fand, für die er als Erzieher arbeitete. Nach Beendigung seiner Gymnasialausbildung bewarb er sich um die Aufnahme in das Fürstbischöfliche Priesterseminar. Schon während des Studiums in Trient hatte er durch Vorsprache beim Salzburger Erzbischof dafür gesorgt, dass er nach seiner Priesterweihe am 5. Juli 1903 in die Diözese Salzburg eintreten konnte. Eine Woche später feierte er seine Primiz in Wien, wo besagter Pater Abel die feierliche Predigt hielt.

Zwei Jahre lang arbeitete Pawlikowski als Kaplan in Bischofshofen, um sich dann wiederum seinen Studien zu widmen. Mithilfe einer Anleihe der Banca cattolica⁷ in Trient konnte er an unterschiedlichen Universitäten in Rom studieren und promovierte schließlich im Februar 1907 zum Doktor der Theologie. Sein berufliches Ziel klar vor Augen, schickte er am 2. März 1907 an das Apostolische Feld-Vikariat des k. und k. Heeres in Wien die Bitte zur Ernennung zum geistlichen Professor⁸. Die Antwort kam von seinem zukünftigen Vorgesetzten Emmerich Bjelik⁹, der ihm mitteilte, dass durch die Schließung von zwei Kadettenschulen auch zwei Professoren außer Dienst gestellt worden seien und die Aussicht auf die Ernennung daher sehr gering

6 Der Primizprediger hält die Predigt bei einer Primiz, der ersten durchgeführten Messe eines frisch geweihten Priesters. Günther *Drosdowski* (Hrsg.): Deutsches Universalwörterbuch, Mannheim;Leipzig;Wien;Zürich: Dudenverlag, 1989 1180.

7 Maximilian *Liebmann*: Die steirischen Bischöfe im 20. Jahrhundert: Leopold Schuster, Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Leo Pietsch, Josef Schoiswohl, Johann Weber, in: Ernst-Christian *Gerhold*/Ralf A. *Höfer*/Matthias *Opis* (Hrsg.): Konfession und Ökumene, Wien: Czernin Verlag, 2002 21, aber auch »Banca catholica« bei *ders.*: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953) 458.

8 Theologen wurden an den Militärschulen der Monarchie geistliche Professoren genannt. Peter *Steiner*: Militärseelsorge in Österreich: Aufbau, Gliederung und Organisation (1848-1992), Magisterarb., Wien: Universität Wien, 13.12.1992 29.

9 Emmerich Bjelik, *24.7.1860, †9.5.1927. Apostolischer Feldvikar der k. u. k. Armee und wurde Anfang 1913 zum Bischof von Thasos geweiht. Viktor *Lipusch*: Österreich-Ungarns katholische Militärseelsorge im Weltkriege, Graz: Fürstbischöfliches Seckauer Ordinariat, 1938 37.

sei.¹⁰ Er kehrte schließlich nach Salzburg zurück, wo er als Kaplan in Zell am See tätig war.¹¹

2.1 In der Armee der Monarchie

Mit bischöflicher Zustimmung erfüllte sich Pawlikowski seinen lang gehegten Wunsch, als Militärseelsorger zu arbeiten. Im März 1908 trat er im Alter von knapp 31 Jahren seinen Dienst zur Einschulung im Feldsuperiorat¹² in Innsbruck an und kam danach für ein Jahr als Feldkurat¹³ nach Bozen.¹⁴

Schon bald wechselte er zu einer Stelle im Feldvikariat¹⁵ Wien, wo sein direkter Vorgesetzter Konsistorialdirektor¹⁶ Emmerich Bjelik war, der ab dem 1. Juni 1911 als Apostolischer Feldvikar an der Spitze der Militärseelsorge der Armee der Habsburgermonarchie stand. In Wien war er für die Matrikenführung¹⁷ und den Militärparamentenverein¹⁸ zuständig. An der Seite des sehr strengen Feldbischofes lernte Pawlikowski sein Handwerk aus erster Hand und begleitete Bjelik auf seinen Kontrollreisen an viele Frontabschnitte, wo sein Verhältnis zu seinem Vorgesetzten noch weiter gestärkt wurde. Nach der Kriegserklärung Italiens im Mai 1915 und nachdem Tausende italienische Sol-

¹⁰ *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 2, Heft 52.

¹¹ *Liebmann*: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953) 457f.

¹² Feldsuperiorate bildeten in der Militärgeistlichkeit die dritte organisatorische Ebene, nach dem Feldkonsistorium und dem Feldvikariat. Bei der Heeresorganisation von 1869 wurden diese in Militärpfarren umbenannt. *Steiner*: Militärseelsorge in Österreich 14.

¹³ Ein Kurat ist ein Geistlicher, der für die Seelsorge in einem bestimmten Bereich zuständig ist. *Heim*: Lexikon der Kirchengeschichte 257.

¹⁴ *Liebmann*: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953) 458.

¹⁵ Das Feldvikariat war in der Monarchie die oberste Stelle der Militärgeistlichkeit mit dem Feldvikar an der Spitze. *Steiner*: Militärseelsorge in Österreich 14.

¹⁶ Das Feldkonsistorium war dem Feldvikariat unterstellt und bestand aus einem Direktor und drei Sekretären. ebd. 14.

¹⁷ Die Matrikenführung ist die wichtigste administrative Aufgabe der Militärseelsorge. Alle Taufen, Trauungen und Sterbefälle von Heeresangehörigen werden aufgezeichnet und an die Staatsverwaltung weitergeleitet. Sie bildet in Kriegszeiten die Basis für die Auszahlung von Witwen- und Waisenpensionen. ebd. 28.

¹⁸ Eine Vereinigung, die sich den im christlichen Gottesdienst gebrauchten Gegenständen widmet, wie liturgischen Gewändern, Insignien oder Ausstattungsgegenständen. *Drosdowski* (Hrsg.): Deutsches Universalwörterbuch 1120.

daten in österreichische Kriegsgefangenschaft gekommen waren, wurde Rom auf Pawlikowski aufmerksam. Aufgrund seiner Italienischkenntnisse konnte er dem Vatikan Informationen über italienische Kriegsgefangene übermitteln und wurde für sein Engagement zum päpstlichen Hausprälaten¹⁹ ernannt.²⁰

Nach Ende der Habsburgermonarchie empfahl Bjelik, der aufgrund seiner ungarischen Staatsbürgerschaft sein Amt niederlegen musste, der neuen Regierung seinen Schützling Pawlikowski für die Fortsetzung des Feldvikariats bzw. für den Aufbau einer neuen Militärseelsorge. Das war ihm deshalb wichtig, da es nach dem Krieg Hunderttausende Familien von gefallenem bzw. in Gefangenschaft geratenen Soldaten zu versorgen gab und als essenzielle Grundlage dafür die Matrikenführung aus dem alten Heer diente.²¹

2.2 In der Volkswehr

Wie das alte Reich in Nationalstaaten zerfiel, so löste sich auch die Armee der Monarchie in ihre Teile auf. Der gerade neu gegründete Staat Deutsch-österreich stand ohne eigenes Heer da, was in vielerlei Hinsicht ein enormes Gefahrenpotenzial darstellte. Die Soldaten der alten Armee versuchten, in ihre Heimat zurückzukehren, waren zum Teil noch bewaffnet und unberechenbar. Zudem setzte ein Kampf um die Randgebiete des neuen Staatsgebietes ein und die neuen Grenzen mussten verteidigt werden. Es sollte so schnell wie möglich ein neues Heer aufgestellt werden. Man war auf Freiwillige angewiesen, da keine Zeit für eine systematische Organisation blieb.²²

Prinzipiell versuchte die Sozialdemokratie, das neue Heer möglichst ohne Angehörige der alten Armee zu bilden. Im Fall der Militärseelsorge und der mit ihr verbundenen wichtigen Aufgabe der Matrikenführung wurden

19 Ein vom Papst verliehener Ehrentitel. *Drosdowski* (Hrsg.): Deutsches Universalwörterbuch 1173f.

20 Franz Gruber: Aus der Geschichte der Militärseelsorge und der Militärseelsorger in Österreich, Wien: Wiener Katholische Akademie, 1987 66f.

21 ebd. 68.

22 Karl Glaubauf: Die Volkswehr 1918-1920 und die Gründung der Republik, Bd. Sonderband (Österreichische Militärgeschichte), Wien: Verlagsbuchhandlung Stöhr, 1993 8.

die damit vertrauten Militärgeistlichen jedoch vorbehaltlos in das neue Heer übernommen. Dennoch hatte man am Beginn eine »ziemlich unruhige republikanische Volkswehr«²³, weil sich viele Mitglieder des alten Armeepersonals freiwillig zum Dienst meldeten und von der Heeresleitung aus fachlichen Gründen auch akzeptiert wurden, sofern sie sich loyal zu den neuen politischen Verhältnissen verhielten. Viele Offiziere weigerten sich aber, in die neuen Strukturen überzutreten, weil sie sich an ihren Eid an den Kaiser gebunden fühlten, der sie in seiner Verzichtserklärung²⁴ nicht davon entbunden hatte.²⁵

Mithilfe parteitreuer Heeresangehöriger versuchte man, auf Chargen- und Unteroffiziersebene weitere Interessenten für die Volkswehr zu rekrutieren. Sie sollten mit dem neuen Staatswesen vertraut gemacht werden, um ein wichtiges Ziel der Sozialdemokraten zu erreichen, nämlich ein Heer zu schaffen, »das sich auch für eine gewaltsame Gegenrevolution oder Diktatur nicht verwenden ließ«²⁶. Die Übernahme der Militärgeistlichkeit blieb also eine Ausnahme. Am 25. November 1919 schrieb das Heeresamt an Pawlikowski:

»Das Staatsamt für Heereswesen hat die neuerliche Evidenznahme Euer Hochwürden als österr. BerufsMilGeistlicher verfügt. Euer Hochwürden konkurrieren daher mit allen übrigen MilGeistlichen für die Übernahme in die österr. Wehrmacht bzw. deren zukünftigen Verwaltungsapparat unter Berücksichtigung der diesbezüglich geltenden Richtlinien und Übernahmebestimmungen.«²⁷

23 Ernst *Hanisch*: Der lange Schatten des Staates: Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien: Ueberreuter, 1994 268.

24 An die Verzichtserklärung schließt sich das Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich. Im Artikel 6 heißt es: »Die Beamten, Offiziere und Soldaten, sind des dem Kaiser geleisteten Treueides entbunden.« Das Fehlen der Entbindung des Eides in der Erklärung des Kaisers schien mehr zu wiegen als das erste Gesetz der provisorischen Nationalversammlung. *N.N.*: Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich. In: Wiener Zeitung, 11. Nov. 1918, 1f.

25 *Jedlicka Ludwig*: Ein Heer im Schatten der Parteien: Die militärpolitische Lage Österreichs 1918-1938, Graz, Köln: Hermann Böhlaus Nachf., 1955 26.

26 Peter *Broucek*: Heerwesen, in: Erika *Weinzierl*/Kurt *Skalnik* (Hrsg.): Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983 210.

27 *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 2, Heft 70.

Die anderen Parteien hatten auf diese Strukturbildung wenig Einfluss oder waren daran nicht interessiert und sahen in der Volkswehr ein Übergangsmodell bis zur Schaffung eines echten Heeres. Aufgerüttelt durch den gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsch in Deutschland, bei dem sich ehemalige Armeeangehörige gegen die Republik stellten, wurde in Österreich nach langen Verhandlungen am 18. März 1920 ein neues Wehrgesetz geschaffen, wodurch das Heeressystem komplett geändert wurde.²⁸ Der Friedensvertrag von St. Germain sah anstelle einer Milizarmee ein leicht bewaffnetes Berufsheer mit maximal 30 000 Mann, davon 1 500 Offiziere, vor.²⁹ Zudem sollte das Heer durch das Gesetz auch entpolitisiert werden, wie es im Staatsgesetzblatt ausgeführt wurde:

»Als Einrichtung des Staates ist das Heer von jeder parteipolitischen Betätigung und Verwendung unbedingt fernzuhalten.«³⁰

Die anderen Parteien versuchten, nun doch Einfluss auf die Volkswehr zu bekommen. Sie brachten eine parlamentarische Anfrage ein, in der sie einen Erlass auf Basis des neuen Wehrgesetzes von Staatssekretär Julius Deutsch³¹ scharf kritisierten. Obwohl dieser Erlass nur allgemein bekannte Zuständigkeiten der Vertrauensmänner regelte, führte die Diskussion darüber zum Koalitionsbruch und zum Ende der Volkswehr.³²

Über die Tätigkeit von Pawlikowski in dieser frühen Zeit der Volkswehr ist nur bekannt, dass er mit der Liquidierung des Feldsuperiats und mit der Männerseelsorge in Wien betraut war. Das geht aus seinen biografischen Notizen in seinem Nachlass hervor:

²⁸ Broucek: Heerwesen 213.

²⁹ ebd. 212.

³⁰ Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich. 43. Stück, Nr. 122, §26. Absatz 2, N.N.: Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten.

³¹ Dr. Julius Deutsch, *2.2.1884, †17.1.1968. Sozialdemokratischer Politiker, der nach dem Ersten Weltkrieg für den Aufbau des österreichischen Bundesheeres verantwortlich war. Friedrich Weissensteiner: Der ungeliebte Staat: Österreich zwischen 1918 und 1938, Wien: ÖBV, 1990 130.

³² Julius Deutsch: Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen, Zürich, Leipzig, Wien: Amalthea, 1960 139.

»1918: Der Zusammenbruch Österreichs war für den päpstlichen Hausprälaten und zum Feldkonsistorialrat aufgerückten Dr. Pawlikowski ein bitterer Schlag. Er war doch mit Leib und Seele Österreicher und Soldat. Doch was half's? Ein Kopfhängenlassen kannte er nicht. Rasch findet er Arbeit. Neben der Liquidierung des Feldsuperiats steht er vor allem in der Männerseelsorge von Wien. Die Pflasterer aus den Randbezirken wollen ihn bei ihren Gedächtnisgottesdiensten als Prediger wie die Kameraden aus dem Weltkrieg.«³³

³³ *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 6, Heft 116, Biografisches, teilweise vom Bischof selbst verfasst, 1931-1950.

3 In der Politik

Nach der Aufkündigung der Koalition zwischen der Sozialdemokratischen und der Christlichsozialen Partei im Jahre 1920 gab es auch einen Wechsel in der Heeresführung. Carl Vaugoin³⁴ wurde Bundesminister für das Heereswesen und versuchte das Heer von linken Einflüssen zu säubern und eine »Entpolitisierung«³⁵ des Heeres zu erreichen. Ständige Regierungsumbildungen erlaubten ihm jedoch erst ab 1922, diese Arbeiten konsequent umzusetzen.

»Carl Vaugoin hat dem neuen Bundesheer nicht nur neue Formen gegeben, nicht nur sein Aeußeres geändert, er hat ihm – und das war die Hauptsache – neuen Geist eingehaucht, neuen Geist, der identisch war mit dem guten alten Geist, der Oesterreichs Armeen in Jahrhunderten glorreicher Traditionen zur Größe geführt hat.«³⁶

Mit diesen Worten preiste 1932 eine Festschrift von Adolf v. Schlemlein, einem Oberst außer Dienst, Vaugoin zum zehnjährigen Jubiläum als Heeresminister. Unter seiner Führung wurden im Heer sukzessive alte Gepflogenheiten der k. und k. Armee wiedereingeführt. So nahmen beispielsweise Heeresangehörige regelmäßig an kirchlichen Feierlichkeiten teil.³⁷

Pawlikowski war bis zum Koalitionsbruch nur befristet in der Volkswehr tätig, weil die Fortführung der Militärseelsorge prinzipiell infrage stand. Nach

³⁴ Carl Vaugoin, *8.7.1873, †10.6.1949. Offizier und christlichsozialer Politiker. 1922 bis 1933 Heeresminister, 1929/30 zugleich Vizekanzler und 1930 Bundeskanzler. *Weissensteiner: Der ungeliebte Staat* 133.

³⁵ *Broucek: Heerwesen* 214.

³⁶ Adolf *Schlemlein*: Carl Vaugoin: 10 Jahre Bundesheer 1921-1931, Wien: Schlemlein Verlag, 1932 214.

³⁷ *Broucek: Heerwesen* 214.

dem Regierungswechsel entschied man sich aber doch für die Weiterführung und so konnte Pawlikowski Mitte 1921 beginnen, eine Militärseelsorge aufzubauen, wie es sie in dieser Form in der Volkswehr nicht gegeben hatte. Pawlikowski war bis dahin mit der Liquidierung des Feldsuperiats beschäftigt gewesen, hatte sich aber parallel Gedanken über eine Neustrukturierung der Seelsorge gemacht. An deren Spitze schuf er sich das Amt eines Heerespropstes, das später zum Militärvikar werden sollte. Diese Pläne wurden bereits im April 1921 von Kardinal Piffl³⁸ genehmigt.³⁹ Dennoch zweifelte Pawlikowski am Fortbestand der Militärseelsorge.⁴⁰ Folgende Zeilen aus seinen Lebenserinnerungen zeigen seine Zweifel und die noch größeren des Nuntius Marchetti-Selvaggiani⁴¹:

»Freilich, die Volkswehr bestand zum großen Teil aus Nichtstuern, die sich von der Regierung erhalten ließen, aber nichts leisteten. Ich war selbst davon wenig überzeugt, daß man mit der Volkswehr in seelsorgelicher Hinsicht wenig beginnen konnte. Aber es musste etwas geschehen. Sehr bemüht hat sich um die Volkswehr, namentlich im Burgenland, mein früherer Militärprovikar Prälat Anton Allmer. Der damalige apostolische Nuntius Erzbischof Marchetti-Selvaggiani hatte hiefür kein Verständnis. Er meinte, für diese disziplinlose Gesellschaft, die er in Innsbruck kennengelernt hat, wäre es schade auch nur ein Wort zu sprechen.«⁴²

38 Friedrich Gustav Piffl, *15.10.1864, †21.4.1932. 1913 Fürsterzbischof von Wien und im Jahr darauf zum Kardinal ernannt. *Weissensteiner: Der ungeliebte Staat* 135.

39 *Klieber: Salzburger Privilegien* 327f.

40 Franz Gruber (Hrsg.): Zum 100. Geburtstag von Militärbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski, Wien: Militärvikariat Wien, 1977 3.

41 Francesco Marchetti-Selvaggiani, *1.10.1871, †13.1.1951. Nuntius in Wien von 1920 bis 1922. Am Ende seiner Amtszeit sorgte er für die Errichtung der Apostolischen Administratur des Burgenlands, der späteren Diözese Eisenstadt. Donato Squicciarini: *Die Apostolischen Nuntien in Wien*, Città del Vaticano: Libreria Editrice Vaticana, 2000 300-302.

42 *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 6, Heft 116, Biografisches, teilweise vom Bischof selbst verfasst, 1931-1950.

Am 22. Juli 1921 erhielt Pawlikowski vom Heiligen Stuhl die Jurisdiktionsrechte zugesprochen, die auch ein Feldvikar in der Monarchie gehabt hatte.⁴³ Nun begann die eigentliche Arbeit der Militärseelsorge und so konnten zu diesem Zeitpunkt acht der 14 zugesprochenen Stellen mit Militärfarrern besetzt werden.⁴⁴ Die Anzahl der vergebenen Posten sollte im Jahr darauf für lebhafte Diskussionen im Nationalrat sorgen.

3.1 Vaugoin und Pawlikowski

Für Pawlikowski waren der Regierungswechsel und der Wechsel im Ministeramt zu Vaugoin, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband, kein Nachteil. Ein Briefwechsel aus dem Jahre 1947, als sie erstmals nach dem Krieg wieder in Kontakt kamen, zeigt das deutlich:

»Sie würden meine Frau und mich sehr erfreuen, wenn Sie uns einmal im Stift Dürnstein aufsuchen würden. Ich könnte wieder einmal so recht von Herzen über die alten Zeiten, Excellenz, reden, wo wir gemeinsam aus der Volkswehr tüchtige Soldaten geschaffen haben.«⁴⁵

Während Vaugoins gesamter Amtszeit standen die beiden bei den meisten militärischen und kirchlichen Anlässen Seite an Seite. Dies blieb auch der Tagespresse nicht verborgen und war öfters Anlass für Karikaturen (siehe Abbildung 3.1). Folgende Polemik stammt aus einem in der *Arbeiter-Zeitung* abgedruckten Brief des fiktiven Abgeordneten Laurenz Berglhuber:

⁴³ Er war somit als Stellvertreter des Papstes in dieser Funktion tätig. Den oft in diesem Zusammenhang verwendeten Begriff des Militärbischofes gibt es erst seit dem Erlass des Papstes »*Spirituali Militum Curae*« vom 21. April 1986, in dem kirchenrechtlich Militärvikariate einer Diözese gleichgestellt wurden. Demnach wurde aus dem Militärvikar ein »echter« Militärbischof, der die gleichen Rechte und Pflichten wie ein Diözesanbischof besitzt. Richard Potz/Brigitte Schinkele: *Religionsrecht im Überblick*, Wien: Facultas, 2007 162f.

⁴⁴ Gruber (Hrsg.): Zum 100. Geburtstag von Militärbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski 3.

⁴⁵ Brief von Vaugoin an Pawlikowski vom 25. Jänner 1947. *Diözesanarchiv* Graz: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 20, Heft 264, Vaugoin.



Abbildung 3.1: Karikatur in der Arbeiter-Zeitung von Vaugoin und Pawlikowski. »Gespräch nach der Predigt«.^a

^a N.N.: Gespräch nach der Predigt. In: Arbeiter-Zeitung, 23. Mai 1924, 9.

»... Entlich wird hiazt ein Christliches Reschiem in die Folxgesund-
heit kommen. Daderzu is es netig das ein geistlinger Her angesch-
telt wird der was sunst zur christlichen Folxgesundheit gehört. Halt

so ein Folxgesundheitspropst wie der Heerespropst vom Vaougän
is ... «⁴⁶

Die beiden verstanden sich nicht nur gut, sie schienen auch privat viel Zeit miteinander verbracht zu haben. Dabei spielte Pawlikowski ab 1927, in seiner Position als Diözesanbischof, für die gesamte Familie Vaugoins öfters den Gastgeber, sowohl im Palais in Graz als auch im Schloss in Seggau, wie ein Schreiben von Pawlikowski an den damaligen Vizekanzler zeigt:

»... erlaube ich mir schon nochmals herzlichst aufrichtigst meine Einladung zu wiederholen, sich mit Ihrer Familie längere Ruhe und Erholung auf Schloss Seggau gönnen zu wollen. Alles wird Ihnen, Herr Vizekanzler, nach Wunsch dort zur Verfügung stehen. Ich würde mich aufrichtigst freuen, wenn Sie mir diese Ehre schenken würden. Dass Herr Vizekanzler auch für die letzten Tage, wo die Veranstaltungen in Graz stattfinden, auch in Graz mein Gast sein werden, setze ich doch sicher voraus ... Die genaue Ankunftszeit können Herr Vizekanzler auch später der fürstbischöflichen Gutsverwaltung auf Schloss Seggau bei Leibnitz kurz avisieren, damit der Wagen zur Abholung bereitgestellt werden kann. Im Schlosse wird alles für Sie, Ihre liebe Frau Gemahlin und Ihre beiden Kinder, wie auch für das Mädchen, das Ihre Frau Gemahlin mitnehmen wird, vorbereitet sein ... «⁴⁷

Wenig überraschend ist auch die Tatsache, dass die Trauung von Vaugoins Sohn Karl im Juni 1931 durch Bischof Pawlikowski vorgenommen wurde. Dabei ist außerdem interessant, dass zur Feier neben hochrangigen Beamten auch Dr. Engelbert Dollfuß geladen war⁴⁸, der Vaugoin dann im Früh-

46 N.N.: Brief des Abgeordneten Laurenz Berglhuber an den Leiter des Volksgesundheitsamtes. In: Arbeiter-Zeitung, 14. Juni 1925, 10.

47 Brief von Pawlikowski an Vaugoin vom 16. Juli 1930. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 20, Heft 264, Vaugoin.

48 N.N.: Personalnachrichten. In: Reichspost, 23. Juni 1931, 5.

jahr 1933 politisch kaltstellte, weil dieser seine Pläne zur Liquidierung der Christlichsozialen Partei nicht unterstützen wollte.

3.2 Rintelen und Pawlikowski

Mit dem langjährigen Landeshauptmann der Steiermark Anton Rintelen⁴⁹ pflegte Pawlikowski ebenfalls ein freundschaftliches Verhältnis. Dieser hatte, als christlichsozialer Politiker wenig überraschend, ein gutes Einvernehmen mit dem gesamten Klerus.⁵⁰ Ebenso war Rintelen ein Förderer der Heimwehr, deren Ziele er offen unterstützte.⁵¹ Des Weiteren war er eine Anlaufstelle für Interventionen aller Art. Es waren aber nicht nur die üblichen Bitten des einfachen Volkes, sondern auch Ansuchen von hohen Persönlichkeiten aus Politik und Kirche, die für andere oder auch für sich selbst um Gefälligkeiten baten.⁵² Beide Möglichkeiten nahm auch Pawlikowski für sich in Anspruch. So wandte er sich beispielsweise wegen eines Nachlasses der privaten Autosteuer an den Landeshauptmann⁵³ oder versuchte, den Wunsch einer Mutter, ihren Sohn beruflich in Graz unterzubringen, bei diesem zu platzieren:

»Da Peter Fuchs auch von Seiten des christlichsozialen Vereines in Radkersburg als äußerst pflichteifriger und braver Beamter geschildert wird, erlaube ich mir das Anliegen Eurer Hochwohlgeboren wärmstens zu empfehlen und zu bitten, dass Herr Landeshauptmann dieser Bitte nach Möglichkeit wohlwollende Berücksichtigung zuteilwerden lassen.«⁵⁴

49 Anton Rintelen, *15.11.1876, †28.1.1946. Christlichsozialer Landeshauptmann der Steiermark von 1919 bis 1926 bzw. 1928 bis 1933. Dieter A. Binder, in: *Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.): *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 23, Berlin: Duncker & Humbolt, 2007 641-642.

50 Peter Gorke: Anton Rintelen (1876-1946): Eine polarisierende steirische Persönlichkeit, Diss., Graz: Karl-Franzens-Universität, Februar 2002 77.

51 ebd. 112.

52 ebd. 67.

53 ebd. 121.

54 Brief von Pawlikowski an Rintelen vom 5. Juni 1926. *Steiermärkisches Landesarchiv*: Landeshauptmannkorrespondenz, XVIII – Nr. 1313/1926.

Der Briefwechsel wurde mit der Zeit und vor allem während der Phase großen Heimwehreinflusses persönlicher und beinhaltete nicht nur Interventionen. Durch die zahlreichen Heimwehrversammlungen und die damit verbundenen Feiern trafen die beiden immer an denselben Orten aufeinander und konnten sich so auf persönlichem Wege austauschen. Als im Februar 1932 Anton Rintelen durch einen Autounfall schwer verletzt wurde, war Pawlikowski unter denjenigen, die den Landeshauptmann an seinem Krankenbett besuchten.⁵⁵

Wie eng der Kontakt der beiden in den darauffolgenden Jahren war, kann anhand der untersuchten Quellen nicht gesagt werden, jedoch zeigt ein Brief Pawlikowskis an Erzbischof Innitzer Ende Jänner 1933, dass er zu diesem Zeitpunkt Rintelen durchaus schätzte. Nach Umsetzung des Feiertagsgesetzes⁵⁶ schlug Pawlikowski vor, dass Innitzer im Namen der Bischöfe deren Dank zum Ausdruck bringen soll.

»Der Regierung, dem Gesamtklub der christlichsozialen Partei, dem Herrn Bundesminister Professor Rintelen – welchem überdies das Verdienst zukommt, die Sozialdemokraten im geeigneten Momente mürbe gemacht zu haben.«⁵⁷

Nachdem Rintelen von Dollfuß politisch ausgeschaltet worden war und er sich für die Nationalsozialistische Partei engagiert hatte, wurde er bei einer eventuellen Machtübernahme der Nationalsozialisten für ein Regierungsamt vorgesehen. Nach dem missglückten Juli-Putsch 1934⁵⁸, nach dessen Gelingen

⁵⁵ Gorke: Anton Rintelen 148f.

⁵⁶ Der Gesetzesbeschluss machte aus Neujahr, Heilige Drei Könige, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, Peter und Paul, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen, Mariä Empfängnis, Weihnachten und Stephanitag gesetzliche Feiertage. Die Frage, ob an den Feiertagen weiter Lohn gezahlt werden soll oder nicht, hatte in den Wochen davor zu einem Konflikt der Christlichsozialen mit der Sozialdemokratischen Partei geführt, bei dem sich die Sozialdemokraten schließlich durchsetzen konnten. *N.N.*: Das Gesetz über die Feiertagsruhe angenommen. In: Reichspost, 28. Jan. 1933, 1.

⁵⁷ Brief von Pawlikowski an Innitzer vom 29. Jänner 1933. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 12, Heft 187.

⁵⁸ Am 25. Juli 1934 drangen Nationalsozialisten als Soldaten verkleidet ins Bundeskanzleramt ein und nahmen die anwesenden Regierungsmitglieder gefangen. Bundeskanzler Dollfuß,

er als Kanzler hätte eingesetzt werden sollen, wurde er im März vor Gericht gestellt, wobei ihm die Todesstrafe drohte. Daraufhin wandte sich sein Verteidiger höchst besorgt an Pawlikowski, um ihn dazu zu bewegen, für Rintelen im Prozess auszusagen.⁵⁹ Dieser folgte dem Wunsch und lieferte dem Gericht eine für Rintelen wohlwollende schriftliche Zeugenaussage, die von der vom Prozess ausführlich berichtenden *Reichspost* abgedruckt wurde:

»Dr. Rintelen sei während seiner Amtstätigkeit ein ungemein gewiegter, umsichtiger und tatkräftiger Politiker gewesen, der das Bestreben hatte, nach dem Rechte vorzugehen und Ordnung zu schaffen ... Dr. Rintelen [hat] seine religiösen Pflichten allzeit pünktlich erfüllt und [hat] auch im öffentlichen Leben aus seinem Bekenntnis zum katholischen Glauben nie ein Hehl gemacht ... Daß er nach der Stelle eines Bundeskanzlers gestrebt hätte, sei ihm bloß aus Gerüchten bekannt.«⁶⁰

Nach den für Rintelen bisher belastenden Zeugenaussagen kam ihm die schriftliche Stellungnahme Pawlikowskis sehr gelegen.⁶¹ Wie es scheint, konnte und wollte Pawlikowski nicht mehr tun, denn seiner Stellungnahme ließ er diese Feststellung folgen:

der versucht hatte zu flüchten, wurde von den Putschisten erschossen. Über die zeitgleich besetzte Rundfunkstation RAVAG verkündete man den Rücktritt der Regierung Dollfuß und die Einsetzung von Anton Rintelen als Kanzler. Einige Regierungsmitglieder hatten jedoch an der Regierungssitzung nicht teilgenommen, weshalb der Putsch scheiterte. Karl *Vocelka*: Geschichte Österreichs: Kultur-Gesellschaft-Politik, München: Wilhelm Heyne, 2002 293f.

⁵⁹ Ein Schuldspruch dürfte zu diesem Zeitpunkt bereits unausweichlich gewesen sein und so versuchte die Verteidigung mit Unterstützung des Bischofs, Rintelens Leben zu retten. Der Justizminister hatte der Staatsanwaltschaft jedoch bereits die Weisung erteilt, auf die Todesstrafe zu verzichten und für lebenslangen Kerker zu plädieren. Oskar *Veselsky*: Bischof und Klerus der Diözese Seckau unter nationalsozialistischer Herrschaft, Diss., Graz: Karl-Franzens-Universität, 20.6.1979 56.

⁶⁰ N.N.: Prozeß Rintelen: Sechster Verhandlungstag. In: Reichspost, 9. März 1935, 4 bzw. *Gorke*: Anton Rintelen 236.

⁶¹ ebd. 235.

»Nach der bestehenden Praxis ist es nicht üblich, daß Bischöfe als Zeugen vor dem Gerichtshof erscheinen; im Falle der Notwendigkeit einer Zeugenaussage werden dieselben durch Gerichtsorgane in der Wohnung verhört.«⁶²

Diese Anmerkung Pawlikowskis kann auch so verstanden werden, dass er kein Interesse an einer direkten Befragung durch das Gericht hatte und diesem, im Falle der Notwendigkeit einer weiteren Befragung, sicher nicht entsprochen hätte. Obwohl ihm diese Aussagen in der Öffentlichkeit sowohl positive als auch negative Kritik einbrachten, versuchte er, sich damit zu rechtfertigen, dass »ein Menschenleben zu retten und ein Fehlurteil zu verhindern«⁶³ gewesen wäre. Sein Verhalten erweckt allerdings den Eindruck, dass ihm das weitere Schicksal Rintelens eher gleichgültig war. Die Annahme wird dadurch bestätigt, dass es nach der Aussage Pawlikowskis vor Gericht nur mehr eine Kontaktaufnahme zwischen den beiden gab. Diese erfolgte am 30. Mai 1941, als Rintelen – als bereits freier Mann⁶⁴ – Pawlikowski ein Exemplar seiner Lebenserinnerungen überreichte und sich im Widmungsschreiben für seine Hilfe im Prozess bedankte.⁶⁵ Auch in den Quellen fanden sich keine Hinweise für einen späteren Kontakt zwischen den beiden, wie dies bei Vaugoin der Fall war.

62 *N.N.* Prozeß Rintelen: Sechster Verhandlungstag. 4.

63 *Veselsky*: Bischof und Klerus 59.

64 Rintelen war nach nur knapp vierjähriger Haftzeit, bedingt durch das Abkommen von Berchtesgaden und die damit verbundenen Begnadigungen, enthaftet worden. *Gorke*: Anton Rintelen 256.

65 *Veselsky*: Bischof und Klerus 59f.

3.3 Bischofsernennung

Die Ernennung zum Bischof der Diözese Graz-Seckau war der Höhepunkt in der kirchlichen Karriere Pawlikowskis und wird in der Literatur auch als solcher ausführlich beschrieben. Eine Publikation über die Annullierung der Privilegien der Erzdiözese Salzburg durch den Vatikan liefert nun neue Erkenntnisse dazu.⁶⁶ Dafür wurde Quellenmaterial des erst seit 2006 zugänglichen Vatikanischen Geheimarchivs zum Pontifikat Pius XI.⁶⁷ ausgewertet. Die Bischofsbestellung von Seckau 1927 war die erste, die direkt durch Rom erfolgte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Erzbischof von Salzburg das seit 1535 bestehende Vorrecht, den Bischof von Seckau ohne Rücksprache mit dem Vatikan zu nominieren und zu weihen. Ohne dieses Privileg wurden Bischöfe stets ausnahmslos vom Kaiser nominiert und vom Papst formell bestätigt. Der Erzbischof von Salzburg soll deshalb von Papst Pius IX.⁶⁸ auch scherzhaft als »halber Papst« bezeichnet worden sein.⁶⁹ Als die päpstliche Kurie unter Papst Pius X.⁷⁰ im Jahre 1908 begann, ihre Verwaltung zu reformieren und zu zentralisieren, waren auch die Privilegien der Erzdiözese Salzburg in Gefahr. Der jahrzehntelange Veränderungsprozess wurde von Kardinal Gaetano De Lai

⁶⁶ Klieber: Salzburger Privilegien.

⁶⁷ Pius XI., Ambrogio Damiano Achille Ratti, *31.5.1857, †10.2.1939. Am 6.2.1922 zum Papst gewählt. Führte die Katholische Aktion ein (Zusammenarbeit zwischen Laien und Priesterschaft), verfasste zahlreiche Enzykliken; darunter *Quadragesimo anno* (Bekräftigung der christlichen Soziallehre) und *Mit brennender Sorge* (der Nationalsozialismus sei von Grund auf antichristlich). In seiner Zeit wurden an die 20 Konkordate geschlossen (inkl. Österreich und Deutschland). Hatte mit Pietro Gasparri und Eugenio Pacelli höchst qualifizierte Staatssekretäre im Amt. J. N. D. Kelly (Hrsg.): Reclams Lexikon der Päpste, Stuttgart: Philipp Reclam jun., 1988 334-336.

⁶⁸ Pius IX., Giovanni Maria Mastai-Ferretti, *13.5.1792, †7.2.1878. Am 16.6.1846 zum Papst gewählt. Er berief das 1. Vatikanische Konzil ein und erklärte den Papst für unfehlbar. Der Verlust weltlicher Herrschaft und der Gewinn geistlicher Autorität kennzeichnen das moderne Papsttum, das in seiner Zeit entstand. ebd. 326-328.

⁶⁹ Neben der Nominierung des Bischofs von Seckau umfasste das Vorrecht auch die freie Wahl des Erzbischofes durch das Salzburger Domkapitel und die Ernennung und Weihe des Bischofs von Gurk (jede dritte Vakanz) und Marburg. Klieber: Salzburger Privilegien 318.

⁷⁰ Pius X., Guiseppe Melchiorre Sarto, *2.6.1835, †20.8.1914. Am 4.8.1903 zum Papst gewählt. Obwohl er als sehr konservativer Papst angesehen wurde, reformierte er die Kurie und die Zentralverwaltung. Wurde am 29.5.1954 heiliggesprochen. Kelly (Hrsg.): Reclams Lexikon der Päpste 330-332.

angetrieben und er konnte kurz vor seinem Tode mit der Bischofsernennung von Seckau einen Teilerfolg landen.⁷¹ Bei den Verhandlungen zum Konkordat mit dem österreichischen Ständestaat wurden die Salzburger Vorrechte von Staatssekretär Eugenio Pacelli⁷² als nicht mehr zeitgemäß angesehen und im Zuge des Konkordates obsolet. Das einzige verbliebene Zugeständnis Roms an das Domkapitel ist die Möglichkeit, aus einem Dreivorschlag der Kurie in einer geheimen Wahl den zukünftigen Erzbischof von Salzburg zu wählen.⁷³

Durch die neu zugänglich gemachten Quellen konnte auch der Hintergrund zur Bischofsernennung Pawlikowskis aus einer anderen Sichtweise beleuchtet werden. Auch wenn vor der Infragestellung der Salzburger Privilegien der Erzbischof von Salzburg alleine über Bischofsernennungen entschied, so gab es doch einen Diskurs mit der staatlichen Führung über die infrage kommenden Kandidaten. Durch den Abbau der Salzburger Privilegien gab es nur mehr einen Weg der staatlichen Intervention und dieser führte über den Nuntius, der durch den direkten Kontakt zu Rom die Entscheidung maßgeblich beeinflussen konnte.⁷⁴

Was bisher in der Literatur unerwähnt blieb, ist die Tatsache, dass Pawlikowski selbst seine Ernennung zum Diözesanbischof von Seckau in die Wege geleitet hatte. Seinen Kindheitstraum, als Seelsorger zu arbeiten, hatte er sich bereits erfüllt. Nun strebte er nach Höherem und sehnte sich nach Bischofswürden.⁷⁵ Schon 1922 trat Pawlikowski mit der Bitte an Kardinal Piffl heran, für ihn in Rom den Gebrauch der Pontifikalien⁷⁶ eines Bischofs zu erwirken, wie es schon dem Feldvikar in der Monarchie gestattet war. In einem Schreiben, datiert mit 12. Juli 1922, wird Pawlikowski die positi-

⁷¹ Klieber: Salzburger Privilegien 322.

⁷² Eugenio Pacelli, *2.3.1876, †9.10.1958. Der spätere Pius XII. war von 1930 bis zu seiner Papstwahl am 2.3.1939 Staatssekretär und davor als Nuntius in der Weimarer Republik. Kelly (Hrsg.): Reclams Lexikon der Päpste 336-338.

⁷³ Klieber: Salzburger Privilegien 336.

⁷⁴ ebd. 351.

⁷⁵ ebd. 326.

⁷⁶ Dazu gehören Mitra (Kopfbedeckung), Ring, Stab und Pectorale (Brustschmuck). Heim: Lexikon der Kirchengeschichte 330.

ve Entscheidung der Konsistorialkongregation vom 26. Mai 1922 in der Sache »Heerespropst-usus Pontificalium«⁷⁷ mitgeteilt, die ihm daraufhin ein bischöfliches Erscheinungsbild ermöglichte.⁷⁸

Nur wenige Jahre später war es kein Geringerer als Heeresminister Vaugoin, der für seinen Freund Pawlikowski in einem Brief vom 8. Juli 1925 an den Kultusminister eine Intervention der Bundesregierung beim Heiligen Stuhle für einen Bischofsstuhl für den Militärvikar empfahl.⁷⁹ Jedoch bewirkte diese Eingabe nichts und so wandte sich Vaugoin Ende 1926 noch einmal an den Kardinal und zusätzlich an Bundeskanzler Seipel, um diese Sache voranzutreiben.⁸⁰ Zu diesem Zeitpunkt war Leopold Schuster, der Bischof der Diözese Seckau, bereits im fortgeschrittenen Alter von 84 Jahren und man rechnete mit seinem Ableben. In diesen Fällen wird einem Diözesanbischof ein Hilfsbischof zur Seite gestellt, der ihn bei der Arbeit unterstützt und meist nach seinem Tode nachfolgt.⁸¹ Bischof Schuster machte der Krieg schwer zu schaffen und er konnte den Zusammenbruch der Donaumonarchie psychisch nie verkraften.⁸² So erhielt er schon im Jahr 1922 eine Anfrage aus Rom, wen er sich als Beistand wünschte. Bezugnehmend auf die Salzburger Privilegien stellte er die Zuständigkeit der Ernennung eines Koadjutors infrage und

⁷⁷ *Diözesanarchiv Wien*: Präsidialia 1921-1925, Präsidialakten 1922, Entscheidung der S.C.Cons. dd. 26.V.1922 Nr.447/22 in beglaubigter Abschrift.

⁷⁸ *Klieber*: Salzburger Privilegien 328.

⁷⁹ ebd. 355, Anmerkung 37.

⁸⁰ ebd. 357, Anmerkung 47.

⁸¹ Das kanonische Recht unterscheidet drei Funktionen:

- Den Auxiliarbischof, der auf Ersuchen des Diözesanbischofs ernannt wird und kein Nachfolgerecht besitzt. Er wird im deutschen Sprachraum Weihbischof genannt.
- Den Auxiliarbischof, der aus schwerwiegenden Gründen ernannt wird, besondere Vollmachten, jedoch kein Nachfolgerecht hat.
- Den Koadjutor, der vom Apostolischen Stuhl ernannt wird, besondere Vollmachten und das Nachfolgerecht besitzt.

Norbert *Ruf*: Das Recht der Katholischen Kirche: nach dem neuen Codex Iuris Canonici: für die Praxis erläutert, Freiburg, Basel, Wien: Herder, 1983 122f.

⁸² Maximilian *Liebmann*: Bewährung im österreichischen Kulturkampf, in: Karl *Amon*/Maximilian *Liebmann* (Hrsg.): Kirchengeschichte der Steiermark, Graz, Wien, Köln: Styria, 1993 305.

konnte der drohenden Bevormundung gerade noch einmal entgehen.⁸³ Anfang 1927 traf man dann in Rom eine Entscheidung, ohne Bischof Schuster zu fragen und stellte ihm einen Hilfsbischof zur Seite. Es folgte der Brief vom 28. Jänner 1927⁸⁴ von Kardinal Piffl an Pawlikowski, der bisher in der Literatur das Thema »Bischofsernennung von Seckau 1927« einleitete:

»Wissen Sie, daß Ihr Name bei der Besetzung von Seckau als Coadjutor ernstlich genannt wird? Das wäre die beste Lösung der Bischofsfrage.«⁸⁵

Über eine Notiz Pawlikowskis auf diesem Brief weiß man, dass er von Kardinal Piffl davor schon für die Nachfolge des am 4. Jänner 1927 verstorbenen Diözesanbischofs von St. Pölten Johannes Rößler⁸⁶ an erster Stelle vorgeschlagen wurde. Nun folgte dieser dem Wunsch des Nuntius und setzte Pawlikowski auch auf die erste Stelle für den Bischofsstuhl von Seckau. Dies muss Pawlikowski bekannt gewesen sein, denn in seinen Lebenserinnerungen schreibt er Folgendes:

»Als später die Verhältnisse stabiler wurden, schlug mich der Apostolische Nuntius, der mittlerweile zur Kardinalwürde erhoben wurde, vor, dem damaligen Diözesanbischof von Seckau Dr. Leopold Schuster, der schon schwer krank war, als Auxiliar-Bischof beigegeben zu werden und um zugleich auch die neue Heeresseelsorge zu leiten.«⁸⁷

83 Klieber: Salzburger Privilegien 325f.

84 ebd. 357, Anmerkung 48. Unter ebd. 329, fälschlicherweise 28. Februar 1927.

85 Zitiert nach ebd. 329. Vgl. ältere Literatur Gruber: Aus der Geschichte der Militärseelsorge und der Militärseelsorger in Österreich 73, ders. (Hrsg.): Zum 100. Geburtstag von Militärbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski und Liebmann: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953) 460.

86 Sein Nachfolger sollte im April 1927 Michael Memelauer werden. Franz X. Huber: Bischof Dr. Johannes Rößler †. In: Reichspost, 5. Jan. 1927, 5.

87 Pawlikowski erinnerte sich im Nachhinein an die Zeit der Bischofsernennung im Jahre 1927. Enrico Sibilia wurde 1935 zum Kardinal ernannt (vgl. Anmerkung 88). *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 6, Heft 116, Biografisches, teilweise vom Bischof selbst verfasst, 1931-1950.

Daraufhin kam die formelle Anfrage des Apostolischen Nuntius Sibia⁸⁸ an Schuster und Pawlikowski, ob sie mit dem Wunsch des Papstes einverstanden wären. Pawlikowski antwortete Rom noch am selben Tag mit einem »deutlich geglätteten Lebenslauf«⁸⁹. Entgegen den Erwartungen – Sibia ging bereits von der Zustimmung beider aus – protestierte Bischof Schuster in einem Brief an die Kurie und brachte wiederum die Salzburger Vorrechte zur Bischofsnominierung zur Sprache. Dass sich in Folge die Kurie selbst nicht sicher war, ob sie noch auf die jahrhundertealten Privilegien Rücksicht nehmen sollte, beweisen die neuen Erkenntnisse aus den Quellen des Geheimarchivs. Daraus geht hervor, dass die Kurie anfangs Pawlikowski zum Apostolischen Administrator⁹⁰ von Seckau ernennen wollte und später das ihm zugewiesene Amt auf Auxiliarbischof korrigierte. Da man hinsichtlich der Salzburger Privilegien noch keinen endgültigen Beschluss getroffen hatte, wollte man in dieser Sache offenbar keine Grundsatzentscheidung fällen und setzte Pawlikowski als Weihbischof ein. Der *Reichspost* waren diese Hintergründe nicht bekannt und sie schrieb am 17. März 1927:

»Fürstbischof Dr. Schuster ist derzeit der älteste Bischof in Oesterreich. So hat er sich selbst damit einverstanden erklärt, daß ihm die schwere Würde eines Oberhirten ... nun erleichtert wird. Eine neue Kraft tritt an seine Seite. Der Heilige Vater hat den Militärvikar des österreichischen Bundesheeres Dr. Ferdinand Pawlikowski unter gleichzeitiger Erhebung zur Würde eines Bischofs mit dem Titel von Dadima zum Auxiliarischof des Fürstbischofs

88 Enrico Sibia, *17.3.1861, †4.8.1948. Nuntius in Wien von 1920 bis 1935. Unter seine Nuntiatur fällt die Unterzeichnung des Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhl und Österreich. Am 16. Dezember wurde er zum Kardinal ernannt. *Squicciarini*: Die Apostolischen Nuntien in Wien 303-306.

89 Es ist anzunehmen, dass Klieber damit die Reduktion der vielen Stationen in den Lehrjahren Pawlikowskis meint. *Klieber*: Salzburger Privilegien 329.

90 Ein Apostolischer Administrator übt in einer Diözese die Leitungsgewalt im Namen des Papstes aus. In diesem Kontext ist er ein Koadjutor. *Ruf*: Das Recht der Katholischen Kirche 116.

Dr. Schuster ernannt. Ueber ausdrücklichen Wunsch des Heiligen Vaters behält der Ernante auch die Stellung des Militärvikars bei.«⁹¹

Aus diesem Bericht geht auch hervor, dass Pawlikowski auf Wunsch des Heiligen Vaters sein Amt als Militärvikar beibehalten sollte, auch wenn sein Lebensmittelpunkt aufgrund der Bischofsernennung in Graz sein sollte.⁹² Als Bischof Schuster schließlich am 18. März 1927 starb⁹³, war Pawlikowski am Höhepunkt seiner kirchlichen Karriere angelangt. Er nahm an diesem Tag die Einsegnung der verstorbenen Frau seines besten Freundes vor, der Jahre zuvor für ihn um einen Bischofsstuhl angefragt hatte und auf diesem Wege Pawlikowskis bischöfliche Karriere initiiert hatte.⁹⁴ Es nahm nun alles den gewohnten Verlauf. Pawlikowski wurde zum Administrator ad nutum S. Sedis⁹⁵ ernannt und gleich am 27. März zum Titularbischof⁹⁶ von Dadima im Stephansdom geweiht.⁹⁷ Bei der Weihe war die Bundesregierung durch die Minister Schmitz und Vaugoin und die Christlichsoziale Partei durch den Abgeordneten Kunschak vertreten. Ebenso zeigte das Militär eine starke Präsenz. Außer dem Abt Benedikt Reetz von Seckau war allerdings kein Vertreter der Diözese nach Wien gekommen. Für Pawlikowski war dies offensichtlich sehr schmerzlich, da er sich bei Reetz noch 1951, Jahre später, in einem Brief für

⁹¹ N.N.: Bischof Dr. Pawlikowski. In: Reichspost, 17. März 1927, 9.

⁹² Ohne näher auszuführen, schreibt Liebmann, dass Sibilja schon 1924 plante Pawlikowski zum Koadjutor zu machen, wobei er weiterhin seine Aufgabe als Militärvikar wahrnehmen sollte. Das bedeutet, dass schon vor der ersten Intervention Vaugoins klar war, dass Pawlikowski der Nachfolger Schusters werden sollte. *Liebmann: Die steirischen Bischöfe im 20. Jahrhundert* 21.

⁹³ N.N.: Fürstbischof Dr. Leopold Schuster †. In: Reichspost, 19. März 1927, 5.

⁹⁴ ders.: Frau Eugenie Vaugoin †. In: Reichspost, 19. März 1927, 5.

⁹⁵ Ein Administrator, der bis auf Widerruf durch den Heiligen Stuhl eingesetzt wird. *Klieber: Salzburger Privilegien* 357, Anmerkung 56.

⁹⁶ Hilfsbischöfe sind sogenannte Titularbischöfe, die auf den Titel einer nicht mehr bestehenden Diözese geweiht werden, aber fast alle Vorrechte eines Bischofs besitzen. *Ruf: Das Recht der Katholischen Kirche* 123.

⁹⁷ Fälschlicherweise Didima bei *Klieber: Salzburger Privilegien* 329.

seinen Besuch bedankte.⁹⁸ Später wurde bekannt, dass der Abt nur zufällig bei der Bischofsweihe anwesend war und nicht als Vertreter der Diözese.⁹⁹

Erzbischof Piffl führte die Weihe mit Unterstützung der Bischöfe Filzer und Pfluger durch und übergab Pawlikowski die Insignien seines Amtes.¹⁰⁰

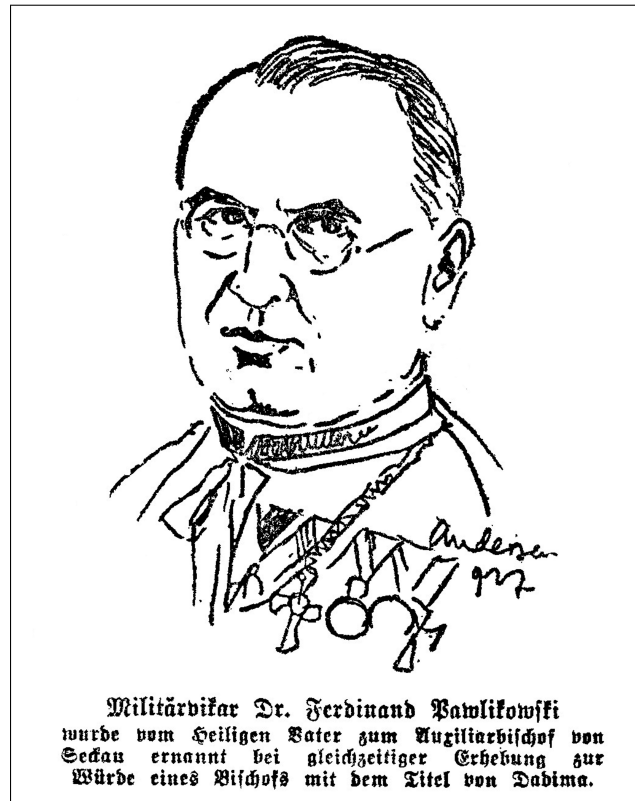


Abbildung 3.2: Abbildung von Ferdinand Pawlikowski in der Reichspost.^a

^a N.N.: Militärvikar Dr. Ferdinand Pawlikowski. In: Reichspost, 19. März 1927, 6.

Als Pawlikowski am 7. April 1927 in Graz das Domkapitel empfing, bezogen sich gleich die Begrüßungsworte des Kapitelvikars auf das ungewöhnliche Prozedere bei der Ernennung des Bischofs. Man sei nach dem Tode Schusters nach den vertrauten kanonischen Regeln vorgegangen und habe einen

⁹⁸ Liebmann: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953) 460.

⁹⁹ ebd. 468, Anmerkung 25.

¹⁰⁰ N.N.: Bischofsweihe im Stephansdom. In: Reichspost, 28. März 1927, 3.

neuen Kapitelvikar gewählt. Die Entscheidung des Heiligen Stuhles, dass Pawlikowski nun als Apostolischer Administrator die Diözese übernehme, kam überraschend, jedoch würde das Domkapitel kanonischen Gehorsam geloben. Pawlikowski antwortete mit einer längeren Rede und versuchte zu vermitteln, dass er die Stelle nie angestrebt und nichts dazu getan habe, sie zu erhalten. Auch er müsse nun dem Heiligen Vater Gehorsam leisten, obwohl es ihm schwerfalle, Wien zu verlassen, da sein Herz an dieser Stadt hänge und er dort seine Mutter zurücklassen müsse. Daraufhin übergab er dem Dompropst das vom 24. März 1927 datierte Bestellungsdekret zur Verlesung:

»Durch apostolisches Schreiben vom 25. Februar d. J. wurde der hochwürdige Herr Ferdinand P a w l i k o w s k i, Militärvikar von Oesterreich, zum Bischof von Dadima ernannt und zugleich zum Hilfsbischof des hochwürdigsten Herrn Leopold Schuster, Bischof von Seckau, bestellt. Da aber durch den jüngst erfolgten Tod dieses ausgezeichneten Mannes der Bischofstuhl von Seckau erledigt wurde und das übertragene Amt eines Hilfsbischofs erloschen ist, hat Seine Heiligkeit Pius XI., um für die Leitung der vakanten Diözese unterdessen Vorsorge zu treffen den hochwürdigsten Herrn Ferdinand Pawlikowski, Bischof von Dadima, durch gegenwärtiges Konsistorialdekret ernannt und bestellt zum A p o s t o l i s c h e n A d m i n i s t r a t o r n a c h W e i s u n g d e s A p o s t o l i s c h e n S t u h l e s f ü r d i e v a k a n t e D i ö z e s e S e c k a u , m i t a l l e n R e c h t e n u n d P f l i c h t e n , d i e d i e s e r S t e l l u n g z u k o m m e n .«¹⁰¹

Es sei hier anzumerken, dass die Beteuerung Pawlikowskis, dem Heiligen Vater Gehorsam zu leisten, einer, wie es Klieber sagt, »kirchlichen Demutsstereotype«¹⁰² zuzuordnen ist. Ihm war selbstverständlich klar, wie es zu seiner Ernennung gekommen war.

¹⁰¹ N.N.: Der Apostolische Adminstrator der Diözese Seckau. In: Reichspost, 8. Apr. 1927, 9.

¹⁰² Klieber: Salzburger Privilegien 358.

In Graz war man alles andere als erfreut über die entzogenen Rechte, dennoch beugte man sich dem Wunsche des Papstes. Einen Monat später berichtete die *Reichspost*, dass sich Pawlikowski im *Kirchlichen Verordnungsblatt* der Diözese Seckau erstmals an seinen Klerus und die Katholiken gewandt hatte. Auch dabei ging er auf die neue kirchenrechtliche Situation in der Diözese Seckau ein und gab sich bezüglich der Nachfolge Schusters unwissend:

»Ich habe das vom verstorbenen Oberhirten hinterlassene Erbe treu zu hüten und es seinerzeit dem zu ernennenden neuen Diözesanbischof wohlverhalten zu übergeben.«¹⁰³

Noch vor der amtlichen Verlautbarung konnte die *Reichspost* am 10. Mai 1927, bezugnehmend auf das *Grazer Volksblatt*, die Ernennung von »Dr. Ferdinand Pawlikowski als Nachfolger des Fürstbischofs Dr. Leopold Schuster zum Fürstbischof von Seckau«¹⁰⁴ vermelden. Während die *Reichspost* noch zusätzlich einen kurzen Lebenslauf des neuen Bischofs abdruckte, thematisierte die *Arbeiter-Zeitung* bereits die veränderten kirchlichen Bestimmungen: »Es scheint dem Salzburger Fürstbischof lediglich ein Vorschlagsrecht geblieben zu sein.«¹⁰⁵

Am 12. Mai erhielt Pawlikowski schließlich die offizielle Bestätigung von Nuntius Sibilis, dass Papst Pius XI. ihn für die vakante Stelle in Seckau bestimmt habe.¹⁰⁶

Welche politischen Wogen dieses Thema schlug, zeigen der öffentliche Diskurs der darauffolgenden Tage und eine Anfrage im Nationalrat an die Bundesregierung. Die *Katholische Kirchenzeitung*, ein Blatt der Theologischen Fakultät Salzburg, kritisierte die Entscheidungen in der Salzburger Privilegien-sache scharf und betrachtete den Papst aufgrund mittelalterlicher Quellen als exkommuniziert. Die *Arbeiter-Zeitung* schlachtete diesen Artikel natürlich

103 N.N.: Bischof Dr. Pawlikowski an die Diözese Seckau. In: *Reichspost*, 8. Apr. 1927, 11.

104 ders.: Fürstbischof Dr. Pawlikowski. In: *Reichspost*, 10. Mai 1927, 1.

105 ders.: Dr. Ferdinand Pawlikowski, Fürstbischof von Seckau. In: *Arbeiter-Zeitung*, 10. Mai 1927, 4.

106 Vgl. die gesamte Chronologie bei Klieber: Salzburger Privilegien 330.

aus und bezeichnete die Entscheidung aus Rom als »päpstlichen Absolutismus« mit der drohenden Gefahr, auch zukünftig »alle kirchlichen Pfründe mit Günstlingen zu besetzen«.¹⁰⁷ Als sich die Theologen Tage darauf in einem Widerruf für ihr Schreiben entschuldigten, kam auch dies der *Arbeiter-Zeitung* sehr recht, denn sie »hatten keinen Augenblick daran gezweifelt, daß sich die mutigen Herren sehr schnell unterwerfen werden«.¹⁰⁸ In der Sitzung des Nationalrates am 25. Mai 1927 brachte der Abgeordnete Karl Leuthner von den Sozialdemokraten eine Anfrage an die Bundesregierung betreffend der »Wahrung staatlicher Hoheitsrechte gegenüber der römischen Kurie«¹⁰⁹ ein. Der Antragsteller sah das Eingreifen des Papstes als ungerechtfertigt an, da er nach wie vor das Gesetz über die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche von 7. Mai 1874¹¹⁰ in Kraft sah. Demnach durften Bistümer nur nach Genehmigung des Kaisers besetzt werden, an dessen Stelle nun die Bundesregierung getreten war. Nur jene Bistümer, die bisher alleiniges Ernennungsrecht hatten, konnten es auch weiterhin behalten und nicht ohne Weiteres an Rom abgeben, solange

»die Kirche auch weiterhin in der Form der K o n g r u a alljährlich vom Bunde einen Betrag von ungefähr 14 1/2 Millionen Schilling in Anspruch nimmt, während sie gleichzeitig die Hoheitsrechte des Staates mißachtet.«¹¹¹

Deshalb stellten die Abgeordneten an die Bundesregierung die Anfrage, ob sie bereit wäre die Rechte des Bundes gegenüber Rom zu wahren, solange es

¹⁰⁷ N.N.: Rebellion gegen den unfehlbaren Papst. In: *Arbeiter-Zeitung*, 15. Mai 1927, 7.

¹⁰⁸ ders.: Die klerikale Rebellion abgeblasen. In: *Arbeiter-Zeitung*, 24. Mai 1927, 5. Vgl. auch *Klieber*: Salzburger Privilegien 358, Anmerkung 72.

¹⁰⁹ N.N.: Stenographisches Protokoll der 4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich 65.

¹¹⁰ §3, XVI. Stück, 50. Gesetz vom 7. Mai 1874, ders.: Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche.

¹¹¹ ders.: Die Ernennung von Bischöfen und die österreichischen Gesetze. In: *Arbeiter-Zeitung*, 28. Mai 1927, 4.

keine Trennung zwischen Staat und Kirche gäbe, und ob die Regierung bereit wäre dies vorzubereiten.¹¹²

Die *Arbeiter-Zeitung* brachte die Beantwortung der Anfrage durch Seipel am 12. August 1927. Darin betrachtete er das erwähnte Recht des Kaisers als erloschenes Privatrecht und bezeichnete das Besetzungsrecht der Bischöfe als eine innerkirchliche Angelegenheit, woraufhin er auch der römischen Kurie mitteilte, dass man das Besetzungsrecht des Heiligen Stuhles anerkenne.¹¹³ Die Beurteilung, das Ernennungsrecht sei erloschen, war insofern richtig, da der Staatsrat im März 1919 dieses kirchliche Privileg mit dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie für aufgehoben erklärt hatte.¹¹⁴ Dennoch blieb die sozialdemokratische Einschätzung der Rechtslage unverändert und wurde im Herbst 1927 durch einen Artikel in der Fachzeitschrift *Notariatszeitung* zusätzlich bestätigt. Da seit der Dezemberverfassung die Verlautbarung der Ernennung unter ministerieller Gegenzeichnung erfolgte, besaß der Kaiser das Ernennungsrecht nicht als Privatperson, sondern als Staatsoberhaupt. In der Republik sei dieses Recht anfangs auf den deutschösterreichischen Staatsrat übergegangen und müsse nach der geltenden Verfassung nun das Recht des Bundespräsidenten sein, so die Meinung des Rechtsexperten in der Fachzeitschrift. Der einzige mögliche Ausweg aus der Sache sei, »daß sich der Staat von der Kirche ebenso freimache, wie sich die Kirche vom Staate bereits freigemacht hat.«¹¹⁵

In den Quellen findet man allerdings keine Äußerung Pawlikowskis zu dieser Angelegenheit, außer die schon bekannte, dass er nie nach diesem Amt gestrebt habe. So reiste er am 18. Mai 1927 nach Salzburg, um dem Salzburger Erzbischof Dr. Rieder seine Ernennungsurkunde zu überbringen und die vorgeschriebenen Eide zu schwören.¹¹⁶

¹¹² N.N.: Die Ernennung von Bischöfen und die österreichischen Gesetze. 4.

¹¹³ ders.: Die freie Kirche im tributpflichtigen Staate. In: *Arbeiter-Zeitung*, 12. Aug. 1927, 4.

¹¹⁴ Weinzierl: Kirche und Politik 477.

¹¹⁵ N.N.: Ein weiterer Schritt zur Trennung von Kirche und Staat. In: *Arbeiter-Zeitung*, 31. Okt. 1927, 4.

¹¹⁶ ders.: Die Inthronisation des neuen Bischofs von Seckau. In: *Reichspost*, 19. Mai 1927, 7.

Schließlich kam es am 26. Mai 1927 zur feierlichen Inthronisation von Pawlikowski zum Fürstbischof von Seckau, bei der der Klerus zwar stark vertreten war, die Vertreter aus der Erzdiözese Salzburg allerdings fehlten.¹¹⁷

Nach den neuesten Forschungsergebnissen war die Art und Weise, wie diese Bischofsweihe durchgeführt wurde – schnell und abseits von Graz – so geplant und eine größere Beteiligung der Diözese gar nicht möglich.¹¹⁸

So wie Pawlikowski bei seiner Antrittsrede in der Diözese Seckau mimte auch Vaugoin Monate später bei einer katholischen Großveranstaltung den Unwissenden. Der österreichische Klerus mit Kardinal Piffl an der Spitze und die Christlichsoziale Partei mit vielen wichtigen Vertretern waren im Sommer 1927 nach Mariazell gekommen, wo alljährlich die Wiener Männerfahrt abgeschlossen wurde. Zum ersten Mal fand diese Fahrt ohne ihren Initiator Pater Abel statt, der im November davor gestorben war und deshalb wurde die Grundsteinlegung eines Pater-Abel-Denkmals zum Höhepunkt dieser Veranstaltung. Beim folgenden Begrüßungsabend ergriff auch der Heeresminister das Wort und

»sprach seine Freude darüber aus, daß ein Heeresangehöriger, der Heerespropst Doktor P a w l i k o w s k i, auf den hohen Posten des Fürstbischofes von Graz berufen sei«¹¹⁹.

Auch wenn Pawlikowski mit der Ernennung zum Diözesanbischof von Seckau die Spitze der kirchlichen Karriereleiter bereits erreicht hatte, wurde er in der Presse kurzzeitig als potenzieller Nachfolger des im April 1932 verstorbenen Erzbischofes von Wien Kardinal Piffl gehandelt.¹²⁰ Jedoch scheint er aufgrund seiner Nähe zur Heimwehr und seiner Freundschaft mit Vaugoin keine großen Chancen gehabt zu haben.¹²¹ Dass Pawlikowski kirchlich noch

¹¹⁷ ders.: Die Inthronisation des Fürstbischofs Dr. Pawlikowski. In: Reichspost, 27. Mai 1927, 7.

¹¹⁸ Klieber: Salzburger Privilegien 331.

¹¹⁹ N.N.: Dem Andenken des Männerapostels. In: Reichspost, 11. Juli 1927, 5.

¹²⁰ ders.: Rom entscheidet: Hefter, Innitzer oder Peichl. In: Wiener Sonn- und Montags-Zeitung, 20. Juni 1932, 5.

¹²¹ Viktor Reimann: Innitzer: Kardinal zwischen Hitler und Rom, Wien, München: Amalthea, 1988 28f.



Abbildung 3.3: Fürstbischof Ferdinand Pawlikowski.^a

^a Bildnachweis: Österreichische Nationalbibliothek, Inventarnummer: Pf 994:C(1), http://www.bildarchivaustria.at/Pages/ImageDetail.aspx?p_iBildID=10600892, Stand 15. Jänner 2013.

mehr erreichen wollte, zeigen jedenfalls die Umstände rund um die Wahl des Salzburger Erzbischofes 1934.

In der Zwischenzeit waren die Privilegien der Erzdiözese so gut wie verloren gegangen. Durch die Ratifizierung des Konkordates war nur mehr ein Wahlrecht aus drei Kandidaten geblieben, die dem Domkapitel vom Heiligen Stuhl genannt wurden. Als Erzbischof Rieder am 8. Oktober 1934 starb, trat die im Konkordat vorgeschriebene Vorgangsweise in Kraft. Alle österreichi-

schen Bischöfe hatten eine Liste von möglichen Kandidaten für den vakanten Bischofssitz an die römische Nuntiatur zu liefern. Aus diesen Listen lassen sich sehr genau die jeweiligen Einzelinteressen der Bischöfe ableiten. Pawlikowski setzte auf seine Liste keine amtierenden Bischöfe, wohl um seine eigenen Chancen nicht selbst zu verringern.¹²² Nachdem alle Listen in Rom eingetroffen waren, folgte der nächste Schritt im Prozedere:

»Wie bekannt, bestimmt der Artikel IV, §1, des Konkordats, daß bei Erledigung des erzbischöflichen Stuhles von Salzburg der Heilige Stuhl dem Metropolitankapitel von Salzburg drei Kandidaten benennt, aus denen es in freier, geheimer Abstimmung den Erzbischof zu wählen hat. Gemäß §2 dieses Artikels teilt der Heilige Stuhl, bevor an die Ernennung eines residierenden Erzbischofs geschritten wird, den Namen des Erwählten der österreichischen Bundesregierung mit, um zu erfahren, ob sie Gründe allgemeiner politischer Natur gegen die Ernennung geltend zu machen habe. Nach Abführung dieses im Konkordat vorgesehenen Verfahrens veröffentlicht der Heilige Stuhl die Ernennung.«¹²³

Offensichtlich hatte Pawlikowskis Taktik Erfolg, denn der Vatikan setzte ihn im letztgültigen Dreivorschlag an die zweite Position und das nur, nachdem im letzten Augenblick noch die beiden ersten Plätze getauscht worden waren. Allerdings wurde dieser Vorschlag am Ende nicht an das Domkapitel in Salzburg weitergeleitet, da noch rechtzeitig auf Wunsch von Bundeskanzler Schuschnigg interveniert wurde. Dieser wollte dem Tiroler Bischof Waitz, mit dem er in engem politischem Kontakt war und den er seit seiner Kindheit kannte, erzbischöfliche Würden zukommen lassen.¹²⁴ Auf Wunsch des Bundeskanzlers nahm Kardinal Innitzer Kontakt mit Staatssekretär Pacelli auf und lieferte zahlreiche Gründe, die für eine Erstreichung von Waitz sprachen.

¹²² Klieber: Salzburger Privilegien 337f.

¹²³ N.N.: Dr. Sigismund Waitz – Fürsterzbischof von Salzburg. In: Reichspost, 18. Dez. 1934, 1.

¹²⁴ Klieber: Salzburger Privilegien 345.

Daraufhin sprach Schuschnigg persönlich bei Pacelli vor und konnte auf diese Weise die gewünschte Reihung bewirken.¹²⁵

Schlussendlich langte in Salzburg eine komplett geänderte Vorschlagsliste ein, aus der dann Sigmund Waitz wie gewünscht zum Erzbischof von Salzburg gewählt wurde.¹²⁶

¹²⁵ *Klieber*: Salzburger Privilegien 339f.

¹²⁶ ebd. 339.

3.4 Der Fall Ude

Die politische Aktivität Pawlikowskis wird in der Literatur kaum thematisiert. Meist wird der Bischof im Zusammenhang mit dem Fall Ude genannt. In dieser Angelegenheit wurde vonseiten der Christlichsozialen Partei und der höchsten Kirchenvertreter alles unternommen, um eine unerwünschte Person mundtot zu machen. Diese Person war der vierfach promovierte Johannes Ude, der sich nach theologischen und philosophischen auch naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Studien widmete. Später wurde er Professor für spekulative Dogmatik¹²⁷ und Dekan der Theologischen Fakultät an der Karl-Franzens-Universität in Graz. Als Vegetarier und streng abstinenter lebender Geistlicher vertrat er ethisch strikte Ansichten und entwickelte auch sehr fundamentale wirtschaftliche und politische Positionen, wie einige Titel seiner Publikationen verraten: *Alkohol und Unsittlichkeit*, *Nieder mit dem Kapitalismus: Zins ist Diebstahl*, *Du sollst nicht schächten*. Er stand deshalb schon am Ende der Habsburgermonarchie oft mit der Christlichsozialen Partei, der er sich zugehörig fühlte, auf Konfrontationskurs.¹²⁸ Jedoch ließ man ihn gewähren, da er durch seine breite wissenschaftliche Ausbildung der Partei in Auseinandersetzungen oft sehr hilfreich war.¹²⁹ Ude war seinem politischen Umfeld ein unangenehmer Zeitgenosse, der mit unkonventionellen Ideen – beispielsweise lehnte er den Klubzwang für christlichsoziale Parlamentarier ab – aneckte und kritisch zur Partei stand. Auch bei kirchlichen Themen nahm er sehr kontroversielle Positionen ein und musste aus diversen Gründen schon Anfang der 1920er-Jahre heftige Kritik von Kardinal Piffl und dem Grazer Bischof Schuster einstecken. Der Vatikan war dagegen von Udes Aktivitäten

¹²⁷ Auch scholastisch-spekulative Theologie genannt, die »durch Anwendung der Vernunft, der Philosophie auf die Offenbarungswahrheiten möglichste Einsicht in den Glaubensinhalt« gewinnt. *Heim*: Lexikon der Kirchengeschichte 373.

¹²⁸ Ude bat im Sommer 1917 seinen Artikel *Friede in Sicht!* abzdrukken, »weil ein seiner Richtung entsprechendes Wiener Blatt ihm bisher die Aufnahme von Friedensartikeln regelmäßig verweigert hat.« Johannes Ude: *Friede in Sicht!*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 24. Juli 1917, 4.

¹²⁹ Reinhard Farkas: Johannes Ude und die Amtskirche: Chronologie und Analyse eines Konflikts, in: *Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs* 47, 1997 253f.

begeistert und er wurde Ende 1921 sogar in Privataudienz von Papst Benedikt XV.¹³⁰ empfangen.¹³¹ Seine Konzepte passte er an die Tagespolitik an und so waren seine zahlreichen Vorträge gut besucht. Die wirtschaftliche Krise ab 1925 brachte ihm immer mehr Anhänger. Ude war auch federführend bei der Bildung des *Wirtschaftsvereines für Österreich* tätig, dessen erster Obmann er wurde. Die Sprache des Vereines wurde immer radikaler, wobei ihm zunehmend die Kontrolle entglitt¹³², worauf er am 26. Juli 1926 in einem Schreiben des Seckauer Ordinariats aufgefordert wurde:

- »1. Haben Sie jede, die jetzige christliche Regierung angreifende agitatorisch aufreizende Rede in Volksversammlungen von Stadt und Land zu unterlassen.
2. Die Agitation für Ihre neue Wirtschaftspartei mit Rücksicht auf die Gefahr der Schädigung und Spaltung der katholischen (siehe: christlichsozialen) Partei einzustellen.
3. Jede Verbindung mit kirchenfeindlichen Blättern und Parteien wegen des öffentlichen Ärgernisses aufzugeben.«¹³³

Damit konnte das Problem jedoch nicht aus der Welt geschafft werden, es wurde sogar noch größer. Nach dem Tod von Bischof Leopold Schuster wurde das Redeverbot wieder aufgehoben. Bei der Nationalratswahl 1927 trat der Wirtschaftsverein mit einer eigenen Liste an, zu Seipel ging man auf Distanz. Die Antwort Seipels folgte sogleich. Er bedrängte Pawlikowski, der eben erst zum Diözesanbischof von Graz-Seckau ernannt worden war, Ude anzuweisen, seine Kandidatur bei den Wahlen zurückzuziehen, da nach dem Kirchenrecht

¹³⁰ Papst Benedikt XV., Giacomo Della Chiesa, *21.11.1854, †22.1.1922. Am 3.9.1914 zum Papst gewählt. Als ausgebildeter pästlicher Diplomat versuchte er während des Ersten Weltkrieges, zwischen den kriegsführenden Parteien zu vermitteln. Verfolgte die Einigung der separaten Kirchen im Osten. *Kelly* (Hrsg.): Reclams Lexikon der Päpste 332-334.

¹³¹ *Farkas*: Johannes Ude und die Amtskirche 257.

¹³² ebd. 259.

¹³³ *N.N.*: Ude mundtot gemacht. In: *Arbeiter-Zeitung*, 7. Aug. 1926, 5f.

jeder Priester dafür die Bewilligung der zuständigen kirchlichen Stelle einzuholen hatte. Ude zog daraufhin seine Kandidatur zurück. Seine Liste trat zwar an, konnte aber, um die Führungspersönlichkeit geschwächt¹³⁴, nicht den Sieg der Einheitsliste Seipels verhindern. Dennoch blieb Ude für Pawlikowski ein Thema, das er als zuständiger Diözesanbischof nicht abschieben konnte. Er selbst bezeichnete es als »unbegreifliche Bequemlichkeit«¹³⁵ der Christlichsozialen Partei, dass sie nicht in der Lage war, den politischen Einfluss Udes zu schwächen. Verschärft wurde der Konflikt durch eine Publikation von Arthur Miller-Aichholz¹³⁶, einem aus Krems stammenden Unternehmer und Vertrauten Udes¹³⁷, die man auch als Verteidigungsschrift für Professor Ude sehen kann, in der sowohl die christlichsoziale Parteiführung als auch die klerikale Ethik und Politik scharf kritisiert werden. Nun griff Pawlikowski zu außerordentlichen Maßnahmen und rief Ude am 26. Oktober 1929 zu sich in das bischöfliche Palais nach Graz. Es kam zu einem Zusammentreffen, über dessen Verlauf sich Ude später in einem Brief an den Bischof beschweren sollte:

»Ich muß aber leider erkennen, ... daß ich nun schon zum zweiten Male von Ew. Gnaden vor Zeugen in einem Ton und mit Ausdrücken angeredet worden bin, der (sic!) mit der Würde meines Amtes unvereinbar sind«¹³⁸.

Dabei trafen auch persönlich zwei Welten aufeinander. Auf der einen Seite die des asketisch lebenden Vegetariers und Nichtraucher Ude und auf der anderen Seite die des leidenschaftlichen Rauchers und Genussstrinkers Pawlikowski.¹³⁹ Diese Auseinandersetzung entging natürlich der linken Presse nicht

¹³⁴ ders.: Seipel hat den Rücktritt Udes erzwungen. In: Arbeiter-Zeitung, 13. Apr. 1927, 4.

¹³⁵ Farkas: Johannes Ude und die Amtskirche 262.

¹³⁶ Arthur Miller-Aichholz: 12 Studien über politische Ereignisse und volkswirtschaftliche Zustände im Lichte der katholischen Moral: Ein Beitrag zur Frage der Treue des Katholiken zu dem von ihm beschworenen Glauben in den wichtigsten Vorgängen des öffentlichen Lebens, Graz: Leopold Stocker, 1930.

¹³⁷ Farkas: Johannes Ude und die Amtskirche 263.

¹³⁸ Zitiert nach ebd. 264.

¹³⁹ ebd. 259.

und so informierte die *Arbeiter-Zeitung* ihre Leser über den »bischöflichen Terror«, der gegenüber dem Professor ausgeübt wurde. Sie druckte das im Namen des österreichischen Episkopates verfasste Schreiben von Pawlikowski mit einer scharfen Kritik des Redakteurs am 7. Jänner 1930 ab.

»Da Euer Hochwürden trotz wiederholter Mahnung zur Mäßigung Ihrer Tätigkeit in Wort und Schrift verschiedentlich Anlaß zu erneuten Beschwerden gegeben haben, wird Ihnen auf Verlangen der hochwürdigen Diözesan-Bischöfe Oesterreichs ... die Predigterlaubnis entzogen und ... jedwede politische Betätigung, wie auch jedes Auftreten in öffentlichen Versammlungen ... verboten.«¹⁴⁰

Dem Schreiben folgte die Kritik des Redakteurs:

»Vor allem ist dieser ›Erlaß‹ ein frecher Uebergriff: denn daß weder der Bischof, noch sie alle zusammen das Recht haben, einem Staatsbürger den Gebrauch der staatsbürgerlichen Rechte zu verbieten, ist ganz selbstverständlich ... das Unterfangen, sie einem Staatsbürger zu bestreiten ... strafbar ... Während die Herren Bischöfe - der jetzt in Seckau sitzt, am bösest - den Krieg noch verherrlicht, gepriesen und gesegnet haben, hat Ude seine Stimme als Pazifist erhoben.«¹⁴¹

Wie sehr Pawlikowski diese Kontroverse lästig war, zeigt sein Briefwechsel mit dem St. Pöltner Bischof Michael Memelauer im Februar 1930:

»Seit 15 Jahren gibt er dem Ordinariate zu schaffen. Kein Geistlicher wurde so oft gemahnt wie er. Und über keinen Diözesan-Geistlichen ist ein derartiger [!] Aktenbündel im Archiv als über ihn.«¹⁴²

¹⁴⁰ Otto Leichter: Bischöflicher Terror. In: *Arbeiter-Zeitung*, 7. Jan. 1930 3.

¹⁴¹ ebd. 3.

¹⁴² Zitiert nach Farkas: Johannes Ude und die Amtskirche 254f.

Am 5. April war aus der *Reichspost* und der *Arbeiter-Zeitung* zu erfahren, dass eine Verhandlung gegen den Redakteur des oben erwähnten Artikels aus der *Arbeiter-Zeitung* vertagt wurde. Bischof Pawlikowski hatte ihn nämlich wegen Ehrenbeleidigung geklagt. Der Vertreter des Beklagten argumentierte, dass sein Name in dem Artikel gar nicht erwähnt worden war und es deshalb unverständlich sei, wie es überhaupt zu einer Anklage habe kommen können. Wohl nur deshalb, »da es sich um den Pawlikowsky (sic!) des Herrn Vaugoin handelt«, vermutete die Verteidigung eine korruptierte Staatsanwaltschaft.¹⁴³ Einen Monat später schien man anderer Meinung zu sein und veröffentlichte »aus Angst vor dem Richter«¹⁴⁴, wie die *Reichspost* meinte, eine Erklärung:

»Als damaliger verantwortlicher Schriftleiter der Arbeiter-Zeitung erkläre ich, daß diese Veröffentlichung der persönlichen Ehre des Herrn Fürstbischof Dr. Pawlikowski in keiner Weise nahetreten wollte und daß ich mich überzeugt habe, daß die von Herrn Dr. Pawlikowski getroffenen Maßnahmen lediglich der Wahrnehmung kirchlicher Interessen dienen.«¹⁴⁵

Schlussendlich endete das Verfahren mit einem Vergleich beider Parteien.¹⁴⁶ In einem anderen Verfahren gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Zeitschrift *Oesterreichischer Werbedienst für Volksgesundheit* wurde das Redeverbot gegen Professor Ude folgendermaßen beschrieben:

»Das Redeverbot gegen Professor Ude ist ein Verbrechen, das an die Sitten des finsternen Mittelalters, an die Zeit der Hexenverbrennung erinnert.«¹⁴⁷

¹⁴³ Vgl. N.N.: Politische Preßprozesse. In: *Reichspost*, 5. Apr. 1930, 8 und *ders.*: Der Staatsanwalt im Dienste des Fürstbischofs Pawlikowski. In: *Arbeiter-Zeitung*, 5. Apr. 1930, 8.

¹⁴⁴ *ders.*: Die Angst vor dem Richter. In: *Reichspost*, 15. Mai 1930, 5.

¹⁴⁵ Otto Leichter: Erklärung. In: *Arbeiter-Zeitung*, 12. Mai 1930, 2.

¹⁴⁶ Farkas: Johannes Ude und die Amtskirche 266.

¹⁴⁷ N.N.: Das Redeverbot gegen Professor Ude. 500 Schilling Geldstrafe wegen Beleidigung des Erzbischofes Pawlikowski. In: *Neue Freie Presse*, 7. Nov. 1930, 11.

Der Redakteur Richard Soyka wurde wegen überzogener Kritik zu 500 Schilling Geldstrafe verurteilt, die nach Berufung auf 100 Schilling reduziert wurde.¹⁴⁸

Udes Wirken wurde auch auf universitärer Ebene stark begrenzt, indem im November 1929 eine kirchliche Kommission den Theologiestudenten der Karl-Franzens-Universität den Besuch von Udes Vorlesungen untersagte.¹⁴⁹ Des Weiteren konnte das Werk *Soziologie*, das Ude 1930 herausgeben wollte und für das er vom St. Pöltner Bischof Memelauer schon die Druckerlaubnis bekommen hatte, aufgrund einer Weisung von Kardinal Piffl und Bischof Pawlikowski nicht erscheinen. Als er dieses Buch dann im darauffolgenden Jahr in einem Schweizer Verlag herausbrachte, mit einem Vorwort des Bischofs von St. Gallen, waren sowohl der österreichische Episkopat als auch die Christlichsoziale Partei unangenehm berührt.¹⁵⁰ Die Bischofskonferenz richtete an Bischof Aloisius Scheiwiler von St. Gallen ein Schreiben, in dem man sich befremdet über die Vorgehensweise zeigte, dass einem Werk Udes »ohne Genehmigung seines Ordinariats, vom Ordinariate St. Gallen das Imprimatur gegeben wurde«.¹⁵¹

Ude hatte danach keinen Handlungsspielraum mehr. Sogar Auslandsvorträge wurden ihm auf Intervention von Pawlikowski unmöglich gemacht. Aufnahme fand er anfangs nur mehr in der Schweiz, aber auch dorthin brach der Kontakt 1932 ab, nachdem offenbar von österreichischer Seite interveniert worden war.¹⁵²

Auch den Ständestaat sah Ude nicht als brauchbare Möglichkeit und kritisierte ihn scharf. Im Frühjahr 1934 wurde er von Unterrichtsminister Kurt

¹⁴⁸ Farkas: Johannes Ude und die Amtskirche 266.

¹⁴⁹ ebd. 264.

¹⁵⁰ ebd. 265f.

¹⁵¹ *Diözesanarchiv Wien*: Bischofskonferenzen. Kassette 13, Bischofskonferenzakten 1926-1932, Protokoll der Konferenz der Bischöfe Österreichs am 24.-26. November 1931 im erzbischöflichen Palais in Wien 8f.

¹⁵² Farkas: Johannes Ude und die Amtskirche 268f.

Schuschnigg »gegen Wartegeld«¹⁵³ beurlaubt, später wurden seine Dienstbezüge komplett gestrichen, womit ihm seine Existenzgrundlage entzogen wurde. Gebrochen bezeichnet er sich in einem Interview mit einer Schweizer Tageszeitung als »das erste Opfer des Konkordates, das Österreich mit Rom abgeschlossen hat«.¹⁵⁴

In weiterer Folge machte sich Bundespräsident Miklas für die Amnestierung Udes stark und bewirkte bei den Diözesanbischöfen die Rücknahme der Restriktionen. Die *Reichspost* meldete am 24. Februar 1935, dass das fürstbischöfliche Seckauer Ordinariat das über Dr. Johannes Ude verhängte Redeverbot mit dem heutigen Tage aufgehoben habe.¹⁵⁵ Ude nützte zwar seine wiedergewonnene Redefreiheit, jedoch schenkte ihm die Öffentlichkeit kaum Beachtung mehr. Da man kein weiteres Aufsehen erregen und die Aufmerksamkeit nicht nochmals auf Ude lenken wollte, entschied die Bischofskonferenz, von weiteren Schritten gegen ihn abzusehen.¹⁵⁶

Der Fall Ude zeigt, wie hartnäckig Pawlikowski sein konnte und dass er nicht davor zurückscheute, alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zur Erreichung seiner Ziele einzusetzen.

¹⁵³ Maximilian *Liebmann*: Die Zeit Fürstbischofs Pawlikowskis, in: Karl *Amon*/Maximilian *Liebmann* (Hrsg.): Kirchengeschichte der Steiermark, Graz, Wien, Köln: Styria, 1993 311.

¹⁵⁴ ebd. 311.

¹⁵⁵ N.N.: Aufhebung des Redeverbotes über Professor Ude. In: *Reichspost*, 24. Feb. 1935, 8.

¹⁵⁶ *Farkas*: Johannes Ude und die Amtskirche 271.

3.5 Versuchte Staatsstreiche?

Bei der Lektüre der Lebenserinnerungen des österreichischen Politikers Julius Deutsch kommt man zu einer Stelle, an der er von den Begegnungen mit den neuen Verantwortungsträgern des zukünftigen Heeres erzählt. Dabei erinnert er sich an einen katholischen Priester¹⁵⁷, der auf Vorschlag des Unterstaatssekretärs Erwin Waihs¹⁵⁸ auf Grundlage einer Übereinkunft zwischen den beiden Regierungsparteien zum Leiter der Heeresseelsorge bestellt wurde. Deutsch erinnert sich:

»Unterstaatssekretär Waihs schlug vor, zum Leiter dieses Dienstzweiges den bisherigen Feldkuraten *F e r d i n a n d P a w l i k o w - s k i* zu ernennen, den er als überzeugten Demokraten pries. Pawlikowski stellte sich bei mir vor. Ich hatte den Eindruck, daß dieser Bewerber tatsächlich die Eigenschaften aufwies, derentwegen ihn Dr. Waihs vorgeschlagen hatte und unterschrieb die Ernennung. Ein paar Jahre später wurde Pawlikowski Bischof in Graz, ein gar streitbarer, denn er war der erste Bischof, der in einer Feldmesse die Waffen der faschistischen Heimwehr segnete. Mag sein, daß der Kirchenfürst sein Gewissen damit beruhigte, daß er sich jedem zur Verfügung stellte, der seinen Beistand verlangte. Aus diesem Grunde – und beileibe nicht, um sich als Monarchist zu bekennen – mag er in einer anderen Epoche, nämlich im Herbst 1954, nach Würzburg geeilt sein, um die Zwillinge Otto Habsburgs zu taufen, was ihn hinwieder nicht hinderte, einige Monate später aus den Händen des sozialistischen Bürgermeisters von Graz die Urkunde als Ehrenbürger dieser Stadt entgegenzunehmen, uneingedenk hinwieder des Umstandes, daß er nach dem Zeugnis des Vizekanzlers *F r a n z W i n k l e r* (»Die Diktatur in Österreich«, Seite

¹⁵⁷ *Deutsch*: Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen 137.

¹⁵⁸ Dr. Erwin Waihs, *3.8.1880, †5.7.1959. Christlichsozialer Politiker und von 5.11.1918 bis 24.6.1920 Unterstaatssekretär im Staatsamt für Heereswesen. *N.N.*: Dr. Erwin Waihs.

10) seinerzeit zu denen gehört hatte, die Dollfuß zum Staatsstreich drängten.«¹⁵⁹

Diese sarkastische Textpassage zeigt, dass Pawlikowski für Deutsch eine Person zu sein schien, die sich an die jeweils herrschende politische Entwicklung anpasste. Doch was war die Einschätzung von Franz Winkler¹⁶⁰, die er hier zitiert? Winkler schrieb Folgendes:

»Der streitbare Bischof der Diözese Seckau in Graz, Pawlikowski, Pole von Geburt, versuchte schon im Jahre 1929 durch Vorstellungen bei Dr. Schober, diesen auf den Weg der Illegalität zu treiben. Pawlikowski, ein Anhänger des Staatsstreiches, hat allerdings nicht mit Schober, später aber mit Dollfuß seine These, für die er unermüdlich tätig war, durchgesetzt.«¹⁶¹

Nach diesen überraschenden Beurteilungen eines Bischofs stellt sich die Frage, ob diese »Staatsstreich-These« in der Literatur noch an anderer Stelle thematisiert wird. In den Lebenserinnerungen des oberösterreichischen Politikers Franz Langoth¹⁶² wird in Zusammenhang mit dem Korneuburger Eid der Heimwehr¹⁶³ beiläufig Folgendes erwähnt:

»Unter Führung Dr. Rintelens, des christlichsozialen Landeshauptmannes von Steiermark, und des Fürsterzbischofs Pawlikowski verlangte die Heimwehr von Dr. Schober die Beseitigung der Verfassung und die Erfüllung der Korneuburger Forderungen. Fürs-

¹⁵⁹ *Deutsch*: Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen 137f.

¹⁶⁰ Ing. Franz Winkler, *20.3.1890, †16.10.1945. Abgeordneter zum Nationalrat für den Landbund, Bundesminister und Vizekanzler. *N.N.*: Ing. Franz Winkler.

¹⁶¹ Franz Winkler: Die Diktatur in Österreich, Zürich: Orell Füssli, 1935 10.

¹⁶² Franz Langoth, *20.8.1877, †17.4.1953. Deutschnationaler Politiker und von 1918 bis 1931 oberösterreichischer Landeshauptmannstellvertreter. *N.N.*: Franz Langoth.

¹⁶³ Im Korneuburger Eid wurden Parlamentarismus und Formaldemokratie abgelehnt. Er war ein Bekenntnis zum ständisch gegliederten Führerstaat. Adam Wandruszka: Das "nationale Lager", in: Erika Weinzierl/Kurt Skalmik (Hrsg.): Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983 300.

terzbischof Pawlikowski erklärte, Schober seines Treueeides zu entbinden, Schober lehnte aber ab.«¹⁶⁴

Langoth nennt den 24. Mai 1930 als den Tag, an dem Pawlikowski Schober¹⁶⁵ zur Beseitigung der demokratischen Verfassung aufgefordert haben soll und bezeichnet ihn als aktiven Förderer der Heimwehr. Ähnlich wie Deutsch bringt der Autor den Fürstbischof auch mit Otto Habsburg in Verbindung, nämlich als jenen, der am 10. Mai 1951 die Statue der Muttergottes von Mariazell zur Trauung Ottos nach Nancy geschickt haben soll.¹⁶⁶ Liest man die zitierten Stellen bei Winkler und Langoth ganz genau, so kommt man zu dem Schluss, dass es sich hier um zumindest drei brisante Treffen des Bischofs Pawlikowski mit dem Polizeipräsidenten und späteren Regierungschef handelte, um diesen zum Staatsstreich zu bewegen.

- »...versuchte schon im Jahre 1929 durch Vorstellungen bei Dr. Schober ...«¹⁶⁷ - diese Aussage würde wenigstens zwei Treffen mit Schober bedeuten.
- »Pawlikowsky (sic!) ...forderte schon am 24.5.1930 die Beseitigung der demokratischen Verfassung und bot Dr. Schober ...die Entbindung vom Amtseide an ...«¹⁶⁸ - an dieser Textstelle taucht Pawlikowski mit dem christlichsozialen Landeshauptmann der Steiermark, Anton Rinte-

¹⁶⁴ Franz Langoth: Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers, Wels: Welsermühl, 1951 82.

¹⁶⁵ Johannes Schober, *14.11.1874, †19.8.1932. Österreichischer Politiker, Bundeskanzler und Polizeipräsident von Wien. Michael Gehler, in: *Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.): *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 23, Berlin: Duncker & Humboldt, 2007 347-348.

¹⁶⁶ Langoth: Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers 382.

¹⁶⁷ Winkler: Die Diktatur in Österreich 10.

¹⁶⁸ Der Name Pawlikowski wird in dieser Publikation unterschiedlich geschrieben. Langoth: Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers 382.

len¹⁶⁹, bei Schober auf und forderte die Beseitigung von Verfassung und Demokratie.¹⁷⁰

Da es sich bei den eben erwähnten Textstellen um unbelegte Behauptungen handelt, ist es notwendig, diese durch Nachweise zu bestätigen. In einer Dissertation über Anton Rintelen¹⁷¹ existieren Hinweise auf Zeitungsberichte vom März 1932 (siehe Abbildung 3.4), die sich auf den steirischen Landeshauptmann und Pawlikowski beziehen, die angeblich drei Jahre zuvor gemeinsam mit der Heimwehr einen Staatsstreich geplant hatten. Diese Berichte seien von Schober selbst aus unbekannten Gründen initiiert worden.¹⁷²

Eine Intervention des Bischofs Pawlikowski und Dr. Rintelens.

Am Mittwoch den 4. September 1929, 11 Uhr vormittags, erschienen Fürstbischof Dr. Pawlikowski, Landeshauptmann Dr. Rintelen, Landesoberregierungsrat Dr. Kronabatter, Generalmajor a. D. Wagner und die Herren Rauter, Arbeiter und Gallian beim Polizeipräsidenten, um mit ihm die Frage einer Aktion der Heimwehr zu besprechen.

Abbildung 3.4: Zeitungsbericht vom 6. März 1932 in der Neuen Freien Presse.¹⁷³

Es war die Hochzeit der Heimwehr, in der Pawlikowski als aktiver und anerkannter Diözesanbischof von Seckau angeblich versucht haben soll, sich auch politisch ins Spiel zu bringen, indem er Staatsstreichversuche unterstützte. Die Heimwehr entwickelte sich, ebenso wie der Republikanische Schutzbund, aus den paramilitärischen Schutzverbänden der jungen Republik heraus. In

¹⁶⁹ Anton Rintelen, *15.11.1876, †28.1.1946. Christlichsozialer Landeshauptmann der Steiermark von 1919 bis 1926 bzw. 1928 bis 1933. *Binder*: 641-642.

¹⁷⁰ Auch F. L. Carsten schreibt, dass die Heimwehr ohne Erfolg versucht hatte, Schober unter Druck zu setzen und zitiert Langoth. F. L. *Carsten*: Faschismus in Österreich: Von Schönerer zu Hitler, München: Wilhelm Fink, 1977 165.

¹⁷¹ *Gorke*: Anton Rintelen.

¹⁷² Rainer *Hubert*: Schober: "Arbeitermörder" und "Hort der Republik": Biographie eines Gestrigen, Wien, Köln: Böhlau, 1990 252.

¹⁷³ N.N.: Dr. Schober und die Heimwehr, in: Neue Freie Presse, 6. März 1932, 10.

der Folge wurden beide Verbände immer mehr zum Werkzeug ihrer ideologischen Geburtshelfer, der Christlichsozialen und der Sozialdemokratischen Partei, die sie für ihre Zwecke einsetzten. Eine immer stärker werdende politische Radikalisierung in der Politik führte schlussendlich zum Ausbruch der aufgestauten Spannungen und zu den Ereignissen des 15. Juli 1927, der als Schicksalstag der Ersten Republik in der Geschichte Österreichs gesehen werden kann.¹⁷⁴ Ein scheinbar politisch motiviertes Fehltrail¹⁷⁵ führte zur Tragödie in Wien, bei der 85 Demonstranten und vier Polizisten ihr Leben lassen mussten.¹⁷⁶

Das Ereignis schwächte die Sozialdemokraten und stärkte in gleicher Weise die Christlichsozialen. Ebenso erhielten die Heimwehren starken Aufwind und wurden dadurch zu einem immer größeren Machtfaktor. In weiterer Folge kam es nahezu jede Woche zu Auf- und Gegenaufmärschen der beiden Schutzverbände. Das geschah vor allem in Städten mit sozialdemokratischer Mehrheit, wie am 7. Oktober 1928 in Wiener Neustadt, wo die Heimwehr für diesen Tag einen Aufmarsch angemeldet hatte. Auf diese Provokation reagierte die Sozialdemokratie, indem sie für den gleichen Tag einen Gegenaufmarsch anmeldete. Die fast sicher scheinende Konfrontation konnte nur dadurch abgewehrt werden, dass die beiden militärischen Einheiten in ihren Aufmärschen zeitlich und räumlich getrennt wurden.¹⁷⁷ Zusätzlich wurden aufgrund internationalen Drucks auf die Regierung Seipel Bundesheer und Polizei nach Wiener Neustadt beordert, um die Trennung der beiden Gruppen zu gewährleisten. Dies war die Vorbedingung für einen Heimwehraufmarsch,

¹⁷⁴ *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 191.

¹⁷⁵ Milde Urteile waren zu dieser Zeit kein Einzelfall, sie waren die Folge der sozialdemokratischen Initiative für humanere Urteile. Es konnten in weiterer Folge auch Laien als Geschworene durchgesetzt werden. Rudolf Neck: Sozialdemokratie, in: Erika Weinzierl/Kurt Skaln timer (Hrsg.): Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983 238f.

¹⁷⁶ *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 193f.

¹⁷⁷ ebd. 183.

den Seipel unbedingt ermöglichen wollte.¹⁷⁸ Versuche, diesen Aufmarsch in Wiener Neustadt zu verbieten, scheiterten am Veto der Regierung.¹⁷⁹

Wie stark diese Ereignisse auch international Aufmerksamkeit fanden, spiegelt die ausländische Presseberichterstattung wider:

»Thanks largely to the military precautions, the rival Fascist and Socialist demonstrations passed off peacefully ... Though the Viennese breathe a sigh of relief because the threatened storm has blown over, there is little cause for congratulation, seeing that one-third of the Federal army and 2 000 police were garrisoned at Wiener (sic!) Neustadt ... Every Austrian knows the harm thus done to the country's reputation abroad, but nobody attempts to stop the intolerable filibustering.«¹⁸⁰

Knapp ein Jahr später kam es im steirischen St. Lorenzen im Mürztal wieder zu einem Aufeinandertreffen von Heimwehr und Schutzbund. Für den 18. August 1929 plante die Sozialdemokratische Partei des Ortes eine Veranstaltung zu ihrem zehnjährigen Bestehen. Man kann annehmen, dass die Heimwehr am selben Tag nicht zufällig eine Veranstaltung in St. Lorenzen durchführen wollte. Der Bezirkshauptmann von Bruck an der Mur beabsichtigte, beide Veranstaltungen aufgrund des zu hohen Risikos einer Konfrontation zu untersagen. Diesmal war es Landeshauptmann Rintelen, wie Seipel ein Heimwehrsympathisant, der durch eine Weisung an den Bezirkshauptmann die Durchführung beider Veranstaltungen, wie in Wiener Neustadt örtlich und zeitlich getrennt, erlaubte. Die Heimwehr hielt sich jedoch nicht an die

¹⁷⁸ C. Earl *Edmondson*: Heimwehren und andere Wehrverbände, in: Emmerich *Tálos* u. a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs: Bd. 1: Erste Republik 1918-1933, Wien: Manz, 1995 269.

¹⁷⁹ Der niederösterreichische Landeshauptmann Karl Buresch wollte den Heimwehraufmarsch gegen den Willen von Seipel verbieten. Der Aufmarsch wurde schließlich erlaubt, hingegen die Gegendemonstration des Schutzbundes nicht. Allerdings wurde nach einer Berufung beim Landeshauptmann das »Verbot eines Arbeitertages« wieder aufgehoben. *N.N.*: Das Verbot des Arbeitertages wird aufgehoben. In: Arbeiter-Zeitung, 3. Okt. 1928, 1.

¹⁸⁰ *ders.*: Growing state of unrest in Austria. In: The Daily News (Perth, W.A.) 8. Okt. 1928, 6.

Vereinbarung und besetzte den Aufmarschplatz des Schutzbundes, was eine Konfrontation mit diesem unausweichlich machte. Es kam zu einer Schießerei, die aufseiten des Schutzbundes drei Todesopfer forderte.¹⁸¹ Die tödlichen Schüsse fielen am Kirchplatz, der als Versammlungsort diente und dadurch sofort die katholische Kirche als Verbündete der Heimwehr unter Verdacht geraten ließ. Noch am selben Tag wurde behauptet, dass die Schüsse vom Kirchturm aus abgefeuert wurden und zudem der Pfarrhof als Rückzugsort von Heimwehrsoldaten gedient haben soll. Auch sollen Pfarrer und Kaplan selbst zur Waffe gegriffen haben.¹⁸² Ein Brief des beschuldigten Pfarrers an die sozialdemokratische Lokalorganisation, der in vielen Zeitungen abgedruckt und als glaubwürdig bezeichnet wurde¹⁸³, konnte diese Gerüchte zwar glaubhaft widerlegen, aber dennoch hielten sie sich über viele Jahre. Zu diesem Ereignis, das in der Diözese Graz-Seckau stattfand, finden sich in der Literatur und in den Quellen keinerlei Hinweise auf eine Stellungnahme von Bischof Pawlikowski. Die Vorfälle vom 22. August 1929 waren aber Thema im Ministerrat¹⁸⁴. Bundeskanzler Ernst Streeruwitz¹⁸⁵, der nach dem überraschenden Rücktritt von Seipel im April 1929 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, sah die Ursache der blutigen Konfrontation im Versagen der Behörden und machte Landeshauptmann Rintelen dafür verantwortlich. Er meinte, dieser habe in voller Absicht die Regierung in eine Krise stürzen wollen.¹⁸⁶ Winkler geht in seinen Lebenserinnerungen noch weiter und meint, dass nach Plänen der Heimwehrführer die provozierten Vorfälle in St. Lorenzen den ersten Putsch hätten auslösen sollen, doch »Dr. Pfrimer ... marschierte nicht«.¹⁸⁷

¹⁸¹ Gorke: Anton Rintelen 114.

¹⁸² Liebmann: Bewährung im österreichischen Kulturkampf 312f.

¹⁸³ N.N.: Der Dechant von St. Lorenzen. In: Arbeiter-Zeitung, 24. Aug. 1929, 4.

¹⁸⁴ Rudolf Neck/Kurt Peball (Hrsg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik: Abteilung VI, 4. Mai 1929 bis 4. Dezember 1930, Bd. 1, Wien: Verl. d. Österr. Staatsdruckerei, 1988 128-138.

¹⁸⁵ Streeruwitz, Ernst Streer Ritter von, *23.9.1874, †19.10.1952. Christlichsozialer Politiker, Wirtschaftsfachmann. 1923-1934 Nationalratsabgeordneter, 1929 Bundeskanzler. Weissensteiner: Der ungeliebte Staat 200.

¹⁸⁶ Gorke: Anton Rintelen 115.

¹⁸⁷ Winkler: Die Diktatur in Österreich 27f.

Inzwischen war aus der Heimwehr, dem sogenannten »Kettenhund des bürgerlichen Lagers«¹⁸⁸, eine politische Kraft geworden, die selbst die Politik bestimmen wollte. Diese Gedanken gab es im Heimwehrverband schon seit den frühen 1920er-Jahren.¹⁸⁹ Allerdings waren die Einzelorganisationen über das ganze Land verstreut und deren Führung nicht einer Meinung, sodass es fast ein Jahrzehnt dauerte, bis es eine einheitliche gesamtösterreichische Führung gab. Die Vorfälle des 15. Juli 1927 brachten der Heimwehr zudem einen massiven Zulauf von »bürgerlichen Mittelschichten und Bauern«¹⁹⁰ und machte sie dadurch zu einem erwünschten Partner der bürgerlichen Parteien. Trotz der inzwischen vorhandenen zentralen Führung waren die Meinungsverschiedenheiten an der Spitze zwischen dem Tiroler Bundesführer Richard Steidle¹⁹¹ und seinem steirischen Stellvertreter Walter Pfrimer¹⁹² nicht ausgeräumt. Nach Ernst Hanisch vertrat Steidle den konservativen, katholischen und agrarischen Weg, während Pfrimer den deutschnationalen, kleinstädtischen und radikalen Kurs einschlug.¹⁹³ Zumindest hatte man das gemeinsame Ziel, den Parlamentarismus auszuschalten, klar vor Augen. Beide wurden unterstützt von dem ehemaligen deutschen Offizier Waldemar Pabst¹⁹⁴, der

¹⁸⁸ Robert *Kriechbaumer*: Die großen Erzählungen der Politik: Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2001 551.

¹⁸⁹ Seipel sah jedoch in der Heimwehr immer nur den verlängerten Arm der Christlichsozialen Partei, wenn es um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele ging. In der Vorstellung der Heimwehrführer sollte der Heimwehrverband als Machtfaktor über allen Parteien stehen. ebd. 549.

¹⁹⁰ ebd. 551.

¹⁹¹ Richard Steidle, *20.9.1881, †30.8.1940. Rechtsanwalt und Heimwehrpolitiker. 1919 bis 1934 christlichsozialer Landtagsabgeordneter in Tirol. 1920 bis 1934 Landesführer der Tiroler Heimwehr. *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 197.

¹⁹² Walter Pfrimer, *22.12.1881, †31.5.1968. Rechtsanwalt und Heimwehrpolitiker. Trug nach den Juli-Ereignissen von 1927 maßgeblich zum Ende des Verkehrsstreiks bei. Ab 1928 Zweiter Bundesführer, später interimistischer Führer der Heimwehr; versuchte am 13. September 1931, mit dem sogenannten »Pfrimer-Putsch« an die Macht zu kommen. Erhielt beim nachfolgenden Hochverratsprozess einen Freispruch, zu dem ihn Rintelen durch geschickte Zeugenaussagen verhalf. Robert *Kriechbaumer*: Österreich! und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front; Innenansichten eines Regimes, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2005 164, Anmerkung 27 und *Gorke*: Anton Rintelen 146f.

¹⁹³ *Hanisch*: Der lange Schatten des Staates 289.

¹⁹⁴ Waldemar Pabst, *24.12.1880, †28.5.1970. Deutscher Militäroffizier. Protagonist im Kapp-Putsch. Heimwehrorganisator. *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 199.

aufgrund eines Haftbefehles von Deutschland nach Österreich geflüchtet war und mit seinem Wissen die Heimwehr nun militärisch reorganisierte.¹⁹⁵ Des Weiteren versuchten auch noch der Wiener Emil Fey und der oberösterreichische Landesführer der Heimwehr Ernst Rüdiger Starhemberg¹⁹⁶ ihre Führungsansprüche durchzusetzen.¹⁹⁷ Inzwischen reichten auch die verfügbaren Geldmittel, die vorher meist von Verbündeten¹⁹⁸ im Kampf gegen die Sozialdemokratie kamen, nicht mehr aus und man versuchte, über das faschistische Italien und Ungarn zu mehr Geld zu kommen.¹⁹⁹ Bundeskanzler Seipel war mit der Entwicklung der Heimwehr nicht einverstanden, da er die Gefahr sah, dass sie zu einer eigenen Partei werden könnte. Ihr katholischer Flügel wäre demnach in Konkurrenz mit der Christlichsozialen Partei gestanden und hätte diese geschwächt. Auch wenn Seipel die Heimwehr über längere Zeit hinhalten und so von ihren Absichten abhalten konnte, war möglicherweise die Entwicklung zu einer eigenen Partei ein Mitgrund für seinen Rücktritt.²⁰⁰ Seine Rede nach dem Rücktritt an der Universität Tübingen, in der er die Heimwehr als Befreierin der Demokratie von den Parteien²⁰¹ bezeichnete, wird in der Literatur als ein »rückhaltloses Bekenntnis zur Heimwehr«²⁰² bezeichnet. Kriechbauer sieht hingegen in der Rede Seipels eher den Beleg für »dessen virtuellen Versuch, mit dem Hinweis auf das drohende Absinken in den Parteienstatus, die politische Verselbständigung der Heimwehren zu verhindern«²⁰³. Nach dem Rücktritt Seipels übernahm Streeruwitz die Regie-

195 *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 198.

196 Starhemberg, Ernst Rüdiger, Fürst. *10.5.1899, †15.3.1956. Heimwehrpolitiker. 1930 bis 1936 Bundesführer des Heimatschutzes. 1934 bis 1936 Vizekanzler und Führer der Vaterländischen Front. ebd. 95.

197 ebd. 96.

198 Bundeskanzler Seipel förderte die Heimwehr ab 1922 an mit allen Kräften und veranlasste Geldspenden über den österreichischen Bankenverband, den Hauptverband der Industrie, die Alpine Montangesellschaft, den Grundbesitz und verschiedenste kleinere Firmen. ebd. 97.

199 ebd. 197.

200 »Ein schwer zu durchschauender Komplex von politischen und persönlichen Gründen und Überlegungen« bewogen Bundeskanzler Seipel zum Rücktritt. ebd. 200.

201 *N.N.*: Demokratie und Kritik der Demokratie. In: *Reichspost*, 18. Juli 1929, 4.

202 *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 199.

203 *Kriechbaumer*: Die großen Erzählungen der Politik 556.

lungsgeschäfte für die Christlichsoziale Partei und konzentrierte sich darauf, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Dies war gar nicht im Sinne der Heimwehr, die erst nach langen Verhandlungen ihre Zustimmung zur Ernennung des neuen Bundeskanzlers gab. Sie wollte keine Sachpolitik, sie forderte eine Verfassungsreform.²⁰⁴ Wie genau diese auszusehen hatte, überließ man den regierungsverantwortlichen Parteien, deren Vorstellungen in drei Reformpunkten²⁰⁵ den Forderungen der Heimwehr nahekamen:

- Staatsautorität (mehr Rechte für den Bundespräsidenten inklusive eines Notverordnungsrechtes)
- Antimarxismus (Schwächung der Sozialdemokratie und Machtbescheidung Wiens als Bundesland)
- Ständische Konzeption (breites Spektrum, von keinen bis zu radikalen Forderungen)

Das Problem bei der Umsetzung dieser Forderungen war die notwendige Zweidrittelmehrheit im Nationalrat, die man ohne die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei nicht erreichen konnte.²⁰⁶ Eine Kompromisslösung mit der Opposition hätte wohl kaum einen der oben genannten Punkte vollinhaltlich umsetzen lassen. Mehr Chancen rechnete man sich auf nicht legalem Wege aus. Die Methode des Putsches oder eines Staatsstreiches²⁰⁷ wäre auch die bevorzugte Variante der Heimwehr gewesen. Jedoch war diese Option den Regierungsparteien zu gefährlich, da in diesem Falle ein Bürgerkrieg kaum aufzuhalten gewesen wäre und dieser das Land wirtschaftlich schwer in

²⁰⁴ Hubert: Schober 242.

²⁰⁵ ebd. 250.

²⁰⁶ Die Einheitsliste (Christlichsoziale Partei und Großdeutsche Volkspartei) verfügte über 85, die sozialdemokratische Partei über 71 und der Landbund über neun Mandate. *Staudinger Anton*: Christlichsoziale Partei, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalník (Hrsg.): Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983 275, Anmerkung 42.

²⁰⁷ Hubert trennt die beiden Begriffe: Im Putsch sieht er die gewaltsame Übernahme der Regierungsmacht und den Staatsstreich beschreibt er als eine moderatere Form, bei der sich zumindest Teile der Regierung der Sache anschließen. *Hubert: Schober* 243.

Mitleidenschaft gezogen hätte. Zudem hätte dies dramatische Folgen auf die ausländische Finanzhilfe gehabt, denn eine unlegitime Regierungsübernahme wäre nicht geduldet worden.²⁰⁸

Das ist auch der Grund für die Haltung der Regierung zur Heimwehr. Man machte ihr immer so weit Zugeständnisse, um gerade noch die geplanten gewaltsamen Umsturzpläne verhindern zu können. Aber auch durch gewisse Konzessionen in der Verfassungsreform hätte man die Heimwehr nicht zufriedenstellen können. Für sie war die Verfassungsreform nur »ein Vehikel zur Machtergreifung oder zumindest Machterweiterung«²⁰⁹.

Tatsächlich hieß es im Sommer 1929 immer wieder, dass die Heimwehr im Herbst plane »loszuschlagen«²¹⁰. Deshalb glaubten viele, schon in den Zusammenstößen von St. Lorenzen den Beginn der Machtergreifung der Heimwehr zu sehen. Tatsächlich war man nahe dran, jedoch war sich die Spitze der politischen Verbündeten nicht einig, ob der Zeitpunkt richtig gewählt worden war. So dürfte Seipel, in Verbindung mit Rintelen, die beiden Heimwehrführer noch einmal zurückgehalten haben. Wie schon erwähnt, machte Streeruwitz Landeshauptmann Rintelen für die blutigen Ereignisse im Mürztal verantwortlich und unterstellte ihm, damit den Sturz der Regierung vorbereitet zu haben. Der Bundeskanzler war auch sehr erbost darüber, dass Rintelen ihm an den folgenden Tagen keinen Bericht über die Ereignisse lieferte, vor allem weil Streeruwitz erfahren hatte, dass der steirische Landeshauptmann zu diesem Zeitpunkt in Wien weilte.²¹¹ Rintelens Besuch in Wien hatte andere Gründe. Er hatte am 20. August um 9 Uhr vormittags einen Termin bei Polizeipräsident Johannes Schober.²¹² Offenbar wollte er vorfühlen, wie sich die Exekutive im Falle eines Putsches verhalten würde. Denn er informierte Schober, dass es der Heimwehr ernst sei, schon jetzt ihren für Spätherbst angekündigten Putsch

²⁰⁸ Hubert: Schober 243f.

²⁰⁹ ebd. 249.

²¹⁰ ebd. 251.

²¹¹ Gorke: Anton Rintelen 116.

²¹² Terminkalender Schobers vom 20. August 1929. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert Tagesprogramme 1.VII.-31.XII.1929.

durchführen zu wollen.²¹³ Rintelen bezeichnete die Drohung der Heimwehr als unbedachte Handlung²¹⁴ und bat Schober, mit den Heimwehrführern diesbezüglich zu sprechen, was dieser auch tat. Noch am selben Tag kam es um 15:30 Uhr zu einem Treffen mit Steidle, Pfriemer, Pabst, Starhemberg und dem steirischen Heimwehrfunktionär Karl Arbesser.²¹⁵ Im Beisein von Rintelen teilte die Heimwehrspitze Schober ihre bekannten politischen Forderungen mit, dieser stellte jedoch klar, dass im Falle eines Putschversuches weder die Polizei noch das Bundesheer auf der Seite der Putschisten stünde. Der wirtschaftliche Schaden für Österreich wäre enorm, die Gefahr eines Bürgerkrieges immanent. Er teilte damit die Bedenken der Regierung hinsichtlich eines Putsches. Schober fuhr noch am selben Tag²¹⁶ zu Bundeskanzler Streeruwitz, informierte ihn über das Treffen und teilte diesem mit, dass die Gefahr eines Putsches gebannt sei.²¹⁷

Schober präsentierte sich als »der kommende Retter aus gefährlicher Lage«²¹⁸, so die Einschätzung des Bundeskanzlers, der schon das Ende seiner Kanzlerschaft ahnte:

» S c h o b e r war in dieser Zeit in einen Zustand geraten, in dem der Ehrgeiz die Oberhand gewann. Er war nun in Kenntnis davon, daß er Aussichten habe, mich an der Spitze abzulösen. Diese Wahrnehmung brachte ihn schon frühzeitig auf den Gedanken,

²¹³ Dieser geplante Putschversuch der Heimwehr war bereits im Sommer 1929 allgemein bekannt. Auch die internationale Presse berichtete darüber und warnte vor den Folgen. *N.N.*: Ueberflüssige Warnungen aus dem Auslande. In: Reichspost, 21. Aug. 1929, 2. Angeblich war ein »Marsch auf Wien« für den 29. September 1929 geplant. Walter Goldinger/Dieter A. Binder: Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 1992 161.

²¹⁴ Es kann nicht genau gesagt werden, ob Rintelen zu diesem Zeitpunkt einen Putsch der Heimwehr unterstützte und nur den Zeitpunkt für zu früh erachtete oder einem Staatsstreich mit Beteiligung der Polizei den Vorzug gab. Vgl. Gorke: Anton Rintelen 149.

²¹⁵ Terminkalender Schobers vom 20. August 1929. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert Tagesprogramme 1.VII.-31.XII.1929.

²¹⁶ Termin um 17 Uhr unter Beisein von Vizekanzler Schumy. Terminkalender Schobers vom 20. August 1929. ebd.

²¹⁷ Hubert: Schober 243.

²¹⁸ Ernst Streer Ritter von Streeruwitz: Springflut über Österreich: Erinnerungen, Erlebnisse und Gedanken aus bewegter Zeit 1914-1929, Wien, Leipzig: Bernina-Verlag, 1937 412.

nicht etwa mich zu stürzen – er wußte wohl, daß das andere besorgen würden –, sondern sich als einzigen tauglichen, energischen Nachfolger darzustellen.«²¹⁹

Trotz dieser klaren Positionierung Schobers versuchte man noch einmal, den Polizeipräsidenten zu einem Staatsstreich zu überreden. Am 4. September 1929 hatte Schober in seinem Kalender um 11 Uhr einen Termin anberaumt:

»Dr. Rintelen, L.R.R. Dr. Kronabetter, Bischof Pawlikowsky (sic!), General Wagner, Arbesser, Rauter, Gallian«²²⁰

Diese Liste deckt sich mit dem schon eingangs erwähnten Artikel in der Neuen Freien Presse, der den Ablauf dieses Treffens genau beschreibt.²²¹ Rintelen versuchte, Schober die äußerst angespannte Stimmung in Heimwehrkreisen zu vermitteln und machte darauf aufmerksam,

» daß rasch irgendeine die Heimwehr befriedigende Lösung gefunden werden müsse, sonst würde die Heimwehr zur Selbsthilfe schreiten. Fürstbischof Doktor Pawlikowski äußerte sich gleichfalls in diesem Sinne.«²²²

Schober antwortete den beiden, dass er ein pflichtbewusster Beamter sei und einen eventuellen Putsch gegen die Regierung nicht akzeptieren könne, wobei er sich sowohl auf sein Gewissen als auch auf seinen Diensteid berief. Als Rintelen darauf erwiderte, dass er als Landeshauptmann ebenso einen Eid geschworen habe, konterte Schober, dass »Gelöbnisse von Politikern und der Diensteid eines Beamten grundverschiedene Dinge seien.«²²³

²¹⁹ *Streeruwitz*: Springflut 411.

²²⁰ Damit waren Landeshauptmann Dr. Rintelen, Landesoberregierungsrat Kronabetter, Fürstbischof Dr. Pawlikowski, Generalmajor a. D. Wagner und die Herren Arbesser, Rauter und Gallian gemeint. Vgl. Terminkalender Schobers vom 4. September 1929. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert Tagesprogramme 1.VII.-31.XII.1929 und N.N. Dr. Schober und die Heimwehr 10.

²²¹ ebd. 10.

²²² ebd. 10.

²²³ ebd. 10.

Die Entbindung vom Eid war offensichtlich ein Grund, warum Pawlikowski an diesem Treffen teilnahm, wie es die Zeitschrift *Die Gegenwart* in einem Nachruf Schobers im September 1932 schrieb:

»Am 4. September 1929 erschienen abermals beglaubigte Mittelsleute der Heimwehrführung. S o g a r v o n d e r L ö s u n g d e s B e a m t e n e i d e s w a r h i e b e i d i e R e d e, w a s e i n e P e r s ö n l i c h k e i t a n r e g t e, d i e b i n d e n u n d l ö s e n z u d ü r f e n k r a f t h ö h e r e n R e c h t e s f ü r s i c h i n A n s p r u c h n a h m.«²²⁴

Der Hergang dieses Treffens ist deshalb so gut bekannt, weil Schober selbst die Vorgänge des 4. September im Jahre 1932 an die Öffentlichkeit brachte. Der Grund dafür ist unbekannt. Rainer Hubert vermutet in seiner Schober-Biographie, dass der Polizeipräsident aus Gründen der Pietät gegenüber Pawlikowski mehr als zwei Jahre darüber geschwiegen habe.²²⁵

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte Schober die Vorsprechenden verhaften lassen müssen, tat dies jedoch nicht, möglicherweise versuchte er, seine eigenen Pläne voranzutreiben, um an die Spitze einer neuen Regierung zu kommen.

Um 17 Uhr desselben Tages hatte Nationalratspräsident Alfred Görtler einen Termin bei Schober im Polizeipräsidium.²²⁶ Dieser kündigte dem Polizeipräsidenten an, dass die Regierung Streeruwitz innerhalb der nächsten 14 Tagen abgelöst werden müsse und Schober die einzige Persönlichkeit sei, die im In- und Ausland gleichermaßen geachtet und von allen Parteien als Kanzler akzeptiert würde. Schober reagierte eher ablehnend und meinte, dass mit ihm nicht zu rechnen sei.²²⁷

Die Heimwehr änderte daraufhin ihre Taktik und führte einen Schwenk vom Versuch der illegalen zur legalen Machtübernahme durch. Man vermu-

²²⁴ ders.: Schober und die Heimwehr. In: *Die Gegenwart*, 30. Sep. 1932 12.

²²⁵ Vgl. *Gorke*: Anton Rintelen 150 und *Hubert*: Schober 447. Anmerkung 1017.

²²⁶ Terminkalender Schobers vom 4. September 1929. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert Tagesprogramme 1.VII.-31.XII.1929.

²²⁷ Vgl. *Hubert*: Schober 260 und *N.N.* Dr. Schober und die Heimwehr 10.

tete wohl, dass Schober nach dem Kanzleramt strebe und so eine heimwehrfreundliche Regierung an die Macht kommen würde. Man glaubte, mit ihm als Kanzler »den Staat aus den Angeln heben zu können«²²⁸. Ein anderer Grund dafür war sicher auch der Beitritt des niederösterreichischen Bauernbundes zur Heimwehr, um diese von ihren radikalen politischen Forderungen abzubringen.²²⁹ Möglicherweise waren auch die heftigen Reaktionen aus dem Ausland auf die Vorfälle in St. Lorenzen ausschlaggebend für einen Meinungsumschwung.²³⁰ Mitte September 1929 wurde offenbar eine von Heimwehrberater Pabst stammende mögliche Ministerliste von Schober für eine neue Regierung in Betracht gezogen.²³¹ Auf einem Notizzettel Schobers (siehe Abbildung 3.5) standen Abkürzungen, für die infrage kommenden Personen²³²:

- Rint. = Rintelen
- Pawli = Pawlikowski
- Vaug = Vaugoin
- Pf. = Pfriemer
- Scho = Schober
- St. = Steidle

Auf der einen Seite stand nun die Heimwehr, die mit einem zukünftigen Bundeskanzler Schober zusammenarbeiten wollte, um später die Regierungsgewalt übernehmen zu können. Auf der anderen Seite befand sich der Polizeipräsident, der sehr ehrgeizig war und nochmals die Chance sah, Bundeskanzler zu werden und deshalb der Heimwehr Zugeständnisse machte.

Am 19. September 1929 gab es laut dem Kalender Schobers noch einmal ein Treffen in großer Runde. An diesem Tag waren Vaugoin, Rintelen, Gallian,

²²⁸ *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 200.

²²⁹ ebd. 200.

²³⁰ *Hubert*: Schober 252.

²³¹ ebd. 252.

²³² ebd. 447. Anmerkung 1020.

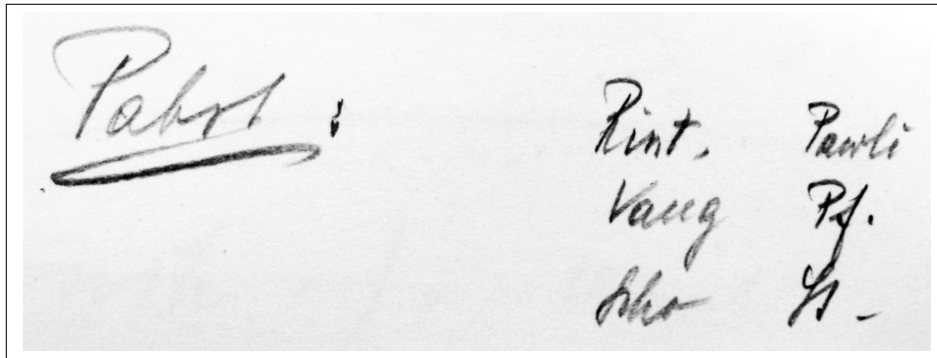


Abbildung 3.5: Handschriftliche Notiz für eine mögliche Ministerliste.^a

^a Handschriftlicher Vermerk auf dem Notizzettel des 14. September 1929. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert BKA an Pol. Präs. Schober 1.-30. Sept. 1929.

Arbesser, Pawlikowski und Pfriemer für eine Zusammenkunft im Polizeipräsidium vorgesehen. Ob dieser Termin in Zusammenhang mit der Ministerliste steht, ist leider unbekannt. Ebenso wird diese mögliche Regierungszusammensetzung weder in der Literatur noch in den Quellen ein zweites Mal erwähnt.

Wenig später verlor Bundeskanzler Streeruwitz seinen Rückhalt in der Partei. Er konnte die Erwartungen der Heimwehr und der Christlichsozialen Partei nicht mehr erfüllen und trat am 25. September 1929 von seinem Amt zurück. Ihm folgte Johannes Schober, dem man als Einzigem zutraute, die innenpolitische Lage in den Griff zu bekommen. Im Polizeiarchiv finden sich noch Notizen Schobers über die mögliche Zusammensetzung einer künftigen Regierung²³³ (siehe Abbildung 3.6):

- Bundeskanzler: Schober
- Vizekanzler und Heeresminister: Vaugoin
- Inneres: Schumy

²³³ Vgl. N.N.: Das Kabinett Schober. In: *Neue Freie Presse*, Abend-Ausgabe 1929, 2.

- Finanzen: Schober = Juch
- Soziale Verwaltung: Innitzer
- Unterricht: ~~Rintelen~~ Löbenstein
- Justiz: Slama
- Landwirtschaft: Fördermayr
- Handel: Hainisch

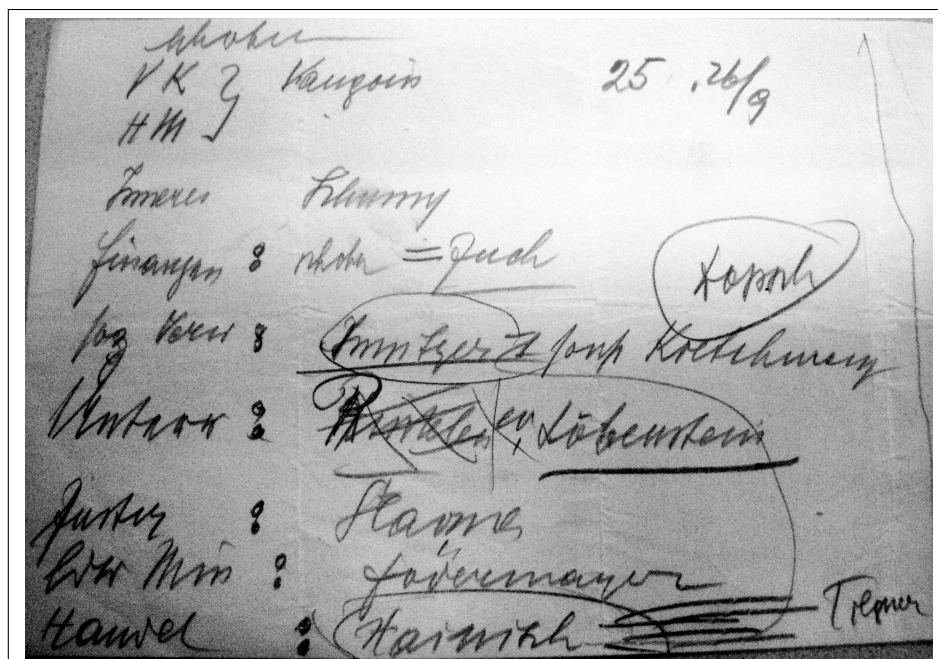


Abbildung 3.6: Schobers Notizen über die mögliche Zusammensetzung einer künftigen Regierung.^a

^a Zum Kalenderblatt des 25. September 1929 beigelegter, handschriftlicher Zettel. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert BKA an Pol. Präs. Schober 1.-30. Sept. 1929.

Es ist bemerkenswert, dass Schober mitunter auch angesehene parteilose Persönlichkeiten in die Regierung holte. Besonders erwähnenswert ist dabei,

dass offenbar der spätere Erzbischof von Wien Theodor Innitzer und der vormalige Bundespräsident Michael Hainisch als Sozial- bzw. Handelsminister zur Debatte standen. Ihre Namen wurden auf der Notiz eingekreist und mit einem Pfeil verbunden.

Möglicherweise versuchte Rintelen bis zum Schluss, einen Heimwehrvertreter in die Regierung zu reklamieren, wie am folgenden Tag die *Neue Freie Presse* schrieb:

» In den ersten Nachmittagsstunden verlautet, daß Landeshauptmann Dr. Rintelen dafür eintritt, daß eine den Heimwehren nahestehende Persönlichkeit dem Kabinett Schober angehören soll ...Es soll sich nicht um ein Mitglied der Bundesführung der Heimwehr handeln, sondern um eine politische Persönlichkeit, die als Heimwehranhänger gilt. «²³⁴

Der durchgestrichene Name von Rintelen auf Schobers Notizen zeigt, dass sich Schober bis zuletzt nicht sicher war, ob er Rintelen in die Regierung nehmen solle oder nicht. Dieser erschien damals fast täglich im Polizeipräsidium, da er hoffte, auf diese Weise Schober überzeugen zu können, ihn für ein Regierungsamt vorzusehen.²³⁵

Bestätigt wird das durch einen Brief von Landbundführer Franz Winkler, den dieser an Vinzenz Schumy geschrieben haben soll:

»In Angelegenheit Schober habe ich heute mit dem Landeshauptmann Rintelen gesprochen, der bekanntlich der Intimus des Sch.(ober) ist. Landeshauptmann Dr. R(intelen) wird Schober umzustimmen versuchen, wobei R(intelen) glaubt, daß ihm das gelingt ... Mit der Heimwehr wurde gesprochen. Die Sache mit

²³⁴ N.N.: Angebliches Verlangen nach Berufung eines Heimwehrvertrauensmannes. In: Neue Freie Presse, Abend-Ausgabe 1929, 2.

²³⁵ Hubert: Schober 259.

Schober gelingt natürlich nur dann, wenn die Intervention Dr. R(intelens) vollständig geheim bleibt.«²³⁶

Scheinbar plante der Polizeipräsident, die Position des Sozialministers mit einem Geistlichen zu besetzen. Im Regierungsvorschlag von Pabst war möglicherweise Pawlikowski für diese Position vorgesehen, jedoch schien Innitzer für Schober dafür geeigneter zu sein.

Dass Rintelen und Pawlikowski schlussendlich nicht im Regierungsteam waren, wirkte sich offensichtlich nicht auf ihre Beziehung zu Schober aus. Dieser besuchte die beiden nämlich im Februar 1930 anlässlich einer Feier zur Eröffnung der neuen Murbrücke in Bad Radkersburg (siehe Abbildung 3.7). Am selben Tage wurde Schober noch an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz die Ehrendoktorschaft verliehen, bei der Rintelen sogar die Eidesleistung und Promotion vornahm.²³⁷

Wie oben erwähnt, erinnert sich auch der ehemalige oberösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Franz Langoth an einen Besuch von Pawlikowski bei Schober. Demnach forderte Pawlikowski

»schon am 24.5.1930 die Beseitigung der demokratischen Verfassung«²³⁸ und verlangte »unter Führung Dr. Rintelens ... von Dr. Schober ... die Erfüllung der Korneuburger Forderungen ... und erklärte, Schober seines Treueeides zu entbinden, Schober lehnte aber ab.«²³⁹

Es scheint, dass Pawlikowski gemeinsam mit Rintelen nicht nur im September 1929 bei Schober war, sondern auch im darauffolgenden Jahr, nach dem Heimwehrtreffen von Korneuburg, am 24. Mai 1930, als Schober bereits Bundeskanzler war. In Schobers Kalender gibt es an diesem Tag allerdings

²³⁶ Zitiert nach *Hubert*: Schober 260.

²³⁷ *N.N.*: Bundeskanzler Dr. Schober in Graz und Radkersburg. In: *Neue Freie Presse*, 10. Feb. 1930, 3.

²³⁸ *Langoth*: Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers 382.

²³⁹ ebd. 82.



Abbildung 3.7: Ferdinand Pawlikowski, Johann Schober und Anton Rintelen am 9. Februar 1932 in Bad Radkersburg (v. l. n. r.).^a

^a Bildnachweis: Österreichische Nationalbibliothek, Inventarnummer: Pf 4941:C(19), <http://imagesrv.onb.ac.at/regnet/m001/z080/h081/h0798062.png>, Stand 15. Jänner 2013.

nur zwei Einträge. Für 20 Uhr ist ein Termin für einen Vortrag in der niederösterreichischen Gewerbevereinigung eingetragen und für 21:45 Uhr ein nicht näher erkennbarer Termin, der jedoch in keiner Weise auf ein Treffen mit Rintelen und Pawlikowski schließen lässt.²⁴⁰ Des Weiteren gibt es ein maschinschriftliches Tagesprotokoll vom 24. Mai 1930, das sich mit dem Abendprogramm des Kalendereintrages deckt. Demnach verbrachte Schober den ganzen Samstag im Kanzleramt, um Empfänge vorzunehmen, wobei auch folgende Personen beim Kanzler vorstellig wurden:

²⁴⁰ Kalendereintrag vom 24. Mai 1930. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 23, Tagesnotizen von Jänner-Dezember 1930, Kuvert Tagesnotizen 1930/Mai 1930.

»Nachmittags empfing der Kanzler im Amte ... den Nationalrat
Dr. Straffner und den Landeshauptmannstellvertreter Langoth.«²⁴¹

Offenbar kam es bei Franz Langoths Erinnerung zu Verwechslungen, denn laut Tagesprotokoll sprachen nicht Pawlikowski und Rintelen bei Kanzler Schober vor, sondern er selbst. Deshalb liegt die Vermutung nahe, dass Langoth in der Zusammenfassung der Ereignisse in seinem Buch einem Irrtum erliegt und er die Geschehnisse vom September 1929 mit der Mai-Krise von 1930 verwechselt und so irrtümlich eine nie stattgefundene Konstellation konstruiert.

Die von Schober umgesetzte Verfassungsreform von 1929 entsprach nicht den Vorstellungen der Heimwehr. Diese erkannte immer mehr, dass sie mit Schober, ebenso wie mit Streeruwitz zuvor, nicht an ihre gewünschten Ziele kommen würde und beschloss, auf einen noch radikaleren Kurs zu gehen.²⁴² Das äußerte sich bei der Veranstaltung am 18. Mai 1930 in Korneuburg, als alle Teilnehmer den »Korneuburger Eid« leisteten und damit dem Parlamentarismus und Parteienstaat abschworen. Dieses Treffen führte zum endgültigen Bruch zwischen Heimwehr und Bundeskanzler Schober, der schon zuvor die Entwaffnung der Wehrverbände vorbereitet hatte.²⁴³ Als direkte Folge dieser Ereignisse wurde der deutsche Heimwehrberater Pabst aus Österreich ausgewiesen. Schlussendlich führte die angespannte politische Situation zum Rücktritt der Regierung Schobers.²⁴⁴

Angesichts der Tatsache, dass schon nach der Verfassungsreform im Dezember 1929 die Heimwehren von Schober enttäuscht und nach dem Treffen in Korneuburg die Fronten endgültig verhärtet waren, ist es unwahrscheinlich, dass es am 24. Mai 1930 zu einem Treffen zwischen Rintelen, Pawlikowski und Schober gekommen ist, mit dem Ziel, einen Staatsstreich herbeizuführen. Versucht man, sich dennoch ein solches Treffen vorzustellen, so hätte

²⁴¹ Tagesprotokoll für den 24. Mai 1930. *Polizeiarhiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 23, Tagesnotizen von Jänner-Dezember 1930, Kuvert Tagesnotizen 1930/Mai 1930.

²⁴² *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 201f.

²⁴³ N.N.: Ministerreden gegen die Heimwehr. In: *Arbeiter-Zeitung*, 24. Mai 1930, 2.

²⁴⁴ *Weissensteiner*: Der ungeliebte Staat 202f.

dies natürlich stattfinden können, ohne dass es Schober hätte mitprotokollieren lassen. Allerdings wäre ein solches »geheimes« Treffen an einem Tag mit Empfängen im Studentakt kaum zu verbergen gewesen und wohl eher aufgefallen.

Einen Irrtum vermutet auch Rainer Hubert, der in seiner Schober-Biographie ebenfalls Langoth zitiert:

»Möglicherweise liegt in Bezug auf das Angebot Pawlikowskis ein Irrtum bei der zeitlichen Zuordnung vor; laut einer Aufzeichnung im Polizeiarchiv soll Pawlikowski seinen Vorschlag am 4.9.1930 gemacht haben.«²⁴⁵

Hubert ist sich nicht sicher, ob ein weiteres Treffen im Mai 1930 stattgefunden hat und hält es für möglich, dass ein Treffen am 4. September 1930 gemeint war. Dabei stützt er sich auf eine stenographische Notiz, die Schober auf die Rückseite eines Nachrichtenblattes vom 14. September 1931 geschrieben hat.²⁴⁶ Demnach soll Schober von Rintelen und Pawlikowski zu einem Heimwehrputsch aufgefordert worden sein. Schober soll sich wieder auf seinen Eid berufen haben, worauf Pawlikowski Folgendes erwidert haben soll: »Von diesem Gelöbnis wird Sie die Kirche entheben.«²⁴⁷

Gänzlich ausschließen will der Schober-Biograph allerdings nicht, dass Langoths Version doch richtig ist. Er hält es für möglich, dass hinter dem Datumsverweis von Schober ein »Irrtum oder eine Täuschungsabsicht«²⁴⁸ steckt. Dabei stützt er sich auf die Tatsache, dass es am Kalenderblatt vom 4. September 1930 keinen Eintrag über ein Treffen von Rintelen, Pawlikowski und Schober gibt.²⁴⁹ An diesem Tag hatte der Bundeskanzler ein dicht gedrängtes Programm. Am Vormittag empfing er eine Reihe von Personen, darunter den ehemaligen deutschen Kronprinzen und den peruanischen Gesandten, aber

²⁴⁵ Hubert: Schober 456. Anmerkung 1460.

²⁴⁶ ebd. 458. Anmerkung 1560.

²⁴⁷ ebd. 360.

²⁴⁸ ebd. 360.

²⁴⁹ ebd. 458. Anmerkung 1560.

auch den Heimwehrfunktionär Karl Arbesser. Am Nachmittag fand unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers eine Ministerratssitzung statt und danach war Schober wiederum mit Empfängen beschäftigt.²⁵⁰

Es stellt sich nun die Frage, wenn Hubert von einem Irrtum Schobers ausgeht, warum zieht er nicht die Möglichkeit in Betracht, dass Schober anstelle des 4. September 1930 denselben Tag des Vorjahres gemeint haben könnte? Dieser Tag wäre der 4. September 1929, der Tag, an dem nachweislich ein Treffen zwischen Rintelen und Pawlikowski bei Schober stattgefunden hat. Auch ein geheimes Treffen an diesem Tag ist auszuschließen. Hinzu kommt, dass die Heimwehr den Zenit ihrer Macht bereits überschritten hatte. Steidle und Pfrimer waren am 2. September 1930 zum Rücktritt von der Bundesführung der Heimwehr gezwungen worden und Ernst Rüdiger Starhemberg folgte ihnen. Er vertrat einen gemäßigten Kurs und machte so die Heimwehr regierungsfähig.²⁵¹

Es ist anzunehmen, dass Rainer Hubert nichts vom Termin Langoths bei Kanzler Schober am 24. Mai 1930 wusste, sonst hätte er möglicherweise Schobers Notiz anders interpretiert.

Aufgrund der Nachweise scheint es für mich nahezu ausgeschlossen, dass auf das einzig belegte Treffen von Rintelen und Pawlikowski bei Schober im September 1929 noch weitere folgten. Alle anders datierten Treffen müssen daher wohl als Folgen von Irrtümern und Fehlinterpretationen angesehen werden.

Dennoch folgten einige Autoren der fälschlichen Erzählung Langoths und betteten das besagte Treffen kurz nach den Ereignissen von Korneuburg im Mai 1930 glaubwürdig ein.²⁵²

²⁵⁰ Das Tagesprotokoll für den 4. September 1930. *Polizeiarchiv Wien*: Schober-Archiv, Schachtel 23, Tagesnotizen von Jänner-Dezember 1930, Kuvert Tagesnotizen 1930, September-Oktober.

²⁵¹ Erich Scheithauer/Woratschek Grete/Tscherne Werner (Hrsg.): *Die Zeit der demokratischen Republik Österreich von 1918 bis 1934*, Bd. 5 (Geschichte Österreichs in Stichworten), Wien: Verlag Ferdinand Hirt, 1983 195f.

²⁵² Vgl. Carsten: *Faschismus in Österreich: Von Schönerer zu Hitler* 165 und Steinwender Engelbert: *Von der Stadtguardia zur Sicherheitswache: Wiener Polizeiwachen und ihre Zeit*, Graz: Weishaupt Verlag, 1992 302.

4 Im öffentlichen Diskurs

Ferdinand Pawlikowski war durch seine Rolle als Militärvikar und später als Bischof eine Person der Öffentlichkeit. Seine Äußerungen, sein Verhalten und seine Handlungen wurden auf das Genaueste beobachtet und kommentiert. Die Presse der Zwischenkriegszeit machte es den Protagonisten aus Politik und Klerus wahrlich nicht leicht, gut dazustehen. Die folgenden Beispiele illustrieren eine lose Reihe von unterschiedlichsten Themen, die von der Presse aufgegriffen wurden und Pawlikowski in den Mittelpunkt stellten. Dabei reichte oft schon die alleinige Anwesenheit bei Veranstaltungen aus, um Zielpunkt von Kritik zu werden.

4.1 Katholikentag als parteiliche Veranstaltung?

Beim zweiten Wiener Diözesan-Katholikentag wurden erstmalig sogenannte Bezirksversammlungen einberufen, wodurch die Verbindung des katholischen Volkes zu seiner Führung gestärkt werden sollte. Auf diesen Versammlungen wurden für die Katholiken zentrale Fragen besprochen:

- Organisation der christlichen Caritas
- Schul- und Pressefrage
- Christentum und Familie

Am ersten Tag fanden in 24 Bezirken, die nicht deckungsgleich mit den Wiener Stadtbezirken waren, Veranstaltungen zu oben angeführten Themen statt. Der Wiener Klerus war dazu angehalten, zu den jeweiligen Themen

Stellung zu beziehen. In zwei Bezirken (Ottakring und Brigittenau) mussten aufgrund fehlender Alternativen Kirchen als Versammlungsorte herhalten²⁵³, was nicht ungewöhnlich war, aber dennoch in der Berichterstattung kontrovers diskutiert wurde. Die *Reichspost* schrieb über den »überwältigenden Verlauf« der Tagung in der Pfarrkirche Zur Heiligen Familie in Ottakring:

»... In zündenden Worten referierte Heerespropst Prälat Dr. P a w - l i k o w s k y (sic!) über die Großmacht Presse und deren Bedeutung für die Katholiken, besonders für jene Österreichs, da wir dem Kulturkampf nahe sind...«²⁵⁴

Für die *Arbeiter-Zeitung* war die Tatsache, dass für diese Versammlungen teilweise Kirchen als Veranstaltungsorte ausgewählt wurde, natürlich ein gefundenes Fressen:

»Es ist ja längst bekannt, daß die Kirchen zu politischen Zwecken verwendet werden. Gestern abend wurde in Ottakring eine politische Versammlung direkt in die Kirche einberufen und dort abgehalten, wo von der Kanzel herab von drei Rednern drei Reden gehalten wurden! ... Ein Pater ... hielt dann eine Rede über Caritas (Wohltätigkeit), ein Pater Pawlikowski über die P r e s s e ... Wer jetzt in die Kirche geht, weiß, daß er vielleicht gerade zu einer politischen Versammlung, zu einer Hetzrede kommt.«²⁵⁵

Pawlikowski, der in diesem Artikel nur als Pater und nicht als Heerespropst bezeichnet wird, wurde damit ungewollt Thema in der Tagespresse. Der *Arbeiter-Zeitung* schien allerdings entgangen zu sein, dass die Vorträge in allen Bezirken zu denselben Themen stattfanden und die Redner bzw. die Vortragsorte durch die Diözese festgesetzt waren, es sich also keinesfalls

²⁵³ N.N.: Eröffnung des Wiener Diözesan-Katholikentages. In: *Reichspost*, 6. Mai 1922, 5.

²⁵⁴ ders.: Der zweite Wiener Diözesan-Katholikentag. In: *Reichspost*, 7. Mai 1922, 6.

²⁵⁵ ders.: Eine Versammlung in der Kirche. In: *Arbeiter-Zeitung*, 7. Mai 1922, 4.

um eine spontan abgehaltene politische Aktion handelte, wie es in dem Artikel anklingt. Zudem war auch abseits der großen Veranstaltungen und Feiertage die Kirche der Versammlungsort, wo Priester als christlichsoziale Parteivertreter regelmäßig Zugang zu den Gläubigen und Wählern fanden.²⁵⁶

4.2 Seipel vergrößert die Heerespropstei

Der Schmerz über den Verlust des Heeresministeriums an die Christlichsozialen war bei den Sozialdemokraten auch noch im Frühjahr 1923 fühlbar. Dass das Kabinett Seipel gerade in einer Zeit, in der Tausende Staatsbeamte abgebaut wurden, die Zahl der Militärseelsorger erhöhte, gab Anlass für eine Diskussion im außerordentlichen Kabinettsrat. Der sozialistische Abgeordnete Albert Sever stellte dabei die Militärseelsorge infrage:

»Es ist nicht zu verstehen, daß auf der einen Seite abgebaut wird, während auf der anderen Seite die H e e r e s s e e l s o r g e r vermehrt werden sollen ... Die Zahl des Seelsorgeklerus soll mit den Hilfskräften auf vierundzwanzig Personen erhöht werden ... Als Vorwand für die Schaffung dieser neuen Stellen wird angeführt, daß die Seelsorger die Matrikel für die Heeresangehörigen führen sollen. Wozu ist eine solche Matrikelführung notwendig ... Der Heerespropst soll in die siebzehnte Besoldungsgruppe eingereiht werden, also gleich einem General ... Was werden die anderen Kapläne dazu sagen, wenn man den Heereskaplänen eine solche Vorzugsstellung einräumt?«²⁵⁷

Heeresminister Vaugoin erwiderte:

»... Was die Vermehrung der Posten der H e e r e s g e i s t l i c h - k e i t betrifft, so ist eine Vermehrung nicht eingetreten. Die vier-

²⁵⁶ In der Ersten Republik waren 90 Prozent Katholiken, von denen die Hälfte regelmäßig die Kirche besuchten. *Kriechbaumer*: Die großen Erzählungen der Politik 50f.

²⁵⁷ N.N.: Der "Aufbau" der Militärgeistlichkeit. In: Arbeiter-Zeitung, 16. März 1923, 3f.

zehn Posten waren immer systemisiert und sind jetzt besetzt worden. Die Matrikelführung durch die Heeresgeistlichkeit ist eine Notwendigkeit. Es ist zum Beispiel vorgekommen, daß Angehörige der Wehrmacht g e t r a u t w u r d e n, ohne daß sie die Bewilligung dafür hatten ... «²⁵⁸

Auf die Frage nach dem Gehalt des Heerespropstes ging Vaugoin zwar nicht ein, er antwortete allerdings wahrheitsgemäß, dass die Anzahl der Geistlichen Mitte 1921 auf 14 festgesetzt worden war. Daraufhin wurde von der Opposition wieder die Frage nach dem Zweck der Heeresgeistlichkeit gestellt:

»... Was machen die Militärgeistlichen eigentlich? Sie haben einen Beruf, d e r o h n e j e d e F u n k t i o n i s t! ...sollen Männer in angeblich systemisierte Posten gebracht werden, d i e z u g a r n i c h t s d a s i n d! ...ist eine gesonderte Matrikelführung für die Soldaten des katholischen Bekenntnisses geradezu unsinnig. Das hiez u d i e A b s o l v i e r u n g d e s t h e o l o g i s c h e n S t u d i u m s notwendig sei, ist nicht einzusehen ... «²⁵⁹

Bundeskanzler Seipel wollte als Vorsitzender der Debatte keine Stellungnahme abgeben und vertröstete die Teilnehmer auf einen unbestimmten Zeitpunkt. Daraufhin wurde die Verordnung zur Erhöhung der Dienstposten wie erwartet genehmigt.

4.3 Begräbnis Conrad von Hötzendorfs

Eine der Grundforderungen der Sozialdemokratie war die Trennung von Kirche und Staat. Schule und Ehe sollten Angelegenheit des Staates sein, die Kirche wollte ihren Einfluss aber nicht widerstandslos aufgeben. Für sie waren

²⁵⁸ N.N. Der "Aufbau" der Militärgeistlichkeit. 4.

²⁵⁹ ebd. 4.

die christlichen Werte Grundpfeiler für die Familie und in weiterer Folge für die gesamte Gesellschaft. So führte vor allem die Frage der Wiederverheiratung geschiedener Katholiken zu heftigen Auseinandersetzungen. Obwohl die Kirche bei ihrer Ablehnung blieb, entstand in der Bevölkerung der Eindruck, »daß ›die oben‹ sich's mit dem Vatikan ganz gut richten konnten«²⁶⁰. Dieser Umstand wurde auch beim Begräbnis des k. und k. Feldmarschalls Conrad von Hötzendorf deutlich.

Am 2. September 1925 kam es für Pawlikowski zu einem denkwürdigen öffentlichen Auftritt: der Einsegnung und den Trauerfeierlichkeiten von Conrad von Hötzendorf. Heerespropst Pawlikowski war für die Einsegnung des Verstorbenen und für die Grabrede verantwortlich.²⁶¹ Bei dem Begräbniszug auf dem Ring und dem Schwarzenbergplatz säumten Hunderttausende Zuschauer die Straßen und folgten dem Schauspiel aus einer vergangenen Zeit. Der größte Kondukt der Nachkriegszeit, bestehend aus Tausenden Soldaten des Bundesheeres, war aufmarschiert. Unter den Trauergästen befand sich beinahe alles, was Rang und Namen hatte. Die Generäle der alten Armee, Vertreter der deutschen Armee und der ungarischen Regierung hatten sich versammelt. Ebenso Mitglieder der Bundesregierung und viele Nationalräte. Von der Sozialdemokratischen Partei nahm wenig überraschend niemand daran teil, doch war das Begräbnis in den nächsten Tagen ein viel diskutiertes Thema in der *Arbeiter-Zeitung*.

Dass das Begräbnis für den Feldmarschall auf Staatskosten stattfand, war für die linke Presse noch nachvollziehbar. Inakzeptabel war allerdings die Tatsache, dass nicht die Gemeinde Wien den Zuschlag zur Ausrichtung der Trauerfeierlichkeiten um sieben Millionen Kronen²⁶² bekam, sondern ein der

²⁶⁰ Hanisch: Der lange Schatten des Staates 293.

²⁶¹ N.N.: Feldmarschall Conrads letzte Fahrt. In: Reichspost, 3. Sep. 1925, 7.

²⁶² Per 1. Jänner 1925 wurde die Schilling-Währung eingeführt. Bei der Umrechnung waren 10 000 Kronen gleich ein Schilling. Das Begräbnis hätte demnach die Stadt Wien um 700 Schilling ausgerichtet, kostete aber mehr als 2 100 Schilling. Das Jahresgehalt von mehr als 43 Prozent der Steuerpflichtigen im Jahre 1925 betrug zwischen 1 400 und 3 000 Schilling. Vgl. ders.: Die Schillingwährung. In: Reichspost, 13. Dez. 1924, 10 und Tabelle 1, Einkommensgruppen der Steuerpflichtigen im Jahre 1925, Peter Melichar: Alter, neuer und verlorener

Christlichsozialen Partei nahestehendes Unternehmen, das für die gleiche Leistung mehr als das Dreifache verlangte.²⁶³ Ebenso kritisierte die *Arbeiter-Zeitung*, dass sich bei diesem Staatsbegräbnis am Sarg ein Kranz mit schwarz-gelber Schleife befand und folgende Worte trug: »Dem tapferen Feldmarschall - Kaiserin Zita und Kaiser Otto«. In einem Staat, in dem die Kaiserwürde nicht einmal als Titel existiere, dürfe solch ein Übergriff, vor allem bei einem Staatsakt, nicht geduldet werden. Zudem sei es eine Heuchelei von »Frau Zita«, da sie selbst großen Anteil am Sturze Conrad von Hötzendorfs gehabt haben soll.²⁶⁴

Fünf Tage später bezieht sich die *Arbeiter-Zeitung* abermals auf das Begräbnis Conrad von Hötzendorfs und schreibt, dass dieser von Pawlikowski weder ein kirchliches Begräbnis noch einen Trauergottesdienst hätte erhalten dürfen, da er aufgrund seiner protestantischen Eheschließung mit einer geschiedenen Frau – er hatte am 19. Oktober 1915 in Wien Virginie von Reininghaus geheiratet²⁶⁵ – exkommuniziert hätte werden müssen.²⁶⁶ Einen Monat davor berichtete die Zeitung von einem ähnlichen Fall, bei dem man einer Frau nach ihrem Tode das Begräbnis verweigert hatte, als bekannt wurde, dass sie einen Protestanten geheiratet hatte.²⁶⁷

Hier zeigt sich deutlich, dass gleiches Recht unterschiedlich angewandt wurde und auch Pawlikowski dabei mitspielte bzw. sich dafür zur Verfügung stellte. Es ist nahezu unmöglich, dass er nichts über Conrad von Hötzendorfs zweite Hochzeit wusste, da er zu dem Zeitpunkt bereits mit der Matriken-

Reichtum: Eine Skizze zu den großen Vermögen im Österreich der Zwischenkriegszeit, in: *Bruckmüller Ernst* (Hrsg.): *Armut und Reichtum in der Geschichte Österreich* (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde), Wien: Böhlau, 2010 171.

263 N.N.: Was der Staat für das Leichenbegräbnis Conrads zahlt. In: *Arbeiter-Zeitung*, 3. Sep. 1925, 5.

264 ders.: Eine "kaiserliche" Kranzspende. In: *Arbeiter-Zeitung*, 3. Sep. 1925, 7.

265 Peter Broucek: *Ein General im Zwielicht: Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau*, Wien: Böhlau, 1980 279.

266 N.N.: Zweierlei Recht in der katholischen Kirche. In: *Arbeiter-Zeitung*, 8. Sep. 1925, 4.

267 ders.: Mittelalter in der österreichischen Republik, in: *Arbeiter-Zeitung*, 8. Aug. 1925, 5.

führung im alten Heer betraut war.²⁶⁸ Dass Pawlikowski doch zu Recht die Einsegnung vornahm, stellt die *Reichspost* wenig später klar und schreibt:

»Aus den ... Vorerhebungen wissen wir, daß sich die katholische Kirche, auch im Falle des verstorbenen Feldmarschalls nicht gescheut hätte, von ihren strengen Bestimmungen Gebrauch zu machen ... Es ist aber bekanntlich Grundsatz der katholischen Kirche, daß jeder Mensch, auch noch auf dem Sterbebette, einen Fehler g u t m a c h e n k a n n. Wie die ›Reichspost‹ vom 2. September²⁶⁹ bereits berichtet hat, ist der mit den Familienverhältnissen des Verstorbenen vertraute Jesuitenpater Streicher aus Feldkirch eigens an dessen Krankenlager geeilt, hat dort wiederholt an beiden Tagen allein mit dem Kranken verweilt und die A u s s ö h n u n g d e s S t e r b e n d e n mit Gott und der Kirche h e r b e i g e f ü h r t ... Das fachzuständige erzbischöfliche Ordinariat von Wien hatte daher k e i n e Ursache mehr, der Leiche ... das kirchliche Begräbnis in Wien v o r z u e n t h a l t e n.«²⁷⁰

Die *Reichspost* verteidigt in ihrem Artikel Conrad von Hötzendorf, geht allerdings nicht auf den Fall der verstorbenen Frau ein, der das Begräbnis verweigert wurde, obwohl sie vor ihrem Tode die »letzte Ölung« erhalten hatte²⁷¹ und sich somit mit der Kirche ausgesöhnt haben müsste.

²⁶⁸ Der Fall wurde damals in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Siehe Ulrike *Harmat*: Ehe auf Widerruf? Der Konflikt um das Eherecht in Österreich 1918 – 1938: Univ., Diss.–Wien, 1996, Bd. 121 (Ius commune Sonderhefte, Studien zur europäischen Rechtsgeschichte), Frankfurt am Main: Klostermann, 1999 147–153.

²⁶⁹ N.N.: Das Begräbnis des Feldmarschalls Conrad. In: *Reichspost*, 2. Sep. 1925, 7.

²⁷⁰ ders.: Zweierlei Recht in der katholischen Kirche?, in: *Reichspost*, 10. Sep. 1925, 5.

²⁷¹ ders.: Also hat sich Conrad-Hötzendorf mit Gott und der Kirche ausgesöhnt. In: *Arbeiter-Zeitung*, 13. Sep. 1925, 6.

4.4 Pawlikowski und das Geld

Natürlich bezog sich die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat auch auf die Steuermittel, die von der Bevölkerung für die Kirche aufgebracht wurden. Dabei wurde klar die Meinung vertreten, dass die Kirche für ihre Kosten selbst aufzukommen habe.

Im März 1925 war die sozialdemokratische Presse einmal mehr der Meinung, dass zu viel Geld für kirchliche Zwecke ausgegeben werde. Auslöser dafür war der Fastenhirtenbrief²⁷² von Heerespropst Pawlikowski, der einen vor Polemik strotzenden Artikel in der *Arbeiter-Zeitung* nach sich zog. Darin wurden die Position des Heerespropstes und seine Tätigkeit infrage gestellt und der obige Hirtenbrief verurteilt:

»[In den] Sommermonate[n], da kann der Herr Heerespropst Dr. P a w l i k o w s k i in seinem Bureau nach altem Kanzleibrauch die Zeit mit Fliegenfangen verbringen. Doch in den Wintermonaten, ... was da, was dann? ... Er schreibt wahrscheinlich an seinem Fastenhirtenbrief! ... Wenn da den Herrn Pawlikowski in einer übermütigen Stunde die Arbeitswut packt und er schreibt in einem Zuge einen ganzen Satz hin, so ist das Malheur fertig, und er muß mindestens eine Woche vollständig feiern, um der Zeit – Zeit zu lassen, seinem Arbeitseifer nachzukommen. Der Inhalt des Briefes aber? Da erfahren die Wehrmänner, daß die katholischen Wahrheiten – zum Unterschied von denen des forschenden Menschengesistes – alt sind und nur ›die Darstellungsweise neu ist‹ ... So viel – nicht mehr hat der Propst den Wehrmännern zu sagen, und damit es ihnen gesagt werde, zahlt der Staat das Gehalt eines hohen Beamten.«²⁷³

²⁷² N.N.: Der Fastenhirtenbrief an das Bundesheer. In: Reichspost, 28. Feb. 1925,

²⁷³ ders.: Erbauliches vom Unabbaulichen. In: Arbeiter-Zeitung, 3. März 1925,

Für die Sozialdemokratische Partei schien Pawlikowski ein beliebtes Angriffsziel zu sein und als dieser im Frühjahr 1927 auch zu Bischofswürden kam, war es nur eine Frage der Zeit, bis wieder das Gehalt des Heerespropstes öffentlich diskutiert wurde.

Im Nationalrat begann der Finanzausschuss am 6. Februar 1928 nach den Eisenbahnen das Kapitel Heerwesen zu behandeln.²⁷⁴ Heeresminister Carl Vaugoin stand dabei im Mittelpunkt der Kritik. Bei einer Fortsetzung dieser Debatte am 8. Februar kam aus dem Lager der Sozialdemokraten die Kritik, dass die Zustände in den Provinzgarnisonen sich von den Wiener Kasernen in nichts unterschieden und man verwies darauf,

»daß der Heerespropst Pawlikowski, der zum Bischof von Seckau bestellt wurde, gleichzeitig immer noch die Stelle eines Militärvikars bekleidet und als solcher die Bezüge der zweiten Dienstklasse, etwa 1100 S im Monat, aus dem Heeresbudget bezieht. Die Diözese Seckau kann doch nicht so arm sein, daß sie ihren Bischof nicht selbst bezahlen kann. Entweder bezieht also der Bischof ein doppeltes Einkommen, oder die Seckauer Diözese will ihre Finanzen auf Kosten des Militäretats etwas sanieren. Der Heerespropst soll seinen Sitz dort haben, wo das Heeresministerium ist, tatsächlich hält er sich aber in Graz auf.«²⁷⁵

Plötzlich stand das Doppelgehalt von Pawlikowski im Mittelpunkt der Heeresdebatte und dieser im Kreuzfeuer der Kritik. Minister Vaugoin verteidigt seinen Militärvikar:

» Ich mache darauf aufmerksam, daß ein Doppelbezug in keiner Weise vorliegt. Daß der Fürstbischof von Seckau nach wie vor

²⁷⁴ ders.: Der Wehrbunddieb des Herrn Vaugoin. In: Arbeiter-Zeitung, 7. Feb. 1928,

²⁷⁵ ders.: Die Heeresdebatte. In: Arbeiter-Zeitung, 9. Feb. 1928, 4 (Stand 19. Oktober 2012) bzw. ders.: Die Heeresdebatte im Finanzausschusse. In: Neue Freie Presse, 9. Feb. 1928, 4.

Militärvikar geblieben ist, geschah auf meinen Wunsch ... Diese beiden Stellen waren sogar eine Zeit lang vereint. Fürstbischof Dr. Pawlikowski ist nicht im Nebenamt Militärvikar, sondern ist sehr fleißig in seinem Amte tätig.«²⁷⁶

Aus der Sicht des Heeresministers war das eine sehr schlaue Antwort auf die parlamentarische Anfrage. Er versuchte den Vorwurf des doppelten Gehalts wegzuwischen, indem er die Tätigkeit weder als Nebenamt noch als Hauptamt bezeichnete. Das war natürlich nur beschränkt glaubwürdig, da die Tätigkeit eines Diözesanbischofs sicher nur eine Haupttätigkeit darstellen kann. Verständlich, dass man in einem Ausschuss dem ideologischen Gegner nicht recht geben wollte, zumal man anscheinend wusste, dass dieser keine Möglichkeit der Kontrolle hatte, ansonsten hätte man an den folgenden Tagen sicher noch weitere Stellungnahmen dazu in den Zeitungen gelesen. Heute weiß man aus dem Grundbuchblatt des Landesministeriums für Heereswesen²⁷⁷, dass Pawlikowski ab dem 1. Oktober 1927 ein Jahresgehalt nach der zweiten Gehaltsstufe Gruppe 8, Dienstklasse II von exakt 11 040,40 Schilling, was ungefähr einem Monatsgehalt von 920 Schilling entspricht, zuerkannt worden ist.

Damit fiel Pawlikowski mit seinem Gehalt als Militärvikar laut statistischen Aufzeichnungen in die zweitbestverdienende Einkommensgruppe im Jahr 1927. Knapp 470 000 von über 500 000 der einkommensteuerpflichtigen Personen verdienten weniger als Pawlikowski mit seinem Gehalt als Militärvikar.²⁷⁸ Dazu kam noch das in der Literatur nicht feststellbare Einkommen als Diözesanbischof. Jedoch findet sich im Nachlass von Pawlikowski ein Hinweis auf das Jahresentgelt eines Bischofs. Im Dezember 1928 antwortete er in

²⁷⁶ N.N.: Wer anderen eine Grube gräbt ... In: Reichspost, 9. Feb. 1928, 4.

²⁷⁷ Österreichisches Staatsarchiv: Archiv der Republik/Bundesministerium für Landesverteidigung 1. Republik (1918-1945)/Grundbuchblätter (1920-1938), Grundbuchblatt/Personalblatt 410, Dr. theol, Ferdinand Pawlikowski.

²⁷⁸ Tabelle 1, Einkommensgruppen der Steuerpflichtigen im Jahre 1927, *Melichar*: Alter, neuer und verlorener Reichtum 171.

einem Schreiben auf die Bitte des Reichsbundes der Österreicher²⁷⁹ nach der gewohnten Förderung, Folgendes:

»Dass ich nicht mehr zuwenden kann, hat seine Begründung darin, dass das Seckauer Bistum durch die Geldentwertung sein ganzes Vermögen verloren hat und der Bischof nur ein jährliches Fixum von 5 S. 80 gr. bezieht. Eine Kongrua oder einen Gehalt (sic!) bezieht der Seckauer Bischof nicht. Das Gut liefert aber nicht soviel, um nur die amtlichen Auslagen decken zu können. Dagegen laufen Bitten um Unterstützung in so grosser Zahl ein, dass der Bischof nicht im Stande ist auch nur annähernd allen Wünschen zu entsprechen. Aus dieser Mitteilung wolle ersehen werden, dass es bei mir nicht an Interesse für die Sache des Reichsbundes fehlt, sondern an den Mitteln gebricht.«²⁸⁰

Das erwähnte Jahresgehalt von 5,80 Schilling für einen Diözesanbischof erscheint wenig glaubwürdig und kann durchaus der Begründung für das Bezahlen eines geringeren Beitrages gedient haben. Da Österreich im Jahre 1927 einen Aufschwung durch die internationale Hochkonjunktur erfuhr und die Jahre 1928/29 als die wirtschaftlich besten der Ersten Republik gesehen werden²⁸¹, kann das Argument der Geldentwertung nur als Ausflucht interpretiert werden. Möglicherweise wollte sich Pawlikowski auf diese Art den einen oder anderen Beitrag ersparen. So wandte sich die *Gewerkschaft christlicher Angestellter in öffentlichen Diensten* Ende Oktober 1928 an den Bischof, um einen ausstehenden Mitgliedsbeitrag einzufordern:

»Seine bischöfliche Gnaden ist in seiner Eigenschaft als Heerespropst als Mitglied der Gewerkschaft ... beigetreten. Seitdem Seine

²⁷⁹ Der Reichsbund der Österreicher strebte die Wiederkehr des angestammten Herrscherhauses und die Wiederaufrichtung des mit ihm verbundenen Reiches an. Aus dem Brief des Reichsbundes an Pawlikowski vom 7. Dezember 1928. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 21, Heft 343, Reichsbund der Österreicher 1928.

²⁸⁰ Brief von Pawlikowski an den Reichsbund vom 12. Dezember 1928. ebd.

²⁸¹ Hanisch: Der lange Schatten des Staates 284.

bischöfliche Gnaden von Wien abgegangen ist, sind die Zahlungen der Mitgliedsbeiträge monatlich S 1,50 unterblieben. Wir erlauben uns Sie hochwürdiger Herr zu bitten Seine bischöfliche Gnaden in einer Ihnen erscheinenden Form darauf aufmerksam zu machen.

«²⁸²

In diesem Fall gab der Kassier des Bischofs einen Monat später eine im Vergleich zur Anfrage forschende Antwort, man möge doch mitteilen,

»wieviel Derselbe an Nachzahlungen für die Gewerk[schaft] zu leisten hat und auch in Zukunft anzugeben die Höhe des zu leistenden Mitgl.-Beitrages.«²⁸³

Wenn man annimmt, dass dem Bischof das erzbischöfliche Palais und der Landsitz auf Schloss Seggau zur Verfügung gestellt wurden, so muss dieser Naturalbezug zu seinen Einkünften hinzugerechnet werden. Man kann ihn damit durchaus als Spitzenverdiener bezeichnen. Mit dem »Prototyp des asketischen Priesters«²⁸⁴, der im Kloster wohnt, hatte Pawlikowski nichts zu tun. Neben Landsitz und Stadtpalais waren Chauffeur und Haushaltskraft immer zur Stelle.²⁸⁵ Durch seine vielen Visitationen in den Pfarren der Diözese Graz-Seckau²⁸⁶ und das Pendeln zwischen Graz und Wien in seiner Funktion als Militärvikar waren ihm verlässliche Autos sehr wichtig. Aber er schaute dabei nicht nur auf die Verlässlichkeit, auch die Ausstattung war ihm wichtig. Noch im Jahr seiner Inthronisierung zum Diözesanbischof von Graz-Seckau

²⁸² Brief der Gewerkschaft an den Konsistorialrat vom 29. Oktober 1928. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 21, Heft 333, Gewerkschaft christlicher Angestellter in öffentlichen Diensten 1928.

²⁸³ Handschriftlicher Briefentwurf vom 26. November 1928. ebd.

²⁸⁴ Ernst Hanisch: Der Priester als Mann – eine geschlechterspezifische Perspektive im 20. Jahrhundert, in: Rupert Klieber/Hermann Hold (Hrsg.): *Impulse für eine religiöse Alltagsgeschichte des Donau-Alpen-Adria-Raumes*, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2005 213.

²⁸⁵ »... damit der Wagen zur Abholung bereitgestellt werden kann. Im Schlosse wird alles ... vorbereitet sein ...«. Brief von Pawlikowski an Vaugoin vom 16. Juli 1930. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 20, Heft 264, Vaugoin.

²⁸⁶ Zu seinem zehnjährigen Bischofsjubiläum soll er jede seiner 350 Pfarren zumindest einmal besucht haben. *Liebmann*: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953) 462.

kaufte er ein Sechszylinder-Personen-Automobil, den Steyr II, 12/40 PS mit Landaulett²⁸⁷, zum Preis von mehr als einem Jahresgehalt eines Militärvikars, um über 12 000 Schilling.²⁸⁸ Ungefähr drei Monate später hatte Pawlikowski Bedarf nach einem zweiten Auto und kaufte den Steyr XII, 6/30 PS um fast 9 000 Schilling.²⁸⁹

Noch vor dem Kauf des zweiten Wagens bat er beim Landeshauptmann um Steuererleichterung für seine, wie er im Brief fälschlicherweise schrieb, zwei Fahrzeuge:

»Anbei erlaube ich mir ein offizielles Ansuchen um Gewährung der Steuerermäßigung für zwei Automobile zu überreichen und um Ihre hochherzige Entscheidung zu bitten, während ich zeichne mit dem Ausdrücke größter Hochachtung.«²⁹⁰

Der Landeshauptmann ersuchte die Verwaltung, der Bitte wenn möglich nachzukommen und ihn über den Verlauf der Angelegenheit zu informieren. Schließlich konnte eine Ermäßigung von 25 Prozent für ein Auto ermöglicht werden.²⁹¹

Knapp zwei Jahre später tauschte er beide Autos gegen einen Austro-Daimler-Sechszylinderwagen, Type ADR, 11/70 PS, um 24 000 Schilling ein. Inkludiert waren die rund 4 000 Schilling teure dunkelblaue Innenpolsterung und das Leder beim Fahrersitz.²⁹²

Als Bischof war Pawlikowski auch sehr geschäftstüchtig und anscheinend auch bereit, alte Schriften und Objekte aus der bischöflichen Bibliothek zu verkaufen. Darüber informierte er den Landeshauptmann, der für ihn in

²⁸⁷ Kutschenähnlicher Aufbau eines Autos, der nur zum Teil geöffnet werden kann. *Drosdowski* (Hrsg.): Deutsches Universalwörterbuch 923.

²⁸⁸ Rechnung über 12 334,60 Schilling vom 22. November 1927. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 5, Heft 110, Fahrzeuge und Versicherungen.

²⁸⁹ Rechnung über 8 737,33 Schilling vom 1. März 1928. ebd.

²⁹⁰ Brief vom 24. Jänner 1928 an den Landeshauptmann. *Steiermärkisches Landesarchiv*: Landeshauptmannkorrespondenz, Nr. 62/1928.

²⁹¹ Antwort vom 9. März 1928 an den Landeshauptmann. LH-Korrespond. Nr. 62/1928.

²⁹² Rechnung über 24 000 Schilling vom 8. Mai 1930. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 5, Heft 110, Fahrzeuge und Versicherungen.

der Sache intervenierte und die Angelegenheit schnell abgewickelt haben wollte.²⁹³

Das Unterrichtsministerium genehmigte schließlich im Oktober desselben Jahres unter bestimmten Auflagen den beabsichtigten Verkauf dieser Objekte:²⁹⁴

- Durandus Wilhelm, drei Bände Philosophie um 1 700 Schilling
- Schrenckh-Notzingen um 2 000 Schilling
- Eine handschriftliche Missale vom Jahre 1462 um 2 600 Schilling
- Ein altes bischöfliche Reisebrevier in geschnitzter Lederkassette um 16 000 Schilling, wobei dieses Brevier von einer inländischen öffentlichen Sammlung erworben werden musste

Auch bei der Verwaltung von Schloss Seggau zeigte Pawlikowski Talent. Wieder leitete er über den steirischen Landeshauptmann Rintelen ein Geschäft in die Wege, bei dem das Hotel *Imperial* in Wien mit Wein aus dem Seggauer Schlossgut versorgt werden sollte. Dafür arrangierte das Büro des Landeshauptmanns ein Treffen des Gutsverwalters von Seggau mit dem Direktor des Hotels in Wien:

»Ich erlaube mir mitzuteilen, dass über Wunsch Seiner Exzellenz des Herrn Fürstbischof von Seckau der leitende Verwalter desselben, Herr Pfarrer Kern, Sie Montag besuchen wird, um Ihnen die Frage des Erwerbes von Weinen aus dem Gute des Herrn Fürstbischofs vorzulegen.«²⁹⁵

²⁹³ Anweisung vom 14. Juli 1928. *Steiermärkisches Landesarchiv*: Landeshauptmannkorrespondenz, Nr. 566/1928.

²⁹⁴ Anweisung vom 13. Oktober 1928. ebd.

²⁹⁵ Brief vom 8. Mai 1931 an den Kommerzialrat Lehner, Direktor des Hotels *Imperial* in Wien I, Kärntnerring 16. *ders.*: Landeshauptmannkorrespondenz, Nr. P2/1931.

4.5 Weihen

Wie schon erwähnt, soll nach Julius Deutsch Pawlikowski der erste Bischof gewesen sein, »der in einer Feldmesse die Waffen der faschistischen Heimwehr segnete«²⁹⁶. Schon seit der Nachkriegszeit wurde die Kirche von antiklerikaler Seite mit dem Vorwurf der Waffensegnung konfrontiert, man gab ihr die Mitschuld an den vielen Toten des Ersten Weltkrieges. In einer Publikation über die katholische Militärseelsorge im Ersten Weltkrieg aus dem Jahre 1938, die unter dem Ehrenschild von Pawlikowski herausgegeben wurde, wird versucht, gegen diese Anschuldigungen Stellung zu beziehen. Dabei wird zwischen einer Waffensegnung und einer Segnung von Soldaten unterschieden. Letztere wurde sehr wohl vorgenommen und sollte die Heeresmitglieder schützen,

»da sowohl die segnenden Priester als auch die Soldaten des guten Glaubens waren, es gelte, in einer gerechten Sache das Vaterland vor Vernichtung zu bewahren«²⁹⁷.

Des Weiteren heißt es, dass keine Gebete und Fürbitten der Kirche nachgewiesen werden können, in denen die verstärkende Wirkung von Waffen erbeten worden wäre. Ebenso stellt der österreichische Militärvikar Pawlikowski, wie auch eine Vielzahl seiner Amtskollegen in anderen Staaten, außer Zweifel, dass Waffensegnungen weder verlangt noch erteilt wurden. Die Segnung des Säbels bei Ausmusterungsfeiern in den Militärakademien sei ein mittelalterlicher Brauch und habe nichts mit einer kriegsverherrlichenden Segnung zu tun.²⁹⁸ Das zeigt auch die folgende Ansprache von Pawlikowski für die neu ernannten Leutnants und Fähnriche bei der Ausmusterungsfeier in Enns im Sommer 1926:

²⁹⁶ Deutsch: Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen 137.

²⁹⁷ Lipusch: Militärseelsorge im Weltkriege 100.

²⁹⁸ ebd. 100. Lipusch bezieht sich auf den Linzer Theologieprofessor Dr. Leopold Kopler, der in der Zeitschrift *Quartalschrift* den Nachweis erbracht haben soll, dass Waffensegnungen durch die Kirche im Weltkriege »nie und nirgends« stattgefunden haben. N.N.: Das Ende einer Propagandalüge. In: Reichspost, 1. Mai 1932, 7.

»Zu Ihrem heutigen Ehrentage weiß ich von heiliger Stätte aus keine sinnigeren Worte an Sie zu richten als jene, welche die Kirche nach sehr alter Gepflogenheit beim *Waffensegen* und bei der *Kriegerweihe* gebraucht hat: ›Empfange dieses Schwert ... Umgürte mit ihm deine Lenden, du Mächtiger; und merk' wohl auf, daß die Heiligen nicht mit dem Schwerte, sondern durch den Glauben die Reiche besiegt haben.« ... ›Empfangen Sie den Offizierssäbel. Gürtен Sie ihn fest als Ihr Vorrecht; aber übersehen Sie nie, daß die Geistesgroßen nicht durch die bloße Gewalt der Waffe, sondern durch den Glauben an die sittlichen Kräfte dauernde Siege errungen haben.«²⁹⁹

Auch wenn es von kirchlicher Seite hieß, dass es für Waffensegnungen keine Belege gibt und dies in der Literatur Militärseelsorge als gänzlich unmöglich dargestellt wird³⁰⁰, so kann nicht komplett ausgeschlossen werden, dass diese selten, aber doch, stattfanden. Zu viele Segnungen und Weihungen aller Art³⁰¹ fanden in der Zwischenkriegszeit statt, als dass jede dokumentiert wäre und man sicher sein könne, dass es zu keiner Segnung von Waffen gekommen ist. So schließt auch die *Reichspost* nicht kategorisch aus, dass der eine oder andere Pfarrer eine Segnung durchgeführt haben könnte:

»Ob Priester der Kirche während des Weltkrieges die Waffen tatsächlich gesegnet haben oder nicht, ist gleichgültig gegenüber der Tatsache, daß die Kirche grundsätzlich die Segnung der Waffen zuläßt und empfiehlt. ... Die Gebete ... beziehen sich nicht auf den bereits kämpfenden Krieger oder auf bereits im Krieg eingesetzte

²⁹⁹ N.N.: Die neuen Leutnants und Fähnriche. In: Reichspost, 15. Aug. 1926, 7.

³⁰⁰ »Die Behauptung, Feldkuraten hätten Waffen gesegnet ..., basiert auf einem Irrtum oder einer böswilligen Unterstellung«. Johannes Legler: Militärseelsorge in der österreichisch-ungarischen Armee von 1867 bis 1918, Wien: Wiener Katholische Akademie, 1979 73 bzw. vgl. Steiner: Militärseelsorge in Österreich 12.

³⁰¹ »Nach der kurzen Anbetung beim Sakramentsaltar begab sich Kardinal Dr. Piffl in die untere Sakristei, wo er der elektrischen Schaltanlage die Weihe verlieh.«. N.N.: Der Eröffnungsgottesdienst im Stefansdom. In: Reichspost, 28. Juni 1925, 9.

Waffen, sondern auf die für einen eventuell notwendigen Kampf bereitliegenden Waffen, also auf die Kriegsausrüstung, noch bevor sie bei Ausbruch eines Krieges eingesetzt wird.«³⁰²

Auch wenn die Behauptung, dass Pawlikowski die Waffen der Heimwehr gesegnet habe, nicht bewiesen werden kann, so kann ihm in seiner Funktion als Bischof doch ein ambivalenter Zugang bezüglich Weihung von Fahnen nachgesagt werden. Im September 1930 wollte der steirische Landbund zum Gedenken eines Landbundführers in dessen Heimatgemeinde St. Peter-Freienstein eine Fahne geweiht haben, was ihm der ansässige Pfarrer auch zusagte. Jedoch kam im Nachhinein die Weisung von Bischof Pawlikowski, diese Weihe nicht durchzuführen. Die Bauern brachen in stürmische Pfuirufe aus, denn sie konnten nicht verstehen, »daß jede Heimwehrfahne den kirchlichen Segen erhält, ihnen aber die Einweihung verweigert wird«³⁰³.

³⁰² Georg *Bichlmair*: Die Kirche und der Friede der Welt. In: Reichspost, 20. Okt. 1935, 2.

³⁰³ N.N.: Landbundtagung in Leoben. In: Arbeiter-Zeitung, 9. Sep. 1930, 3.

5 Nach der Politik

Nach Pawlikowskis einzigem belegbarem Ausflug in die Politik, als er mit Rintelen bei Schober vorsprach, blieb dieser nun seinem Metier treu und beschränkte seine politischen Aktivitäten auf Ansprachen, Predigten und Hirtenbriefe. In diesen grenzte er sich immer deutlicher vom gottlosen Bolschewismus ab, wie er die österreichische Sozialdemokratie nannte und polterte offen bei jeder Gelegenheit gegen sie.³⁰⁴ Und alles lief in eine Richtung, die Pawlikowski wohlwollend sah. Durch die Ereignisse des 4. März 1933³⁰⁵ sah die Kirche in den Zielen der Vaterländischen Front ihre Interessen vertreten und stellte sich dem System Dollfuß zur Verfügung. Wie zufrieden Pawlikowski mit der Situation war, zeigt sein Hirtenbrief an seine Diözese im Oktober 1933:

» Nunmehr ist die Reihe an uns, unsererseits mitzubauen an einem christkatholischen Oesterreich ...Lasset ab von dem Verbrechen des Klassenkampfes und Klassenhasses. ...aufgerichtet aber sollen werden die festgefügt, wohlgeordneten Wohnungen eines wahrhaft christlichdeutschen Volkes und anbrechen soll das Zeitalter einer neuen, glück-

³⁰⁴ N.N.: Weitausblickende Abwehr des Bolschewismus. In: Arbeiter-Zeitung, 24. Feb. 1931, 8.

³⁰⁵ Um der eigenen Partei bei einer knappen Abstimmung eine Stimme zukommen zu lassen, traten nacheinander alle drei nicht stimmberechtigten Nationalratspräsidenten zurück und verursachten dadurch im Parlament eine noch nie da gewesene Situation. Dollfuß nutzte diese Konstellation, um mithilfe des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes ohne andere Parteien zu regieren. *Vocelka*: Geschichte Österreichs 290.

licheren Zukunft auf ständischer Grundlage.«³⁰⁶

5.1 Nationalsozialismus

Dem Nationalsozialismus stand Pawlikowski prinzipiell ablehnend gegenüber. Schon im November 1931 hatte er sich in einem Referat in der Bischofskonferenz erstmals kritisch mit diesem auseinandergesetzt:

»Fürstbischof Dr. Pawlikowski berichtet über die Kundgebung der deutschen Bischöfe gegen den Nationalsozialismus und gibt ein Bild über den Stand der Bewegung in den einzelnen Bundesländern, die überall im Aufstieg ist u. besonders die jugendlichen Kreise erfaßt. Der Bericht über die Heimatbewegung in den einzelnen Ländern zeigt das gleiche Bild des Anwachsens infolge der allgemeinen Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen. Die Konferenz einigt sich dahin, von einem kirchlichen Einschreiten gegen diese Bewegungen aus taktischen Gründen abzusehen, zumal im Fastenhirtenschreiben die Irrtümer aufgezeigt und abgelehnt werden.«³⁰⁷

Die Entscheidung der Konferenz zu einem taktischen Zuwarten zeigt, dass man zwar das System des Nationalsozialismus richtig einschätzte, sich jedoch noch zu unsicher war, um aktiv eine politische Entscheidung zu setzen, und jedenfalls die Interessen der Kirche gewahrt sehen wollte.

Das angesprochene Fastenhirtenschreiben wurde am Sonntag, den 7. Februar 1932 verlesen. Darin sahen die österreichischen Bischöfe das größte Problem in der wachsenden Gottlosigkeit und warnten vor den falschen Hoffnungen,

³⁰⁶ N.N.: Aufgerichtet seien die Wohnungen des christlich-deutschen Volkes. In: Reichspost, 22. Okt. 1931, 4.

³⁰⁷ *Diözesanarchiv Wien*: Bischofskonferenzen. Kassette 13, Bischofskonferenzakten 1926-1932, Protokoll der Konferenz der Bischöfe Österreichs am 24.-26. November 1931 im erzbischöflichen Palais in Wien 4.

die Sozialismus, Liberalismus, Kommunismus und Bolschewismus versprechen würden. Des Weiteren nahm der Episkopat auf den Nationalsozialismus Bezug:

»Aber auch vom N a t i o n a l s o z i a l i s m u s kann man nicht erwarten, daß er die Übel dieser Zeit banne. Auch er droht noch mehr Verwirrung anzurichten, noch mehr Feindseligkeit in das Volk hineinzutragen ... Ihre Theorien arten vielfach zum Radikalismus aus. Sie benehmen sich wie Eroberer der Welt, wie Begründer neuer Zeiten, wie Erlöser aus dem tiefsten Elend, wie Bringer einer herrlichen Zukunft. An Stelle der Religion tritt bei ihnen das Programm. Die Klasse oder die Nation wird zum Idol, zum Götzen. Ein maßloser Gesinnungsterrorismus wird geübt. Selbst vor einem Schreckensregiment scheuen manche nicht zurück. Wie kann von solchen Heil und Rettung kommen?«³⁰⁸

Die Bischöfe erkannten durchaus die drohende Gefahr des Nationalsozialismus, verurteilten ihn allerdings nicht schärfer als andere von der Kirche kritisierte Bewegungen. Als Erster warnte schon 1927 Bischof Waitz vor einer »religionsfeindlichen Partei«³⁰⁹. Scharfe Kritik äußerte auch der Linzer Diözesanbischof Gföllner und wandte sich zwei Jahre später mit folgenden Worten an die Gläubigen: »... tretet ihren Vereinen nicht bei ... und unterstützt bei Wahlen nicht ihre Bestrebungen.«³¹⁰ Bischof Gföllner war es auch, der im Jänner 1933 einen Hirtenbrief herausgab, der in der Bischofskonferenz 1932 keine Mehrheit fand und den Nationalsozialismus sehr scharf kritisierte.³¹¹ Nach Stefan Moritz, Autor des 2002 kontroversiell diskutierten Buches *Grüß Gott und Heil Hitler*³¹², war für einen Teil des Episkopats »die Zeit für eine

³⁰⁸ Friedrich Gustav Piffel: Hirtenbrief, in: Linzer Diözesanblatt, 23. Jan. 1932, 16.

³⁰⁹ Weinzierl: Kirche und Politik 465.

³¹⁰ ebd. 459.

³¹¹ Maximilian Liebmann: Von der Dominanz der katholischen Kirche zu freien Kirchen im freien Staat – vom Wiener Kongreß 1815 bis zur Gegenwart, in: Herwig Wolfram (Hrsg.): Österreichische Geschichte, Wien: Ueberreuter, 2003 423.

³¹² Stefan Moritz: Grüß Gott und Heil Hitler: Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich, Wien: Picus, 2002

Kontaktaufnahme«³¹³ mit dem Nationalsozialismus gekommen. Tatsächlich fanden damals Verhandlungen der österreichischen NSDAP mit Vertretern Kardinal Innitzers statt, deren Ergebnisse vor einer weiteren Stellungnahme gegenüber dem Nationalsozialismus abgewartet werden sollten.³¹⁴

Gföllner behandelte in seinem Brief vier Grundwahrheiten³¹⁵, die den wahren vom falschen Nationalismus trennen, und übte die bislang schärfste Kritik eines österreichischen Kirchenvertreters am Nationalsozialismus. Er sprach sich gegen den nationalsozialistischen Rassenantisemitismus aus, von dem er den akzeptierten Alltagsantisemitismus unterschied:

» Der nationalsozialistische Rassenstandpunkt ist mit dem Christentum völlig unvereinbar und muß daher entschieden abgelehnt werden ... Das jüdische Volk nur wegen seiner Abstammung verachten, hassen und verfolgen, ist unmenschlich und antichristlich ... Verschieden allerdings vom jüdischen Volkstum und von der jüdischen Religion ist der j ü d i s c h e , i n t e r n a t i o n a l e Weltgeist. Zweifellos üben viele gottentfremdete Juden einen überaus schädlichen Einfluß auf fast allen Gebieten des modernen Kulturlebens. Wirtschaft und Handel, Geschäft und Konkurrenz, Advokatur und Heilpraxis, soziale und politische Umwälzungen sind vielfach durchsetzt und zersetzt von materialistischen und liberalen Grundsätzen, die vorwiegend vom

³¹³ Moritz: Grüß Gott und Heil Hitler 37.

³¹⁴ Weinzierl: Kirche und Politik 468.

³¹⁵

1. »Die Menschheit ist eine einheitliche Familie« Johannes Maria Gföllner: Hirtenbrief über wahren und falschen Nationalismus, in: Linzer Diözesanblatt, 18. Jan. 1933, 2
2. »Der wahre christliche Nationalismus ist von Gott gewollt und wird von der Kirche gebilligt« ebd. 3
3. »Nation und Staat sind verschieden und der Staat ist über der Nation« ebd. 6
4. »Über allem Nationalismus steht die Religion, die nicht national, sondern übernational ist« ebd. 8

Judentum stammen ... Das entartete Judentum im Bunde mit der Weltfreimaurerei ist auch vorwiegend Träger des mammonistischen Kapitalismus und vorwiegend Begründer und Apostel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorboten und Schrittmacher des Bolschewismus. Diesen schädlichen Einfluß des Judentums zu bekämpfen und zu brechen, ist nicht nur gutes Recht, sondern strenge Gewissenspflicht eines jeden überzeugten Christen.«³¹⁶

Dieser Hirtenbrief zeigt sehr deutlich, wie stark der Antisemitismus in Österreich ausgeprägt war und mit religiösen Elementen verbunden wurde. Die Anschuldigungen gegen die jüdische Bevölkerung haben ihre Wurzeln im christlichen Antijudaismus (Juden als Mörder Christi, Ritualmordthese, Brunnenvergiftungen, ...). Ab den Siebzigerjahren des 19. Jahrhunderts wurde dieser Antijudaismus immer mehr durch rassistische Ideen angereichert und durchgehend von allen Parteien übernommen.³¹⁷ Die Kirche grenzte sich von dieser Art des Antisemitismus weitgehend ab, jedoch blieben diese Grundideen im Klerus tief gefestigt und weit verbreitet. Stefan Moritz geht sogar noch einen Schritt weiter und sieht in der Aussage Gföllners, dass man in früheren Zeiten »der jüdischen Bevölkerung ein eigenes Wohngebiet, ein sogenanntes Ghetto angewiesen [hat], um jüdischen Geist und Einfluß tunlichst zu bannen«³¹⁸, den Beleg dafür, dass die Kirche und der Nationalsozialismus das gleiche Ziel verfolgt hätten.³¹⁹ Mit dieser These beginnt er auch sein Buch, in dem er die »Notwehr« der österreichischen Bischöfe infrage stellt und von einer »Übereinstimmung von Katholizismus und Nationalsozialismus in wesentlichen ideologischen Fragen« spricht.³²⁰

³¹⁶ ebd. 5f.

³¹⁷ *Vocelka*: Geschichte Österreichs 244f.

³¹⁸ *Gföllner*: Hirtenbrief über wahren und falschen Nationalismus 6.

³¹⁹ *Moritz*: Grüß Gott und Heil Hitler 126.

³²⁰ ebd. 12. Diese These, aus der Feder eines katholischen Theologen, wird im wissenschaftlichen Diskurs als sehr überraschend empfunden. Vgl. *Forstner, Thomas*: Rezension zu: Moritz, Stefan: Grüß Gott und Heil Hitler! Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich. Wien 2002, in: H-Soz-u-Kult, 11.09.2003.

Von einem »konfessionellen Antisemitismus«³²¹ war auch Pawlikowski geprägt, der im *Kirchlichen Verordnungsblatt für die Diözese Seckau* im April 1927 »vor volks-, boden- und landfremden Ausbeutern«³²² warnte. Dem Hirtenbrief von Gföllner stimmte er vollinhaltlich zu und veröffentlichte diesen auch in seiner Diözese.³²³ Teile des Inhalts hatte Pawlikowski schon bei der Pastoralkonferenz der Militärgeistlichen Ende November 1932 in Wien vorgetragen und attestierte den Kommunisten und Sozialisten, zumindest ein Programm zu haben:

»Der programmatische Nationalsozialismus krankt heute, da er noch nicht einmal recht ausgegoren ist, schon an sich widersprechenden Bestrebungen und ist nichts anderes als ein Sammelsurium und Durcheinander von Ideen. Man muß den Kommunisten und Sozialisten ein klares und zielsicheres Programm zusprechen.«³²⁴

Bischof Memelauer aus St. Pölten sah im nationalsozialistischen Gedanken gut »ein Rütteln an den Offenbarungswahrheiten der Religion«³²⁵. Schon 1933 verteidigte der Diözesanbischof von Gurk, Adam Hefter, die Geschehnisse in Deutschland und forderte von den Gläubigen im Klagenfurter Dom, der deutschen Regierungsautorität Achtung entgegenzubringen.³²⁶

Trotz dieser unterschiedlichen Einstellungen gegenüber dem Nationalsozialismus kam es zur Unterzeichnung der Märzerklärung im Jahre 1938:

»Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklärten die unterzeichnenden Bischöfe, daß sie die Leistungen der nationalsozialistischen Bewegung freudig anerkennen und ihr Wirken für

³²¹ Weinzierl: Kirche und Politik 470.

³²² ebd. 470.

³²³ ebd. 465.

³²⁴ *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 3, Heft 39, Protokoll der Pastoralkonferenz 24.-26. November 1932 10.

³²⁵ Weinzierl: Kirche und Politik 465.

³²⁶ ebd. 466.

die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen begleiten und am Tage der Volksabstimmung sich als Deutsche zu bekennen.«³²⁷

Kardinal Innitzer wurde daraufhin nach Rom beordert, wo er von Papst Pius XI. und Staatssekretär Pacelli gemäßregelt wurde und eine Gegendarstellung unterzeichnen musste, dass die vorausgegangene Erklärung auf keinen Fall die Vereinbarungen im Konkordat beschneide und die österreichischen Bischöfe sich nicht für eine kirchenfeindliche Propaganda verwenden ließen.³²⁸

Ein knappes halbes Jahr später schrieb Pawlikowski in einem Brief an Pacelli seine Einschätzung der Umstände, die zu dieser umstrittenen Unterzeichnung der Märzerklärung geführt hatten. Seiner Meinung nach lag es an der feindlichen Stimmung gegenüber der zurückgetretenen Regierung Schuschnigg und dem katholischen Volk, die die Bischöfe das Schlimmste für die Kirche befürchten ließen. Mit seiner Unterschrift sah der Episkopat die einzige Möglichkeit, die Situation zu retten. Dennoch gestand er ein, dass man vorschnell gehandelt habe.³²⁹

Auch Pawlikowski unterzeichnete, obwohl er kurz zuvor von den Nationalsozialisten wegen seines Einspruches gegen die Vorgangsweise gegenüber dem unter Hausarrest stehenden Erzbischof Waitz³³⁰ für 24 Stunden inhaftiert worden war.³³¹ Seine klar artikulierte politische Einstellung brachte ihn in das Grazer Gefangenenhaus.³³² Dieser Umstand wird in der Literatur häufig beschrieben und der Verlauf der Festnahme sehr genau geschildert.³³³

³²⁷ Siehe Abbildungen *Liebmann*: Dominanz der katholischen Kirche 426.

³²⁸ ebd. 427. Neues Material aus dem Vatikanarchiv bestätigt die Einstellung von Papst Pius XI und Staatssekretär Pacelli gegenüber dem Nationalsozialismus. Siehe Paolo *Valvo*: *Dio salvi l'Austria! 1938, il Vaticano e l'Anschluss* (Testimonianze fra cronaca e storia 1919 – 1939), Milano: Mursia, 2010.

³²⁹ *Veselsky*: Bischof und Klerus 79.

³³⁰ Dr. Siegmund Waitz, *29.5.1864, †30.10.1941. 1934 bis 1941 Erzbischof von Salzburg. *N.N.*: Waitz, Sigismund.

³³¹ *Liebmann*: Dominanz der katholischen Kirche 425.

³³² *ders.*: Die Zeit Fürstbischöfs Pawlikowskis 323.

³³³ Vgl. *Veselsky*: Bischof und Klerus 261-267 und *Liebmann*: Die Zeit Fürstbischöfs Pawlikowskis 322f.

Der Klerus und das Volk reagierten unterschiedlich auf die Erklärung der österreichischen Bischöfe. Von einer Unterschriftenliste aus Dankbarkeit bis zu großer Bestürzung über den Verrat war alles dabei.³³⁴ Viele Priester waren mit dem Anschluss zufrieden und unterstützten den Aufruf zur Volksabstimmung mit Reden und Publikationen in Tageszeitungen. Pawlikowski versuchte dies unter Kontrolle zu behalten und intervenierte erfolglos beim Gauleiter, nur von der Diözese genehmigte Artikel zur Veröffentlichung freigeben zu lassen. Auch der schon erwähnte Priester Johannes Ude zählte zu diesem Zeitpunkt zu einem großen Fürsprecher der Nationalsozialisten.³³⁵ Die Euphorie begann sich zu legen, als sich nach der Volksabstimmung vom 10. April 1938 die Einstellung der Nationalsozialisten gegenüber der Kirche kontinuierlich änderte. Bischof Pawlikowski wurde gedemütigt, indem ihm am 12. Mai 1938 das Ehrenbürgerrecht der Stadt Graz aberkannt wurde.³³⁶ Dem nicht genug, fanden sich permanent verleumderische Artikel über ihn in den Zeitungen. Frustriert davon und weil er das Amt des Militärvikars³³⁷ verloren hatte und von den Agitationen gegen den Klerus und ihn, bot Pawlikowski in einem Brief an Pacelli seinen Rücktritt als Bischof der Diözese Seckau an. Da in den Archiven keine Antwort des Staatssekretärs zu finden ist und er seine Funktion als Bischof weiterhin ausübte, ist anzunehmen, dass er entweder keine Antwort aus Rom erhalten hatte oder auf anderem Weg zum Weitermachen überzeugt worden war.³³⁸ Jedoch war die Kriegszeit für ihn nicht einfach. Laut seiner Erinnerung wurde ihm von den Nationalsozialisten ein Hochverratsprozess angedroht, der aber nie stattfand. Allerdings wurden seine Handlungen als Bischof aufs Genaueste beobachtet und er musste immer mit seiner Verhaftung rechnen.³³⁹

334 *Liebmann*: Die Zeit Fürstbischöfs Pawlikowskis 325.

335 ebd. 326

336 ebd. 328.

337 Nach dem Anschluss übernahm die Militärseelsorge aller Soldaten der deutsche Feldbischof Franz Justus Rarkowski. *Moritz*: Grüß Gott und Heil Hitler 138.

338 *Liebmann*: Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927-1953) 465.

339 ebd. 466.

Trotzdem konnte Pawlikowski nach dem Krieg in einem Hirtenbrief am Nationalsozialismus etwas Positives finden, denn trotz »schwerster seelischer Prüfungen« vertrat er die Ansicht, »daß Verfolgungen der Kirche nicht schaden, sondern ihr vielmehr nützen«³⁴⁰.

Auch seinen Antisemitismus legte er nach der nationalsozialistischen Herrschaft nicht ab. Als 1946 in der Steiermark 300 nationalsozialistische Ärzte inhaftiert und durch die gleiche Anzahl jüdischer Ärzte aus dem Exil ersetzt werden sollten³⁴¹, nahm Pawlikowski dazu recht deutlich Stellung:

»Unser katholisches Volk, insbesondere auf dem Lande, wird es nicht ruhig hinnehmen, dass man ihm gleich 300 Ärzte jüdischer Konfession aufzwingt. Eine solche Maßnahme lässt sich in einer Großstadt durchführen, aber nicht hier in der Steiermark ... Dies aus dem Grund, weil der Katholik im Juden durchwegs einen Gegner seines angestammten Glaubens erblickt.«³⁴²

5.2 Das Haus Habsburg

Ferdinand Pawlikowski war zum Zeitpunkt des Untergangs der Monarchie über 40 Jahre alt und dementsprechend von dieser geprägt. Er sei gewissermaßen ein »offener Agitator der Monarchisten«³⁴³ gewesen. In seinen vielen Ansprachen als Militärvikar nahm er immer wieder Bezug auf die altehrwürdige k. und k. Armee, ihre Feldherren und deren Schlachten³⁴⁴ und ebenso in

³⁴⁰ Beide Zitate *Veselsky*: Bischof und Klerus 323.

³⁴¹ *Moritz*: Grüß Gott und Heil Hitler 257.

³⁴² ebd. 259.

³⁴³ *N.N.*: Kardinal Piffl gestorben. In: *Arbeiter-Zeitung*, 22. Apr. 1932, 3, nicht wie fälschlicherweise bei *Weinzierl*: Kirche und Politik 489, Anmerkung 23, in der AZ am 23.4.1932.

³⁴⁴ Zum Beispiel: »Haltet die Treue zur Tradition. Was das österreichische Soldatentum vollbracht hat, ist nicht bloß eine Reihe von unvergleichlichen Heldentaten, es ist die herrlichste Mannesart, die jener sich angeglichen hat, die ihr Gottessohn durch sein Sterben für das Heil der Brüder vollbracht hat«. *N.N.*: Feierliche Offiziersausmusterung in Wiener-Neustadt. In: *Reichspost*, 2. Sep. 1935, 3.

seiner Funktion als Diözesanbischof erinnerte er immer wieder an die Völker der Monarchie, die in Mariazell zusammengekommen sind.³⁴⁵

Dem ebenfalls monarchistisch eingestellten Bischof Waitz, schrieb Pawlikowski im Herbst 1933 einen vertraulichen Brief, in dem er ihm über die Rehabilitationsabsichten von Bundeskanzler Dollfuß gegenüber der Familie Habsburg berichtete:

»Es wird Sie, Exzellenz, jedenfalls interessieren, dass mir der Herr Bundeskanzler letztthin, gerade vor seiner Abreise nach Genf, nachdem ich schon vorher einmal mit allem Nachdruck die Gutmachung des an der allerhöchsten Familie gemachten Unrechtes bei ihm betonte, dass er daran denke die Leiche KARL's in die Heimat zurückführen zu lassen, dann die Verbannung der allerhöchsten Familie aufzuheben und schliesslich auch hinsichtlich ihrer Privatgüter Ordnung zu machen. Freilich müsse er den gegebenen günstigen Zeitpunkt abwarten. Das ist die erste positive Zusage, die ich hörte; denn bisher hat man auf allen Vorstellungen und Anregungen nur Abweisungen und Ausreden gehört. Freilich muss ich seine Worte *v e r t r a u l i c h* behandeln. Aber sie sind von Bedeutung und Wert. Darum bitte ich, dass auch Sie Exzellenz, diese Mitteilung als *v e r t r a u l i c h* ansehen und vorläufig keinen weiteren Gebrauch davon machen.«³⁴⁶

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war Pawlikowski weiterhin engagiert für die Familie Habsburg im Einsatz. Wie schon in der Einleitung erwähnt, ist Pawlikowski auch deshalb in Erinnerung des Politikers Langoth geblieben, da er im Mai 1951 die Statue der Muttergottes von Mariazell zur Hochzeit

³⁴⁵ Zum Beispiel: »...daß einstmals alle Völker der alten österreichisch-ungarischen Monarchie nach Mariazell gekommen seien, um die Einigung zu erleben ... Oesterreich werde sein katholisches Bewußtsein wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft weiter treu bewahren«. *N.N.*: Missionstagung in Mariazell. In: Reichspost, 10. Sep. 1932, 6.

³⁴⁶ Brief von Pawlikowski an Bischof Waitz vom 1. Oktober 1933. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 21, Heft 271, Politik und Kirche 1929-1953.

von Otto Habsburg nach Nancy geschickt haben soll.³⁴⁷ Dazu muss man vorausschicken, dass Mariazell unter Ferdinand II. zum Wallfahrtsort erklärt worden ist, um die getrennten Länder der Habsburger symbolisch zu einen. Daraus entwickelte sich das religiöse Zentrum der Kaiserfamilie, wo sie auch ihre privaten religiösen Feste feierte.³⁴⁸ Im Kreise der Familie entstand die Idee, das Hochzeitspaar bei der Vermählung außerhalb Österreichs mit der Gnadenstatue aus Mariazell am Altar zu überraschen. Pawlikowski, als zuständiger Diözesanbischof, genehmigte die Aktion, sprach sich aber davor mit dem Abt von Mariazell ab. Es wurde nur eine Kopie der Statue aus einem Wiener Museum nach Mariazell gebracht, wo sie einen Mantel und eine Krone aus der Schatzkammer erhielt. Die Replik wurde geweiht und ging daraufhin auf die Reise. Auch dabei war sich Pawlikowski bewusst, wie heikel die Angelegenheit war:

»Freilich Lärm dürfte nicht geschlagen werden und vor allem die Zeitung nicht von der Angelegenheit informiert werden ... Obgenannte zwei Herren wollten die Original-Muttergottesstatue von Mariazell zur Hochzeit des jungen Kaisers nach Nancy bringen. Dies habe ich den genannten Herren ausgedet, weil dies nicht bloß lokale, sondern auch staatspolitische Proteste auslösen würde. Wenn sie eine Kopie der Gnadenstatue irgendwo hätten oder eine solche anfertigen ließen, so wird wohl kein Mensch etwas dagegen haben, daß diese Kopie nach Nancy gebracht wird, gleichsam als Gruß der großen Gnadenmutter von Mariazell. Selbstverständlich müßte jedes Aufsehen und jede Publikation vermieden werden.«³⁴⁹

³⁴⁷ *Langoth*: Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers 382.

³⁴⁸ Christian *Stadelmann*/Werner *Grand*: Die Via Sacra: Von Wien nach Mariazell, Erfurt: Sutton Verlag, 2011 101.

³⁴⁹ Brief vom 10. April 1951 an den Abt Wilhelm Blaindorfer in Mariazell. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 20, Heft 280, Monarchie 1927-1953.

Im Zuge von Kaufabsichten des Landes Steiermark für das Schloss Feistritz bei St. Peter am Kammerbach, das im Privatbesitz der ehemaligen Kaiserin Zita stand³⁵⁰ intervenierte Bischof Pawlikowski bei der Landesstelle, um zu erreichen, dass man den vollen Wert des Schlosses zahlen möge:

»Besitzerin des Schloßes ist Kaiserin Zita. Es wäre unmoralisch ihre mißliche Lage dazu auszunützen, das Schloß zu höchst ungünstigen Bedingungen zu erwerben. Es ist eine himmelschreiende Sünde Witwen und Waisen zu bedrücken. Die Kaiserin-Witwe wie auch die ganze kaiserliche Familie lebt eher in dürftigen Verhältnissen zumeist nur von dem, was der junge Kaiser durch seine Vorträge in den Vereinigten Staaten verdient. Der junge Kaiser strebt zweifellos jetzt eine Wiedereinsetzung in seine Herrscherrechte nicht an. Das wird sich von selbst innerhalb einer gewissen Zeit ergeben.«³⁵¹

Noch wenige Monate vor seinem Tod im Jahre 1956 verfasste Pawlikowski an den Vorstand des Legitimistenvereines *KÖL Ferdinandea* ein Schreiben, in dem er von einem Österreich unter Kaiser Otto Habsburg philosophiert:

»Die Bedeutung des Hauses Habsburg für Österreich und Europa ist von höchster Wichtigkeit. Die Kleinstaaten, die von unseren Besiegern gebildet worden sind, können nicht alleine existieren. Sie sind wirtschaftlich aufeinander angewiesen. Sie müssen wieder zusammen kommen ... Wir erwarten vor allem die Zulassung des jungen Kaisers Otto, der sich nach der Heimat sehnt und vor Sehnsucht sich verzehrt. Ich habe schon vor 3 Jahren den gegenwärtigen Herrn Bundeskanzler gebeten, den jungen Kaiser in seine Heimat zurückkehren zu lassen ... nur Otto wird es verwehrt

³⁵⁰ N.N.: Herr Erzherzog Karl Franz Josef. In: Reichspost, 5. Juli 1913, 6.

³⁵¹ Brief vom 23. Juni 1953 an den Direktor von St. Martin Kanonikus Johann Kern. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 20, Heft 280, Monarchie 1927-1953.

... Ich hatte Gelegenheit, öfters mit dem jungen Kaiser zu sprechen. Ich war jedesmal erstaunt über die Kenntnisse, die er hinsichtlich der Verhältnisse in Österreich hatte. Er kennt alle hervorragenden Persönlichkeiten selbst, weiß ihre Qualitäten genau einzuschätzen, besser, als wir Österreicher selbst es vermögen.«³⁵²

Als Pawlikowski nach dem Krieg zwei Schlaganfälle erlitt, bekam er im August 1948 einen Weihbischof zur Seite gestellt, der ihn tatkräftig unterstützte. Das Jahr 1953 wurde seinen eigenen Worten nach eine »Tragödie«, denn durch die Apostolische Nuntiatur wurde Pawlikowski geraten, dem Heiligen Stuhl seinen Rücktritt anzubieten. So beklagt Pawlikowski in seinen Lebenserinnerungen diesen Umstand:

»Soviel ich in der Vergangenheit der Apostolischen Nuntiatur gedient und meine unerschütterliche Treue reichlich bewiesen habe, so wendete sich plötzlich das Blatt der Stimmung um. Warum mir nahegelegt worden ist, um die Enthebung zu bitten, ist mir bis heute nicht klar. Ich habe alle meine Pflichten restlos erfüllt, habe alle Visitationen, alle Funktionen bis zum Schluß genau absolviert.«³⁵³

Die gleich nach dem Krieg verliehene Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Graz und die Wiederverleihung der von den Nationalsozialisten aberkannten Ehrenbürgerschaft von Graz konnten an seiner Enttäuschung über den Entzug der Diözese nichts ändern. Pawlikowski starb frustriert am 31. Juli 1956 und wurde in Frauenberg bei Leibnitz, nahe der bischöflichen Sommerresidenz, im Grab seiner Mutter beerdigt.³⁵⁴

³⁵² Brief vom 10. Februar 1956 an den Hohen Senior der KÖL Ferdinandea. ebd.

³⁵³ Zitiert nach *Liebmann*: Die Zeit Fürstbischofs Pawlikowskis 371.

³⁵⁴ Zitiert nach ebd. 371-373.

6 Fazit

Die Person Pawlikowski erlebte in seiner Zeit fünf Epochen (Monarchie – Erste Republik – Ständestaat – NS-Herrschaft – Zweite Republik), die unterschiedlicher nicht hätten sein können. Sie waren gekennzeichnet von massiven politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Geprägt hat ihn allerdings vor allem die Zeit der Monarchie, in der er geboren und aufgewachsen ist. Seine monarchistische Einstellung begleitete ihn sein ganzes Leben. Diese Arbeit stellt in ihrem Titel die Frage, ob Ferdinand Pawlikowski ein Realpolitiker der Zwischenkriegszeit gewesen war. Laut dem *dtv-Wörterbuch zur Geschichte* ist die Realpolitik eine »Politik des Möglichen«. Sie

»kann weder als ausgesprochene Interessenpolitik noch als reine Machtpolitik verstanden werden; sie verwirklicht sich vielmehr in einer Begrenzung der politischen Zielsetzungen, weil sie sich an der tatsächlichen (realen) Gegebenheiten orientiert.«³⁵⁵

Die im Titel der Arbeit gestellte Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Pawlikowski betrieb als Militärvikar und Bischof das Gegenteil von Realpolitik. In seinen Ansprachen bezog er sich konsequent auf abstrakte und ideale Postulate, die er fortwährend an die aktuelle politische Lage anpasste. Im Speziellen war es ein Poltern gegen die Verweltlichung des Staates und die fortschreitende Gottlosigkeit der Gesellschaft. Was diese Entwicklung betraf, konnte er natürlich als Kleriker nur sehr beschränkt eingreifen und war dabei von den aktiven Gestaltern der Politik abhängig. Vielleicht hatte Pawlikowski auch den Wunsch, seine Ideale direkt in die Praxis umzusetzen. Er wäre

³⁵⁵ Konrad Fuchs/Heribert Raab (Hrsg.): *dtv-Wörterbuch zur Geschichte: L-Z*, Bd. 2, München: Deutscher Taschenbuch Verlag, ⁸1992 671.

dabei kein Einzelfall gewesen. Die Christlichsoziale Partei, die eng verwoben mit der katholischen Kirche war, bot dafür alle Möglichkeiten. Schon in den Jahren 1907 und 1911 stammten mehr als zehn Prozent der christlichsozialen Abgeordneten aus dem Klerus. Über 30 Priester waren in der Ersten Republik Abgeordnete zum Nationalrat.³⁵⁶ Im Herbst 1929 bekam Pawlikowski die Möglichkeit, politisch aktiv zu werden und nutzte diese bereitwillig. Er begleitete Anton Rintelen zu einem Treffen mit Polizeipräsident Schober. Hätte dieser den geplanten Staatsstreich der Heimwehr unterstützt, wäre Pawlikowski möglicherweise das Amt des Sozialministers übertragen worden. Da Schober aber seine eigenen Pläne verfolgte, brachte dieses Treffen keinen Erfolg. Offenbar war Pawlikowski dieser Ausflug in die Politik zu riskant und er zog sich daraufhin aus der Alltagspolitik zurück.

Vermutlich standen hinter Pawlikowskis politischem Engagement machtpolitische Überlegungen. Durch seine Bischofsernennung war er an der Spitze der kirchlichen Karriereleiter angekommen, seine kirchlichen Machtbefugnisse setzte er bereitwillig ein, wie der Fall Ude zeigte. Es ist durchaus vorstellbar, dass er dasselbe auch im weltlichen Bereich anstrebte. Nachdem Ende 1933 beschlossen worden war, dass Geistliche sich aus der Politik zurückzuziehen haben, war dieses Thema für Pawlikowski endgültig abgeschlossen. Möglich, dass er dadurch angespornt versuchte, das Letztmögliche aus seiner kirchlichen Karriere herauszuholen und sich, fast erfolgreich, für den Erzbischof von Salzburg ins Spiel brachte. Pawlikowski hätte sich zweifellos auch politisch gerne in Szene gesetzt, er war gut vernetzt und genoss die ständige öffentliche Präsenz und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Diese Einschätzung wird auch in der Literatur bestätigt. So war er laut Erika Weinzierl auch gegenüber den angenehmen Seiten des Lebens durchaus aufgeschlossen, gesellschaftlich sehr gewandt und hatte ein Verständnis für die Psyche des modernen Großstädtlers.³⁵⁷

³⁵⁶ Kriechbaumer: Die großen Erzählungen der Politik 328.

³⁵⁷ Erika Weinzierl: Der Episkopat, in: Ferdinand Klostermann u. a. (Hrsg.): Kirche in Österreich, Wien, München: Herold, 1966 27.

Aufgrund der Erkenntnisse dieser Arbeit bestätigt sich für Pawlikowski das von Hanisch zitierte antikirchliche Stereotyp des »verfressenen, geilen, machtgierigen Pfaffen«³⁵⁸. Sein Bestreben war es, auf schnellstem Wege größtmöglichen Einfluss zu erlangen und diesen so lange wie möglich zu behalten. Seine Gegner hatten es nicht leicht. Egal ob es kircheninterne Kritik war, Redakteure polemische Artikel schrieben oder Gerüchte in die Welt gesetzt wurden, er sei in weiblicher Gesellschaft gesehen worden³⁵⁹ – wer sich ihm in den Weg stellte, bekam die volle Macht des kirchlichen und, soweit es in seiner Macht stand, weltlichen Gesetzes zu spüren. Dabei spielte es offenbar keine Rolle, wem »er sich ... zur Verfügung stellte«³⁶⁰, solange sein Ansehen in der Gesellschaft keinen Schaden erlitt und er weiterhin seinem luxuriösen Lebensstil frönen konnte.

³⁵⁸ Hanisch: Der Priester als Mann 213.

³⁵⁹ »Von der Gendarmerie ist vor einiger Zeit ein Kraftwagen angehalten worden, der einen Verkehrsunfall oder selbst einen Unfall zu verzeichnen hatte. Die Insassen wurden zum Posten bestellt, da sie eine Ausweisleistung ablehnten. Auf dem Posten stellte man fest, dass es sich dabei um Fürstbischof Pawlik(owski) und um die Amerikanerin Harriet Hendersen handelte. Im Zusammenhang mit der Sache sei der Bischof nach Rom zitiert worden.« Nachricht vom 20. Juni 1935, die bei der Pressestelle der Vaterländischen Front eingegangen war. *Diözesanarchiv Graz*: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 6, Heft 121, Gerüchte und Schmähbriefe von 1934-1943.

³⁶⁰ Deutsch: Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen 137.

Abbildungsverzeichnis

3.1	Karikatur Vaugoin mit Pawlikowski. Gespräch nach der Predigt.	14
3.2	Militärvikar Dr. Ferdinand Pawlikowski	26
3.3	Fürstbischof Ferdinand Pawlikowski	32
3.4	Zeitungsbericht in der Neuen Freien Presse	45
3.5	Handschriftliche Notiz für eine mögliche Ministerliste	57
3.6	Schobers Notizen über die mögliche Zusammensetzung einer künftigen Regierung	58
3.7	Ferdinand Pawlikowski, Johann Schober und Anton Rintelen am 9. Februar 1932 in Bad Radkersburg	61

Archivalien

Diözesanarchiv Graz: Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 12, Heft 187.

- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 2, Heft 52.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 2, Heft 70.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 20, Heft 264, Vaugoin.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 20, Heft 280, Monarchie 1927-1953.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 21, Heft 271, Politik und Kirche 1929-1953.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 21, Heft 333, Gewerkschaft christlicher Angestellter in öffentlichen Diensten 1928.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 21, Heft 343, Reichsbund der Österreicher 1928.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 3, Heft 39, Protokoll der Pastoralkonferenz 24.-26. November 1932.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 5, Heft 110, Fahrzeuge und Versicherungen.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 6, Heft 116, Biografisches, teilweise vom Bischof selbst verfasst, 1931-1950.
- Nachlass Bischof Ferdinand Pawlikowski, Schachtel 6, Heft 121, Gerüchte und Schmähbriefe von 1934-1943.

Diözesanarchiv Wien: Bischofskonferenzen. Kassette 13, Bischofskonferenzakten 1926-1932, Protokoll der Konferenz der Bischöfe Österreichs am 24.-26. November 1931 im erzbischöflichen Palais in Wien.

- Präsidialia 1921-1925, Präsidialakten 1922, Entscheidung der S.C.Cons. dd. 26.V.1922 Nr.447/22 in beglaubigter Abschrift.

Österreichisches Staatsarchiv: Archiv der Republik/Bundesministerium für Landesverteidigung 1. Republik (1918-1945)/Grundbuchblätter (1920-1938), Grundbuchblatt/Personalblatt 410, Dr. theol, Ferdinand Pawlikowski.

Polizeiarchiv Wien: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert BKA an Pol. Prä. Schober 1.-30. Sept. 1929.

Polizeiarchiv Wien: Schober-Archiv, Schachtel 22, Tagesprogramm und Notizen 1929, Kuvert Tagesprogramme 1.VII.-31.XII.1929.

- Schober-Archiv, Schachtel 23, Tagesnotizen von Jänner-Dezember 1930, Kuvert Tagesnotizen 1930, September-Oktober.
- Schober-Archiv, Schachtel 23, Tagesnotizen von Jänner-Dezember 1930, Kuvert Tagesnotizen 1930/Mai 1930.

Steiermärkisches Landesarchiv: Landeshauptmannkorrespondenz, Nr. 566/1928.

- Landeshauptmannkorrespondenz, Nr. 62/1928.
- Landeshauptmannkorrespondenz, Nr. P2/1931.
- Landeshauptmannkorrespondenz, XVIII – Nr. 1313/1926.

Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

Gedruckt

Leichter, Otto: Bischöflicher Terror. In: Arbeiter-Zeitung, 7. Jan. 1930, S. 3.

N.N.: Schober und die Heimwehr. In: Die Gegenwart, 30. Sep. 1932, S. 12.

Internet

Bichlmair, Georg: Die Kirche und der Friede der Welt. In: Reichspost, 20. Okt. 1935, Stand 15. Jänner 2013, S. 1, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19351020&seite=1>.

Gföllner, Johannes Maria: Hirtenbrief über wahren und falschen Nationalismus, in: Linzer Diözesanblatt, 18. Jan. 1933, Stand 15. Jänner 2013, S. 1, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=ldb&datum=1933&page=9>.

Huber, Franz X.: Bischof Dr. Johannes Rößler †. In: Reichspost, 5. Jan. 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270105&seite=5>.

Leichter, Otto: Erklärung. In: Arbeiter-Zeitung, 12. Mai 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 2, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19300512&seite=2>.

N.N.: Also hat sich Conrad-Hötzendorf mit Gott und der Kirche ausgesöhnt. In: Arbeiter-Zeitung, 13. Sep. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 6, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19250913&seite=6>.

– Angebliches Verlangen nach Berufung eines Heimwehrvertrauensmannes. In: Neue Freie Presse, Abend-Ausgabe 1929, Stand 15. Jänner 2013, S. 2, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19290926&seite=22>.

– Aufgerichtet seien die Wohnungen des christlich-deutschen Volkes. In: Reichspost, 22. Okt. 1931, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19331022&seite=4>.

- N.N.: Aufhebung des Redeverbotes über Professor Ude. In: Reichspost, 24. Feb. 1935, Stand 15. Jänner 2013, S. 8, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19350224&seite=8>.
- Bischof Dr. Pawlikowski. In: Reichspost, 17. März 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 9, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270317&seite=9>.
 - Bischof Dr. Pawlikowski an die Diözese Seckau. In: Reichspost, 8. Apr. 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 11, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270508&seite=11>.
 - Bischofsweihe im Stephansdom. In: Reichspost, 28. März 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 3, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270328&seite=3>.
 - Brief des Abgeordneten Laurenz Berglhuber an den Leiter des Volksgesundheitsamtes. In: Arbeiter-Zeitung, 14. Juni 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 10, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19250614&seite=10>.
 - Bundeskanzler Dr. Schober in Graz und Radkersburg. In: Neue Freie Presse, 10. Feb. 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 2, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19300210&seite=2>.
 - Das Begräbnis des Feldmarschalls Conrad. In: Reichspost, 2. Sep. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250902&seite=7>.
 - Das Ende einer Propagandalüge. In: Reichspost, 1. Mai 1932, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19320501&seite=7>.
 - Das Gesetz über die Feiertagsruhe angenommen. In: Reichspost, 28. Jan. 1933, Stand 15. Jänner 2013, S. 1, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19330128&seite=1>.
 - Das Kabinett Schober. In: Neue Freie Presse, Abend-Ausgabe 1929, Stand 15. Jänner 2013, S. 2, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19290926&seite=22>.
 - Das Redeverbot gegen Professor Ude. 500 Schilling Geldstrafe wegen Beleidigung des Erzbischofes Pawlikowski. In: Neue Freie Presse, 7. Nov. 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 11, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19301107&seite=11>.
 - Das Verbot des Arbeitertages wird aufgehoben. In: Arbeiter-Zeitung, 3. Okt. 1928, Stand 15. Jänner 2013, S. 1, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19281003&seite=1>.
 - Dem Andenken des Männerapostels. In: Reichspost, 11. Juli 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270711&seite=5>.
 - Demokratie und Kritik der Demokratie. In: Reichspost, 18. Juli 1929, Stand 15. Jänner 2013, S. 3, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19290718&seite=3>.

- Der Apostolische Administrator der Diözese Seckau. In: Reichspost, 8. Apr. 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 9, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270408&seite=9>.
- Der "Aufbau" der Militärgeistlichkeit. In: Arbeiter-Zeitung, 16. März 1923, Stand 15. Jänner 2013, 3f, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19230316&seite=3>.
- Der Dechant von St. Lorenzen. In: Arbeiter-Zeitung, 24. Aug. 1929, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19290824&seite=4>.
- Der Eröffnungsgottesdienst im Stefansdom. In: Reichspost, 28. Juni 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 9, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250628&seite=9>.
- Der Fastenhirtenbrief an das Bundesheer. In: Reichspost, 28. Feb. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250228&seite=7>.
- Der Staatsanwalt im Dienste des Fürstbischofs Pawlikowski. In: Arbeiter-Zeitung, 5. Apr. 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 8, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19300405&seite=8>.
- Der Wehrbunddieb des Herrn Vaugoin. In: Arbeiter-Zeitung, 7. Feb. 1928, Stand 15. Jänner 2013, S. 2, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19280207&seite=2>.
- Der zweite Wiener Diözesan-Katholikentag. In: Reichspost, 7. Mai 1922, Stand 15. Jänner 2013, S. 6, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19220507&seite=6>.
- Die Angst vor dem Richter. In: Reichspost, 15. Mai 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19300515&seite=5>.
- Die Ernennung von Bischöfen und die österreichischen Gesetze. In: Arbeiter-Zeitung, 28. Mai 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19270528&seite=4>.
- Die freie Kirche im tributpflichtigen Staate. In: Arbeiter-Zeitung, 12. Aug. 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19270812&seite=4>.
- Die Heeresdebatte. In: Arbeiter-Zeitung, 9. Feb. 1928, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19280209&seite=4>.
- Die Heeresdebatte im Finanzausschusse. In: Neue Freie Presse, 9. Feb. 1928, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19280209&seite=4>.

- N.N.: Die Inthronisation des Fürstbischofs Dr. Pawlikowski. In: Reichspost, 27. Mai 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270527&seite=5>.
- Die Inthronisation des neuen Bischofs von Seckau. In: Reichspost, 19. Mai 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270519&seite=7>.
 - Die klerikale Rebellion abgeblasen. In: Arbeiter-Zeitung, 24. Mai 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19270524&seite=5>.
 - Die neuen Leutnants und Fähnriche. In: Reichspost, 15. Aug. 1926, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19260815&seite=7>.
 - Die Schillingwährung. In: Reichspost, 13. Dez. 1924, Stand 15. Jänner 2013, S. 10, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19241213&seite=10>.
 - Dr. Ferdinand Pawlikowski, Fürstbischof von Seckau. In: Arbeiter-Zeitung, 10. Mai 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19270510&seite=4>.
 - Dr. Schober und die Heimwehr, in: Neue Freie Presse, 6. März 1932, Stand 15. Jänner 2013, S. 10, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=nfp&datum=19320306&seite=10>.
 - Dr. Sigismund Waitz – Fürsterzbischof von Salzburg. In: Reichspost, 18. Dez. 1934, Stand 15. Jänner 2013, S. 1, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19341218&seite=1>.
 - Ein weiterer Schritt zur Trennung von Kirche und Staat. In: Arbeiter-Zeitung, 31. Okt. 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 6, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19271031&seite=6>.
 - Eine "kaiserliche" Kranzspende. In: Arbeiter-Zeitung, 3. Sep. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19250903&seite=5>.
 - Eine Versammlung in der Kirche. In: Arbeiter-Zeitung, 7. Mai 1922, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19220507&seite=4>.
 - Erbauliches vom Unabbaulichen. In: Arbeiter-Zeitung, 3. März 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 6, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19250303&seite=6>.
 - Eröffnung des Wiener Diözesan-Katholikentages. In: Reichspost, 6. Mai 1922, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19220506&seite=5>.
 - Feierliche Offiziersausmusterung in Wiener-Neustadt. In: Reichspost, 2. Sep. 1935, Stand 15. Jänner 2013, S. 3, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19350902&seite=3>.

- Feldmarschall Conrads letzte Fahrt. In: Reichspost, 3. Sep. 1925, Stand 15. Jänner 2013, 7f, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250903&seite=7>.
- Frau Eugenie Vaugoin †. In: Reichspost, 19. März 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270319&seite=5>.
- Fürstbischof Dr. Leopold Schuster †. In: Reichspost, 19. März 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270319&seite=5>.
- Fürstbischof Dr. Pawlikowski. In: Reichspost, 10. Mai 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 1, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270510&seite=1>.
- Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich. In: Wiener Zeitung, 11. Nov. 1918, Stand 15. Jänner 2013, 1f, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=ext&datum=19181111&seite=1>.
- Gespräch nach der Predigt. In: Arbeiter-Zeitung, 23. Mai 1924, Stand 15. Jänner 2013, S. 9, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19240523&seite=9>.
- Growing state of unrest in Austria. In: The Daily News (Perth, W.A.) 8. Okt. 1928, Stand 15. Jänner 2013, S. 6, URL: <http://trove.nla.gov.au/ndp/del/page/8201913>.
- Herr Erzherzog Karl Franz Josef. In: Reichspost, 5. Juli 1913, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19130705&seite=7>.
- Kardinal Piffl gestorben. In: Arbeiter-Zeitung, 22. Apr. 1932, Stand 15. Jänner 2013, S. 3, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19320422&seite=3>.
- Landbundtagung in Leoben. In: Arbeiter-Zeitung, 9. Sep. 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 3, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19300909&seite=3>.
- Militärvikar Dr. Ferdinand Pawlikowski. In: Reichspost, 19. März 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 6, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19270319&seite=6>.
- Ministerreden gegen die Heimwehr. In: Arbeiter-Zeitung, 24. Mai 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 2, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19300524&seite=2>.
- Missionstagung in Mariazell. In: Reichspost, 10. Sep. 1932, Stand 15. Jänner 2013, S. 6, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19320910&seite=6>.
- Mittelalter in der österreichischen Republik, in: Arbeiter-Zeitung, 8. Aug. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19250808&seite=5>.
- Personalnachrichten. In: Reichspost, 23. Juni 1931, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19310623&seite=5>.
- Politische Preßprozesse. In: Reichspost, 5. Apr. 1930, Stand 15. Jänner 2013, S. 8, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19300405&seite=8>.

- N.N.: Prozeß Rintelen: Sechster Verhandlungstag. In: Reichspost, 9. März 1935, Stand 15. Jänner 2013, S. 3, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19350309&seite=3>.
- Rebellion gegen den unfehlbaren Papst. In: Arbeiter-Zeitung, 15. Mai 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 7, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19270515&seite=7>.
 - Rom entscheidet: Hefter, Innitzer oder Peichl. In: Wiener Sonn- und Montags-Zeitung, 20. Juni 1932, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://www.anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=wsz&datum=19320620&seite=5>.
 - Seipel hat den Rücktritt Udes erzwungen. In: Arbeiter-Zeitung, 13. Apr. 1927, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19270413&seite=4>.
 - Ude mundtot gemacht. In: Arbeiter-Zeitung, 7. Aug. 1926, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19260807&seite=5>.
 - Ueberflüssige Warnungen aus dem Auslande. In: Reichspost, 21. Aug. 1929, Stand 15. Jänner 2013, S. 2, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19290821&seite=2>.
 - Was der Staat für das Leichenbegräbnis Conrads zahlt. In: Arbeiter-Zeitung, 3. Sep. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19250903&seite=5>.
 - Weitausblickende Abwehr des Bolschewismus. In: Arbeiter-Zeitung, 24. Feb. 1931, Stand 15. Jänner 2013, S. 8, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19310224&seite=8>.
 - Wer anderen eine Grube gräbt ... In: Reichspost, 9. Feb. 1928, Stand 15. Jänner 2013, S. 3, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19280209&seite=3>.
 - Zweierlei Recht in der katholischen Kirche. In: Arbeiter-Zeitung, 8. Sep. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19250908&seite=4>.
 - Zweierlei Recht in der katholischen Kirche?, in: Reichspost, 10. Sep. 1925, Stand 15. Jänner 2013, S. 5, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=rpt&datum=19250910&seite=5>.
- Piffl, Friedrich Gustav: Hirtenbrief, in: Linzer Diözesanblatt, 23. Jan. 1932, Stand 15. Jänner 2013, S. 13, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=ldb&datum=1932&page=19>.
- Ude, Johannes: Friede in Sicht!, in: Arbeiter-Zeitung, 24. Juli 1917, Stand 15. Jänner 2013, S. 4, URL: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze&datum=19170724&seite=4>.

Literatur

- Binder, Dieter A.*, in: *Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.): *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 23, Berlin: Duncker & Humbolt, 2007, S. 641–642.
- Broucek, Peter*: *Ein General im Zwielficht: Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau*, Wien: Böhlau, 1980.
- *Heerwesen*, in: *Erika Weinzierl und Kurt Skalmik* (Hrsg.): *Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik*, Graz: Styria, 1983, S. 209–224.
- Carsten, F. L.*: *Faschismus in Österreich: Von Schönerer zu Hitler*, München: Wilhelm Fink, 1977.
- Deutsch, Julius*: *Ein weiter Weg: Lebenserinnerungen*, Zürich, Leipzig, Wien: Amalthea, 1960.
- Drosdowski, Günther* (Hrsg.): *Deutsches Universalwörterbuch*, Mannheim; Leipzig; Wien; Zürich: Dudenverlag, 1989.
- Edmondson, C. Earl*: *Heimwehren und andere Wehrverbände*, in: *Emmerich Tálos u. a.* (Hrsg.): *Handbuch des politischen Systems Österreichs: Bd. 1: Erste Republik 1918-1933*, Wien: Manz, 1995, S. 261–276.
- Farkas, Reinhard*: *Johannes Ude und die Amtskirche: Chronologie und Analyse eines Konflikts*, in: *Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs* 47, 1997, S. 253–276.
- Fuchs, Konrad und Heribert Raab* (Hrsg.): *dtv-Wörterbuch zur Geschichte: L-Z*, Bd. 2, München: Deutscher Taschenbuch Verlag, ⁸1992.
- Gehler, Michael*, in: *Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.): *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 23, Berlin: Duncker & Humbolt, 2007, S. 347–348.
- Glaubauf, Karl*: *Die Volkswehr 1918-1920 und die Gründung der Republik*, Bd. Sonderband (Österreichische Militärgeschichte), Wien: Verlagsbuchhandlung Stöhr, 1993.
- Goldinger, Walter und Dieter A. Binder*: *Geschichte der Republik Österreich 1918-1938*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 1992.
- Gorke, Peter*: *Anton Rintelen (1876-1946): Eine polarisierende steirische Persönlichkeit*, Diss., Graz: Karl-Franzens-Universität, Februar 2002.
- Gruber, Franz*: *Aus der Geschichte der Militärseelsorge und der Militärseelsorger in Österreich*, Wien: Wiener Katholische Akademie, 1987.
- (Hrsg.): *Zum 100. Geburtstag von Militärbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski*, Wien: Militärvikariat Wien, 1977.

- Hanisch, Ernst*: Der lange Schatten des Staates: Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien: Ueberreuter, 1994.
- Der Priester als Mann – eine geschlechterspezifische Perspektive im 20. Jahrhundert, in: Rupert *Klieber* und Hermann *Hold* (Hrsg.): Impulse für eine religiöse Alltagsgeschichte des Donau-Alpen-Adria-Raumes, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2005, S. 211–224.
- Harmat, Ulrike*: Ehe auf Widerruf? Der Konflikt um das Eherecht in Österreich 1918 – 1938: Univ., Diss.–Wien, 1996, Bd. 121 (Ius commune Sonderhefte, Studien zur europäischen Rechtsgeschichte), Frankfurt am Main: Klostermann, 1999.
- Heim, Manfred*: Von Ablass bis Zölibat: Kleines Lexikon der Kirchengeschichte, München: Beck, 2008.
- Hubert, Rainer*: Schober: "Arbeitermörder" und "Hort der Republik": Biographie eines Gestrigen, Wien, Köln: Böhlau, 1990.
- Jedlicka Ludwig*: Ein Heer im Schatten der Parteien: Die militärpolitische Lage Österreichs 1918–1938, Graz, Köln: Hermann Böhlau Nachf., 1955.
- Kelly, J. N. D.* (Hrsg.): Reclams Lexikon der Päpste, Stuttgart: Philipp Reclam jun., 1988.
- Klieber, Rupert*: Die Annullierung der Salzburger Privilegien und die Salzburger Bischofswahl 1934 im Lichte der Vatikanischen Quellenbestände zum Pontifikat Pius XI. In: *Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* (Hrsg.): Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Bd. 151, Salzburg 2011, S. 317–361.
- Kriechbaumer, Robert*: Die großen Erzählungen der Politik: Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2001.
- Österreich! und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front; Innenansichten eines Regimes, Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2005.
- Langoth, Franz*: Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers, Wels: Welsermühl, 1951.
- Legler, Johannes*: Militärseelsorge in der österreichisch-ungarischen Armee von 1867 bis 1918, Wien: Wiener Katholische Akademie, 1979.
- Liebmman, Maximilian*: Bewährung im österreichischen Kulturkampf, in: Karl *Amon* und Maximilian *Liebmman* (Hrsg.): Kirchengeschichte der Steiermark, Graz, Wien, Köln: Styria, 1993, S. 256–308.
- Die steirischen Bischöfe im 20. Jahrhundert: Leopold Schuster, Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, Leo Pietsch, Josef Schoiswohl, Johann Weber, in: Ernst-Christian *Gerhold*, Ralf A. *Höfer* und Matthias *Opis* (Hrsg.): Konfession und Ökumene, Wien: Czernin Verlag, 2002.
 - Die Zeit Fürstbischofs Pawlikowskis, in: Karl *Amon* und Maximilian *Liebmman* (Hrsg.): Kirchengeschichte der Steiermark, Graz, Wien, Köln: Styria, 1993, S. 309–373.
 - Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1927–1953), in: Karl *Amon* (Hrsg.): Die Bischöfe von Graz-Seckau 1218–1968, Bd. 7, Graz, Wien: Styria, 1969.

- Von der Dominanz der katholischen Kirche zu freien Kirchen im freien Staat – vom Wiener Kongreß 1815 bis zur Gegenwart, in: Herwig *Wolfram* (Hrsg.): Österreichische Geschichte, Wien: Ueberreuter, 2003, S. 361–456.
- Lipusch, Viktor*: Österreich-Ungarns katholische Militärseelsorge im Weltkriege, Graz: Fürstbischöfliches Seckauer Ordinariat, 1938.
- Melichar, Peter*: Alter, neuer und verlorener Reichtum: Eine Skizze zu den großen Vermögen im Österreich der Zwischenkriegszeit, in: *Bruckmüller Ernst* (Hrsg.): Armut und Reichtum in der Geschichte Österreich (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde), Wien: Böhlau, 2010, S. 166–192.
- Miller-Aichholz, Arthur*: 12 Studien über politische Ereignisse und volkswirtschaftliche Zustände im Lichte der katholischen Moral: Ein Beitrag zur Frage der Treue des Katholiken zu dem von ihm beschworenen Glauben in den wichtigsten Vorgängen des öffentlichen Lebens, Graz: Leopold Stocker, 1930.
- Moritz, Stefan*: Grüß Gott und Heil Hitler: Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich, Wien: Picus, 2002.
- Neck, Rudolf*: Sozialdemokratie, in: Erika *Weinzierl* und Kurt *Skalnik* (Hrsg.): Österreich 1918–1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983, S. 225–248.
- Neck, Rudolf und Kurt Peball* (Hrsg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik: Abteilung VI, 4. Mai 1929 bis 4. Dezember 1930, Bd. 1, Wien: Verl. d. Österr. Staatsdruckerei, 1988.
- Potz, Richard und Brigitte Schinkele*: Religionsrecht im Überblick, Wien: Facultas, 2007.
- Reimann, Viktor*: Innitzer: Kardinal zwischen Hitler und Rom, Wien, München: Amalthea, 1988.
- Ruf, Norbert*: Das Recht der Katholischen Kirche: nach dem neuen Codex Iuris Canonici: für die Praxis erläutert, Freiburg, Basel, Wien: Herder, 1983.
- Scheithauer, Erich, Woratschek Grete und Tscherne Werner* (Hrsg.): Die Zeit der demokratischen Republik Österreich von 1918 bis 1934, Bd. 5 (Geschichte Österreichs in Stichworten), Wien: Verlag Ferdinand Hirt, 1983.
- Schlemlein, Adolf*: Carl Vaugoin: 10 Jahre Bundesheer 1921–1931, Wien: Schlemlein Verlag, 1932.
- Squicciarini, Donato*: Die Apostolischen Nuntien in Wien, Città del Vaticano: Libreria Editrice Vaticana, 2000.
- Stadelmann, Christian und Werner Grand*: Die Via Sacra: Von Wien nach Mariazell, Erfurt: Sutton Verlag, 2011.
- Staudinger Anton*: Christlichsoziale Partei, in: Erika *Weinzierl* und Kurt *Skalnik* (Hrsg.): Österreich 1918–1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983, S. 249–276.
- Steiner, Peter*: Militärseelsorge in Österreich: Aufbau, Gliederung und Organisation (1848–1992), Magisterarb., Wien: Universität Wien, 13.12.1992.
- Steinwender Engelbert*: Von der Stadtguardia zur Sicherheitswache: Wiener Polizeiwachen und ihre Zeit, Graz: Weishaupt Verlag, 1992.

- Streeruwitz*, Ernst Streer Ritter von: Springflut über Österreich: Erinnerungen, Erlebnisse und Gedanken aus bewegter Zeit 1914-1929, Wien, Leipzig: Bernina-Verlag, 1937.
- Valvo*, Paolo: Dio salvi l'Austria! 1938, il Vaticano e l'Anschluss (Testimonianze fra cronaca e storia 1919 – 1939), Milano: Mursia, 2010.
- Veselsky*, Oskar: Bischof und Klerus der Diözese Seckau unter nationalsozialistischer Herrschaft, Diss., Graz: Karl-Franzens-Universität, 20.6.1979.
- Vocelka*, Karl: Geschichte Österreichs: Kultur-Gesellschaft-Politik, München: Wilhelm Heyne, 2002.
- Wandruszka*, Adam: Das "nationale Lager", in: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hrsg.): Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983, S. 277-315.
- Weinzierl*, Erika: Der Episkopat, in: Ferdinand Klostermann u. a. (Hrsg.): Kirche in Österreich, Wien, München: Herold, 1966, S. 21-77.
- Kirche und Politik, in: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hrsg.): Österreich 1918-1938: Geschichte der Ersten Republik, Graz: Styria, 1983, S. 437-496.
- Weissensteiner*, Friedrich: Der ungeliebte Staat: Österreich zwischen 1918 und 1938, Wien: ÖBV, 1990.
- Winkler*, Franz: Die Diktatur in Österreich, Zürich: Orell Füssli, 1935.

Internet

Forstner, Thomas: Rezension zu: Moritz, Stefan: Grüss Gott und Heil Hitler! Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich. Wien 2002, in: H-Soz-u-Kult, 11.09.2003. Stand 15. Jänner 2013, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-3-156>.

N.N.: Abel P. Heinrich. Stand 15. Jänner 2013, URL: http://epub.oeaw.ac.at:8000/oeb1/oeb1_A/Abel_Heinrich_1843_1926.xml.

- Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche. Stand 15. Jänner 2013, URL: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=rgb&datum=1874&page=132&size=45>.
- Dr. Erwin Waihs. Stand 15. Jänner 2013, URL: http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01401/index.shtml.
- Franz Langoth. Stand 15. Jänner 2013, URL: <https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/Start.jsp?param=ooe&personId=271>.
- Ing. Franz Winkler. Stand 15. Jänner 2013, URL: http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01507/index.shtml.
- Staatsbürgerliche Rechte und Pflichten. Stand 15. Jänner 2013, URL: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=1920&page=318>.
- Stenographisches Protokoll der 4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich 65. Stand 15. Jänner 2013, URL: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0005&page=441&size=25>.
- Waitz, Sigismund. Stand 15. Jänner 2013, URL: <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.w/w071220.htm>.

Kurzfassung

Ferdinand Pawlikowski, Militärvikar der Ersten Republik und von 1927 an Bischof der Diözese Graz-Seckau, soll in den 1930er Jahren, durch mehrmaliges Vorsprechen an der Regierungsspitze, versucht haben, einen Staatsstreich anzuzetteln. Dieser Umstand wird in der Literatur kaum beachtet; diese Arbeit beschäftigt sich daher vor allem mit der politischen Rolle und Person Pawlikowski in der Zwischenkriegszeit. Was war sein Antrieb, sich in diesem Maße in die Politik einzubringen? Waren vielleicht Eitelkeit oder Machthunger der Grund? Erkenntnisse aus Quellenmaterial und neuen Forschungsergebnissen zeichnen ein anderes Bild von Pawlikowski als das bisher aus der Literatur bekannte.

Abstract

Back in the 1930s, Ferdinand Pawlikowski, military vicar of the First Republic and from 1927 Bishop of the Diocese Graz-Seckau, is said to have repeatedly auditioned with the head of government to try and reach the end of the democratic system. This particular fact received little attention in literature and therefore this study focuses on the political role and personality of Pawlikowski in the interwar period. What was his motivation to contribute to this extent in politics? Perhaps vanity or the sheer lust for power were the reasons? Findings from a collection of source material and new research draw a different picture of Pawlikowski as it was previously known in literature.

Lebenslauf

Der Verfasser studiert seit dem Wintersemester 2003/04 Geschichte an der Universität Wien.